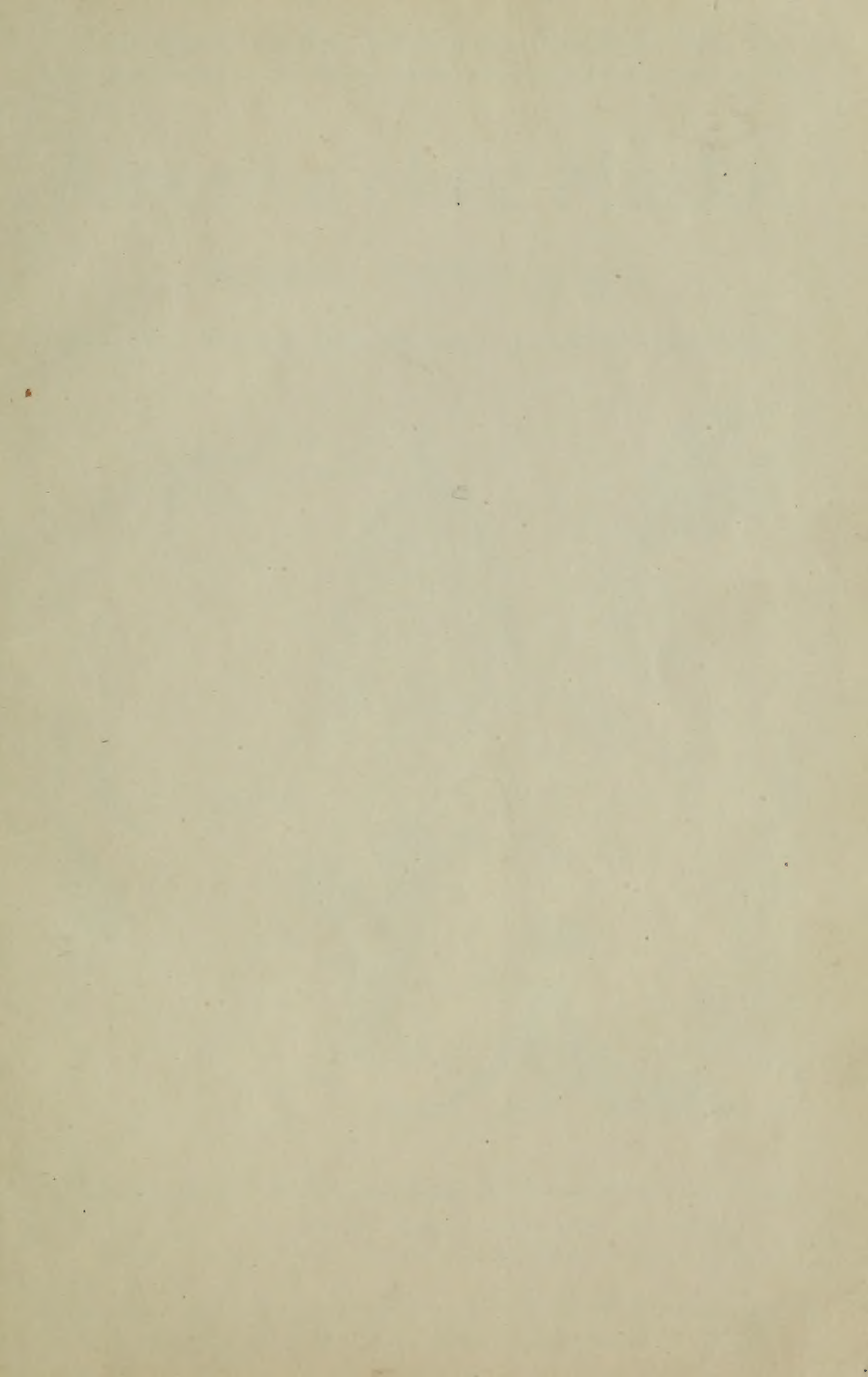
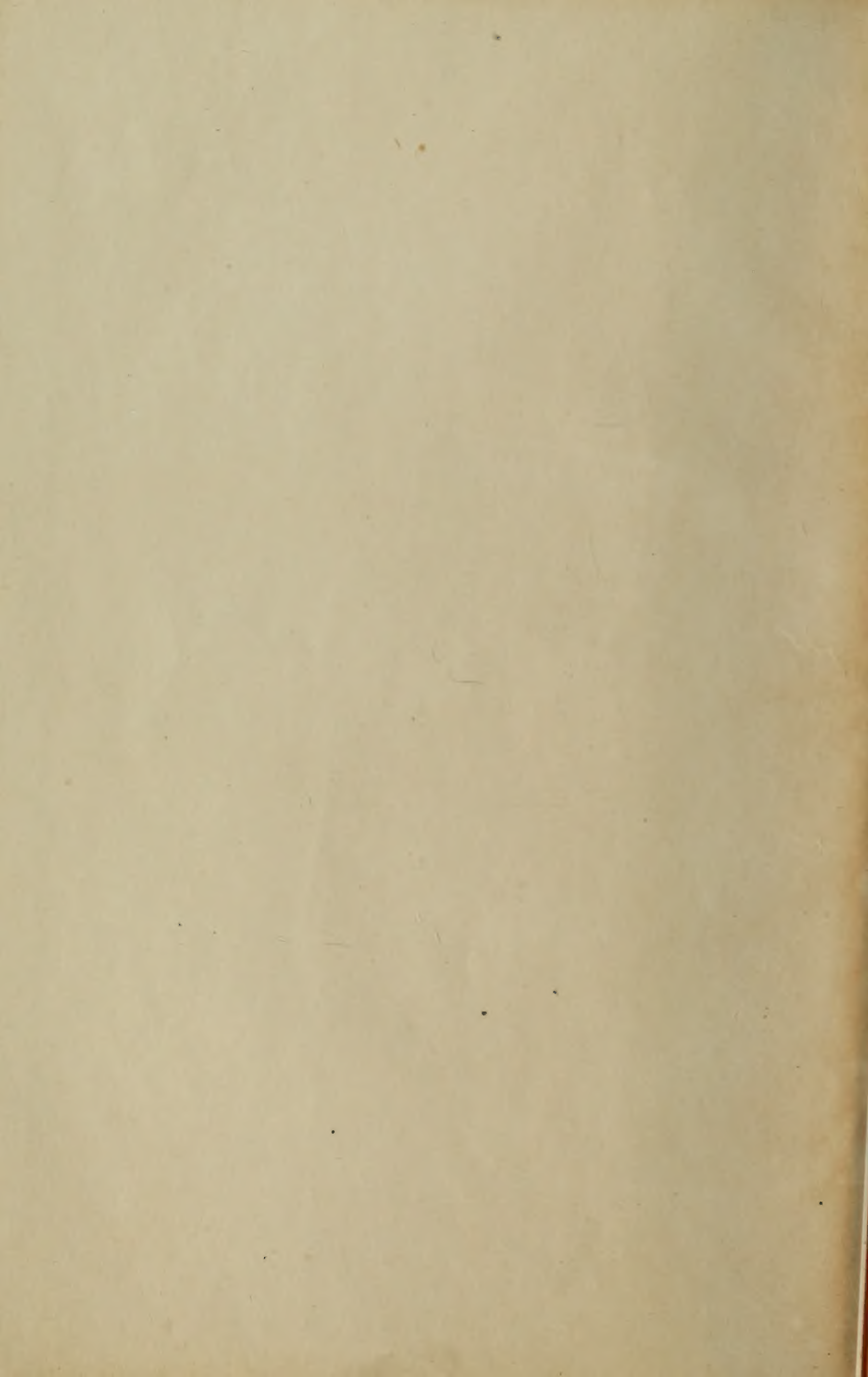








Zeitgenössische Dokumentbücher Nr. 2.

Amerika ohne Maske.

Neutrale Feststellungen.

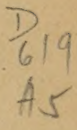
(Aus dem Holländischen übersetzt von Adolf Teutenberg.)



Der blinde Seher Tiresias (Senator Gore) warnt den »hellsichtigen« Oedipus-Wilson. Karikatur des Amerikaners A. M. Cay.

Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Thür.

Zeitgenössische Dokumentbücher Nr. 2.



Amerika ohne Maske.

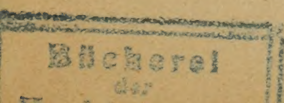
Neutrale Feststellungen.

(Aus dem Holländischen übersetzt von Adolf Teutenberg.)

INHALT.

Verfasser: Generalleutnant a. D. van der Goes. — Prof. Dr. J. G. Sleeswyk. — Prof. Dr. jur. S. R. Steinmetz. — M. P. C. Valter. — Prof. Dr. W. A. Versluys. — Prof. Dr. Jhr. B. H. C. K. van der Wyck u. a. m.

Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Thür.



Weimar. — R. Wagner Sohn.

Vorrede.

Es war, wenn ich nicht irre, Friedrich Naumann, der (in seinen vortrefflichen Tagesberichten in der »Hilfe«) bei Wilsons erstmaliger Drohung die Frage aufwarf: ob ein Mann, der schon einmal einen amerikanischen Wahlfeldzug gemanaged (und also als Bestechungsstratege Erhebliches geleistet) habe, auch in dem reifen Alter des Präsidenten als jener Marquis Posa gelten könne, der er in seinen wortreichen Noten zu sein scheine.

Wenn das Charakterbild des Präsidenten Wilson vielen von uns bisher noch geschwankt hat, so dürfte es heute und für alle Zeit unverrückbar feststehen und als völlig eindeutiges Trugphänomen von allen, die sehen wollen, erkannt sein. In den Vereinigten Staaten von Amerika gedeihen keine Schiller-Naturen, und der Marquis-Posa-Typ gehört in der Politik, die ein Ressort der Staatswirtschaft geworden ist, schon längst der Geschichte an.

Es könnte demnach scheinen, daß die folgenden Blätter entbehrlich seien, insofern sie Tatsachen aussprechen, die jedem Deutschen vor den Augen und als bittere Erfahrung in tiefster Seele gewiß und lebendig sind.

Dennoch kann es einen Wert haben, die folgenden Feststellungen weitesten Kreisen mitzuteilen. Es sind Neutrale, die hier das Wort führen — gewiß deutschfreundlich gesinnte Männer, aber gleichwohl Außenstehende, ihrem eigenen Vaterland zuallernächst und zustärkst Angehörende, und in jedem Fall nur Zuschauer der schmählichen Zu-

sammenrottung, der wir uns bedrängt und bedroht gegenübersehen. Das Wort dieser Männer, die nicht die erstbesten sind, kann uns sagen, daß wir es nicht allein sind, die Amerika und seinen Führer so sehen, wie wir ihn sehen, und es kann unserm allzeit fragenden Gewissen verdoppelte Gewißheiten schenken.

So mögen diese Feststellungen wirken und weiterwirken — auch in kommende Geschlechter hinein.

Der Große Kurfürst soll, als er den Frieden von St. Germain-en-Laye unterzeichnen mußte, prophetisch die Worte Vergils ausgesprochen haben:

»Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!«
(»Rächer, erstehe du mir dereinst aus meinen Gebeinen.«)

Wenn der Rächer dem Judas Amerika nicht heute schon nahe ist, so wird er ihm, auch diese Gewißheit lebt uns im Herzen, dereinstmals mit dem Flammenspeere gegenüberstehen.



Zum rechten Verständnis der folgenden Aufsätze ist auf das Datum der Veröffentlichung zu achten, das jeweilen am Schlusse angegeben ist. Übrigens hält sich die Reihenfolge der Beiträge an die Chronologie der Entstehung.

Weimar, im April 1917. **Adolf Teutenberg.**

Englisch-amerikanische Entente.

Von M. P. C. Valter.

Schon während der Jahre 1898 bis 1912 haben drei aufeinander folgende Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika in weitgehender Übereinstimmung mit England gearbeitet. Das konnte man, mittelbar oder unmittelbar, u. a. sehr deutlich in Verbindung mit den amerikanisch-spanischen, den englisch-holländisch-afrikanischen und den russisch-japanischen Kriegen wahrnehmen. Das Endziel, das angestrebte Ideal war allemal: die Festigung der angelsächsischen Welthegemonie. Darum auch spielte England den Panama-Kanal, der von Rechtes wegen hätte neutralisiert werden müssen, in die Hand der Vereinigten Staaten, während es selber seine Stellung am Suez-Kanal verstärken konnte. In fast allen auf die weltpolitische Tagesordnung gelangenden internationalen Angelegenheiten trat dieses Zusammenarbeiten mehr oder weniger sichtbar hervor. Gleichwohl erwuchs in den Vereinigten Staaten eine starke Gegenströmung. Die Demokraten wollten vom angelsächsischen Imperialismus nichts wissen. Und als Woodrow Wilson, im Jahre 1913 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gemacht, den überzeugtesten Anti-Imperialisten, der Jahre lang vor dem Zusammengehen mit England gewarnt hatte, als seinen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten sich erwählte, konnte man hoffen, die Vereinigten Staaten würden ihren großen Einfluß zugunsten der Aufrechterhaltung des mehr und mehr bedrohten Weltfriedens geltend zu machen wissen, und daß England, dessen Politik geradezu fühlbar auf einen großen Krieg hinarbeitete, nicht auch noch auf die Unterstützung Washingtons werde rechnen können. Aber diese schönen Erwartungen erfüllten sich mitnichten. Während Bryan mit anscheinend prächtigen und genial entworfenen Schieds-

gerichtsverträgen aufwartete, ließ sich der Präsident, der seinen Worten nach eine andere Politik einschlagen wollte, als die seiner Vorgänger, tatsächlich in deren alten imperialistischen Kurs hineintreiben.

Indem Wilson sich weigerte, den General Carranza als mexikanisches Staatsoberhaupt anzuerkennen, weil dieser seinen Gegner Madero, der mit den amerikanischen Geldwölfen geheult hatte, der Landessitte gemäß hatte töten lassen — gab er der Revolutionsbewegung in Mexiko neue Nahrung, so daß Handel und Industrie der Fremden in Mexiko unermeßlichen Schaden erlitten. Die Regierungen dieser mexikanischen Fremden hatten, als die Vereinigten Staaten es unterließen, die von ihnen gewünschte Ordnung herzustellen, guten Grund zur Klage und ein Recht, sich einzumischen. In diesem Zusammenhang schuf Holland einen Präzedenzfall, indem es ein paar Dutzend Matrosen landen ließ — ungefähr zur selben Zeit, als der Befehlshaber eines Japan, Englands Bundesgenossen, gehörigen Kriegsschiffes, dem Präsidenten Carranza einen offiziellen Besuch abstattete, dessen gutes Recht auf Ausübung der Regierung von der englischen Presse übrigens stark verteidigt wurde. Das Kabinett von Washington, dessen Prestige es verbot, auf die einmal verneinte Frage der Anerkennung Carranzas zurückzukommen, und das überdies, im Hinblick auf die neue Monroelehre, keinerlei fremde Einmischung zulassen konnte, war damals in Abhängigkeit von der britischen Diplomatie, die, unter Preisgabe der unmittelbaren Interessen ihrer Nation, ausschließlich den Vereinigten Staaten das Recht zuerkannte, in Mexiko Ordnung zu schaffen, so sehr es diesen in jenem Augenblick an der dazu nötigen Kraft und Weisheit gebrach. Diese Abhängigkeit muß als eine der vornehmsten Ursachen dafür angesehen werden, daß Präsident Wilson mit England in zusammenarbeitender Verbindung blieb — eine Politik, für die der britischgesinnte Teil der amerikanischen Bevölkerung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln um so angespannter arbeitete, je ernsthafter die Kriegsgefahr über Europa aufstieg. Noch am Vorabend der ausbrechenden Katastrophe reiften die Fürchte dieser Verbindung.

Um die Mitte des Schicksalsjahres 1914 war in Washington eine Transaktion im Gange, durch die die Friedensmöglichkeiten in Europa nicht nur nicht gefördert wurden,

sondern durch die im Gegenteil die Stellung der Entente gegenüber Deutschland stärker wurde: unter Kräftigung eines zwölf Monate vorher zwischen den Großmächten geschlossenen Vertrages.

Griechenland (das einige Monate früher mit dem vollständig unter britisch-russischem Einfluß stehenden Serbien ein Bündnis geschlossen hatte) weigerte sich damals, die durch die Londoner Gesandtschaftskonferenz der Türkei (dem halbfertigen Bundesgenossen Deutschlands!) zugesprochenen Inseln zurückzugeben, indem es sich auf angebliche wilde Verfolgungen berief, denen die Griechen in Kleinasien ausgesetzt sein sollten. Da nun die Pforte das Übergewicht zur See hatte, schien es, als ob Griechenland zur Räumung der Inseln gezwungen werden könne — bis plötzlich die Nachricht kam, daß man zu Washington, wo man gewissermaßen große Sympathien für die »verfolgten« Griechen hatte, über den Verkauf von zwei starken, schon im Mittelländischen Meere befindlichen Kreuzern mit Griechenland verhandle, und dies zur selben Zeit, als englische Werften Gründe hatten, um ein für türkische Rechnung fertig erstelltes großes Kriegsschiff nicht abzuliefern! Der Verkauf der amerikanischen Kreuzer ist nicht zustandegekommen, wenigstens nicht vor dem August des Jahres 1914. Aber die bedrohliche Voraussicht, daß Amerika tatsächliche Hilfe leisten werde, blieb nicht ohne Wirkung: man muß annehmen, daß hier die entscheidende Erwägung lag, die die Regierungen von Berlin und Wien es hinzunehmen nötigte, daß die Türkei, deren Starksein ein Interesse allerersten Grades für das Deutsche Reich war, geschwächt wurde, und daß Griechenland im vorläufigen Besitze der fraglichen Inseln blieb.

Als der große Krieg ausbrach, glaubte die deutsche Regierung zur Neutralitätsausübung der Vereinigten Staaten volles Vertrauen haben zu dürfen. Aber von aller Anfang an zeigte es sich, daß eine aufrichtig neutrale Gesinnung nicht vorhanden war. Die Behandlung, die dem nach dem Fall der Festung Lüttich überreichten Ersuchen der deutschen Regierung zuteil ward, einem Ersuchen, das dahin ging, Belgien einen Friedensvorschlag zu überreichen, war eine Kundgebung Amerikas zugunsten der Fortsetzung des Kampfes, zu der sich dann König Albert, nach langer Überlegung, in der Tat entschloß. Die Art, in der die Vertreter

der Vereinigten Staaten im feindlichen Auslande die in aller Form übernommene Aufgabe, für die Belange der deutschen Untertanen einzutreten, in Wirklichkeit erfüllten, ließ alles zu wünschen übrig. Tausende von deutschen Bürgern werden in England, von ihren Familien abgeschieden, seit Jahr und Tag als Kriegsgefangene eingeschlossen, während viele von ihnen ihres privaten Eigentums, ihrer Patent- und Handelsrechte beraubt worden sind. Wäre man in Washington aus Sympathie für England nicht mit Blindheit geschlagen gewesen, so hätte man erkennen müssen, daß es die Ehre Amerikas erforderte, gegen eine derartige Verletzung von Rechten und Belangen von Bürgern, deren Beschützung man einmal übernommen hatte, kräftig Einspruch zu erheben und wo nötig dafür zu sorgen, daß die Deutschen in ihr privates Eigentum wiedereingesetzt wurden und die Freiheit erhielten, nach Amerika auszuweichen. Man war aber eben nur in der Form und nicht in der Sache neutral. Zumal in Sachen des Handelskrieges hat Amerika eine außerordentlich wohlwollende Haltung gegenüber England eingenommen, die man nicht mehr von duldsamem Zusammengehen unterscheiden kann, und die aufs schärfste absticht gegen das Verhalten zu den Deutschen.

Während die Vereinigten Staaten vor sechzig Jahren, als die Pariser Deklaration unterfertigt wurde, für den großen völkerrechtlichen Grundsatz eintraten, daß nicht nur die neutrale Flagge, sondern auch die Flagge von Kriegführenden alle Güter, die nicht als Bannware zu betrachten seien, schützen sollte; und nachdem dieselben Vereinigten Staaten bis ans Ende des vorigen Jahrhunderts, als sie unter britischen Einfluß kamen, immer für weitestgehende Handelsfreiheit in Kriegszeiten geeifert hatten — so ließen sie es nunmehr zu, daß England, zunächst durch willkürliche Streckung des Begriffes Kontrebande (Bannware), dann durch Anhaltung von Schiffen, durch Ausladen ihrer Frachtgüter, durch erzwungenen Ankauf usw. den Handel mit Deutschland unterband, den es endlich, durchaus gegen allen geheiligten Brauch und gegen neuaufgestellte Rechtsfestsetzungen, ganz und gar verbot. Man beschränkte sich auf freundschaftliche Proteste und erging sich in juristischen Spitzfindigkeiten, wo eine Inanspruchnahme von Rechten vonnöten gewesen wäre, die den

eigenen Interessen im besonderen und den Interessen der Neutralen im allgemeinen allein hätte dienlich werden können, und die eine tatsächliche Neutralität gegenüber Deutschland hätte zum Ausdruck bringen können; wie denn England eine solche Inanspruchnahme des Rechtes im Hinblick auf die internationalen Verhältnisse sofort hätte respektieren müssen. — Als nun Deutschland im Februar 1915 den Beschluß faßte, um mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auch seinerseits den Handel Englands zu behindern, nahm Amerika eine höchst übelwollende Haltung an. Deutschland erklärte die England umringenden Meere als Kriegsgebiet, in das sich neutrale Schiffe nicht sollten hineinwagen können, ohne Gefahr zu laufen, durch Unterseeboote in den Grund gebohrt zu werden, weil englische Kauffahrteischiffe unter Zustimmung ihrer Regierung unter falscher Flagge führen. Das konnte als ein Fahrtverbot schlechthin erachtet werden. Da aber nun Amerika bereits geduldet hatte, daß England den Handel mit Deutschland tatsächlich unterbrach, so war es, bei einer Inachtnehmung tatsächlicher Neutralität, verpflichtet (siehe u. a. Heffter), sich auch der deutschen Abwehrmaßregel zu unterwerfen. Dies lag nebenbei auch noch im Interesse der Vereinigten Staaten, weil Deutschlands eigentliches Ziel war: England zur Inachtnehmung des internationalen Seerechtes zu zwingen und den Handel von Nichtkontrebande freizugeben, in welchem Fall man auch auf deutscher Seite bereit war, den Handelskrieg wieder mit der gehörigen Achtung vor dem Recht der Neutralen zu führen. Die Haltung der Vereinigten Staaten wurde nun aber nicht durch den Grundsatz reiner Neutralität bestimmt, noch auch durch Sorge vor der Wahrung des eigenen Rechts und der eigenen Interessen; sie ging von der Forderung aus, daß alles geschehen müsse, um den neutralen Handel, der mit Deutschland unterbrochen war, mit England aufrecht zu erhalten. Die Berliner Regierung hat sich darein fügen müssen.

Man maß in Washington mit zweierlei Maß. Was der einen Kriegspartei zugestanden wurde, wurde der andern untersagt. Die Engländer durften, zum Schaden Amerikas und unter Mißachtung seiner Rechte, den Versuch machen, Deutschland auszuhungern, aber nicht durfte Deutschland umgekehrt den Versuch machen, England mit

der gleichen Maßnahme zu treffen. Und ärger kam es noch. Man ließ sich in Amerika die Verkürzung des Rechtes auf freien Handel mit Deutschland (ein Recht, das zugleich eine Pflicht der Neutralität und der Menschlichkeit war) mit einem Blutpreise bezahlen: mit riesenhaften Bestellungen auf Kriegsmaterial, womit die Männer und Väter der Frauen und Kinder, die man dem Hunger und Elend preiszugeben gedachte, getötet werden sollten .... Den Protesten gegen diese Munitionslieferungen bezeigte sich Bryan nicht taub. Aber ein Verbot dagegen wurde dennoch nicht ausgefertigt.

Die britische Admiralität hat nicht nur von den Kapitänen der Kauffahrteischiffe, denen erlaubt war, die neutrale Flagge zu mißbrauchen, Spionagedienst gefordert, sondern sie auch ermutigt, sich zu bewaffnen und ihnen Belohnungen und Ehren zugesagt, wenn es ihnen gelänge, ein so leicht verletzliches feindliches Unterseeboot in Grund und Boden zu schießen oder zu rammen. Das war: Übertragung des Franktireurunwesens in seiner allerärgsten Form auf die hohe See und eine Maßnahme, durch die neutrale Seefahrer, die man nun nicht mehr von den Schuldigen unterscheiden konnte, mit ernsthaften Gefahren bedroht wurden. Die Vereinigten Staaten, die der Welt ihren ehrlichen Willen als ein segensreiches, kulturrettendes Gesetz hätten vorschreiben können, waren es sich selber und der Ehrfurcht vor den Verträgen, die sie unterzeichnet hatten, schuldig, diese groben und barbarischen Praktiken zu untersagen. Aber man wollte die englische Kriegführung in nichts behindern! Das dickste Unrecht, dessen sich Großbritannien schuldig machte, nahm man hin. Und weit entfernt davon, anzuerkennen, daß Deutschland sich auf Grund der rechtsverräterischen Handlungen Englands ein Recht darauf erwarb, um alle auf England fahrenden und nicht als neutral erkannten Schiffe zur Not ohne Warnung zu torpedieren, wurde eifersüchtig darüber gewacht, daß kein Tauchboot ein amerikanisches Schiff belästige — selbst wenn es Rekruten für Englands Armeen überführte....

Wenn man die tatsächliche und vorgespiegelte Haltung der amerikanischen Regierung überblickt, so wird vollkommen klar, daß Holland, wenn es mit jener zusammengehen würde, praktisch Partei für England ergreifen würde — gegen ein Volk, das in seiner Not die herrlichsten Fähig-

keiten offenbart und mit dem sich der größte Teil unseres eigenen Volkes, namentlich soweit es den ganzen Osten und die Mitte unseres Landes bewohnt, aufs innigste verbrüdert fühlt.

Veröffentlicht: 16. Oktober 1915.

Amerikas Kriegsziel.

Von H.

Beim Ausbruch des Weltbrandes schien der amerikanische Handel einen Augenblick lang in Sack und Asche zu trauern. Aber das dauerte nicht lange: Schon bald konnte man gewisse Fachblätter, und vor allem solche, die sich die Förderung des amerikanischen Außenhandels zum Ziele gesetzt hatten, ein allgemeines Freudengeheul anstimmen hören, ein Freudengeheul über die »glänzende Gelegenheit«, die sich nun infolge der Ausschaltung der europäischen, vor allem aber der so sehr gefürchteten deutschen Konkurrenz der amerikanischen Ausfuhrindustrie auf dem Weltmarkte vortat. Der »große Augenblick« schien angebrochen, da sich der amerikanische Handel auf den Weltmärkten so sehr würde festigen können, daß sie den früheren Konkurrenten für immer müßten entgangen sein. Mit allerlei enthusiastischen Phrasen und vielen begeisterten Worten wußte man den amerikanischen Exporteuren klar zu machen, daß ihnen plötzlich ein ebenso großes wie unerwartetes Glück in den Schoß gefallen sei. Was aber war der Erfolg dieser Anstrengungen? Eine kaum merkliche Zunahme des amerikanischen Ausfuhrhandels nach jenen Ländern, die bis dahin ganz und gar von der Konkurrenz beherrscht wurden: nach den südamerikanischen Republiken nämlich. Gerade hier, wo die Aussichten am günstigsten zu sein schienen, waren die Erfolge des Eroberungszuges kaum nennenswert. Große Weltmärkte lassen sich eben nicht im Handumdrehen erobern.

Aber der Mißerfolg dieser ersten amerikanischen Kriegsspekulation hatte noch besondere Gründe.

Amerikas Ausfuhrhandel nach dem Süden seines Festlandes war im Vergleich mit dem anderer Großmächte nie bedeutend. Nach einer Statistik, die der »Minneapolis

Tribune« entnommen ist, führte Argentinien jährlich für $ 37 Millionen an Baumwolle ein, wovon nur für $ 1 Million aus den Vereinigten Staaten kam. Brasilien kauft für $ 21 Millionen Baumwolle jährlich, wovon die Vereinigten Staaten nur für $ 500000 liefern können. Ganz Südamerika führt für $ 100 Millionen Baumwolle jährlich ein; die U. S. A. sind dabei mit nur $ 4 Millionen beteiligt. Europa holt die Rohbaumwolle aus Texas und den südlichen Staaten, verarbeitet das ungesäuberte Produkt und schickt 96 Prozent davon zurück nach Südamerika. Argentinien führt weiter jährlich für $ 50 Millionen an Stahl ein, Brasilien für $ 48 Millionen, Chile für $ 32 Millionen. Im ganzen führt Südamerika für $ 175 Millionen an Stahl ein. Hiervon kommt aber nur ungefähr 20 Prozent aus der Union.

Wenn es also schon dieser noch sehr geringe Einfluß Nordamerikas auf den südamerikanischen Handelsmarkt ist, der Uncle Sams Anstrengungen, Deutschland als seinen vornehmsten Konkurrenten zu verdrängen, sehr wenig aussichtsreich erscheinen lassen muß, so wird ein weiterer Umstand dazu beitragen, die in die gleiche Richtung gehenden Bestrebungen scheitern zu lassen: Deutsche Erzeugnisse sind niemals in Südamerika so sehr begehrt worden wie seit jener Stunde, die jegliche Zufuhr von Deutschland aus vollständig abschnitt. Man kann die deutschen Erzeugnisse so wenig entbehren, daß sogar Blätter, die ganz und gar der Entente verschrieben sind, es nicht unterlassen können, ihr Bedauern über die Ausschaltung der deutschen Einfuhr auszusprechen. Das »Journal do Commercio«, das bedeutendste Blatt Brasiliens, lieferte in diesem Betracht ein typisches Beispiel. Während des Aufenthaltes des ehemaligen französischen Ministers Baudin, der Amerika als Schrittmacher des französischen Handels besuchte, veröffentlichte das genannte Blatt, das mit seinen Sympathien wie gesagt auf Seiten der Entente steht, eine Artikelreihe, die dem menschenfreundlichen Zwecke gewidmet war, »den Herrn französischen Abgesandten vor Desillusionen zu bewahren«. Das Blatt schrieb u. a. folgendes: »Unsere Interessen fordern, daß wir, sobald die Verhältnisse wieder normal geworden sind, Handel mit denjenigen treiben können, die unserer nationalen Entwicklung am tatkräftigsten Vorschub leisten, indem sie uns in unserm fortschrittlichen Streben behilflich sind. Wir haben da für gar nie-

manden besondere Vorliebe. Was wir wünschen, sind reale Anerbietungen, die ein Aufblühen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse soviel wie möglich fördern, und wir müssen anerkennen, daß wir Deutschland in dieser Hinsicht sehr viel zu danken haben.«

Wenn die Dinge in Südamerika so stehen, so ist es begreiflich, daß die Kriegsernte des nordamerikanischen Ausfuhrhandels hier noch nicht in die Halme schießen konnte.

Indessen, man fand bald ein anderes Feld, auf dem es überreichliche Ernte gab: es kamen die Munitions- und Kriegsmaterialbestellungen der Entente. Sie brachten riesige Gewinne, aber Tatsache bleibt trotz alledem, daß ohne diese Aufträge die nordamerikanischen Industrien unter den nämlichen Depressionen gebückt einhergehen würden, unter denen sie schon geraume Zeit vor dem Kriege litten.

So hält denn jener Teil der amerikanischen Industrie, der an den Kriegslieferungen für die Entente überhaupt nicht oder nicht unmittelbar beteiligt ist, ernsthafte Beratungen über die Frage ab, wie man die gute Gelegenheit zur Eroberung der Weltmärkte am besten nutzen könne. Man hat eingesehen, daß Worte allein es nicht tun, und daß das Mißlingen der bisherigen Anstrengungen zur Vergrößerung der Ausfuhr tieferliegende Ursachen haben muß, die durch den Krieg allein nicht mit einem Schlage beseitigt worden sind. So hat man denn diese Ursachen zu erforschen angefangen und faßt neue Mittel ins Auge, das vorgestellte Ziel zu erreichen. Daß man dabei immer wieder auf deutsche Methoden zurückgreift und von ihnen soviel wie möglich sich anzueignen trachtet, darf dem deutschen Handel und der deutschen Industrie zu einer (wenn auch schmerzlichen) Genugtuung gereichen.

Unter den vielen Schriften, die über die sich hier auftuende Frage geschrieben sind, nehmen die Veröffentlichungen der National City Bank (nebenbei der ersten amerikanischen Bank, die in Südafrika eine Filiale eröffnet hat) die erste Stelle ein. Die bedeutendste dieser Veröffentlichungen aber behandelt die Frage der Zusammenarbeit aller Beteiligten im Ausfuhrhandel der Zukunft. Der Inhalt dieser Schrift, aus der wir die Hauptgedanken wiedergeben, läßt besonders deutlich erkennen, wie die Amerikaner sich die Verwirklichung ihres Kriegszieles, d. h. die Eroberung der Weltmärkte, vorstellen.

Es wird vor allen Dingen die Forderung erhoben, daß alle am Ausfuhrhandel beteiligten Industriellen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen sollen. Man verlangt deshalb von der Regierung, sie solle das Sherman-Anti-Trust-Gesetz in dem Sinne interpretieren, daß es auf solche Trusts, die ausschließlich nach dem Auslande hin tätig seien, keine Anwendung finde. Unter dieser Voraussetzung werde dann für jeden einzelnen Industriezweig eine besondere Ausfuhrgesellschaft zu gründen sein (so z. B. eine Ausfuhrgesellschaft für Eisen-, für Stahl-, für Kohlenproduzenten usw.), der sich alle zur betreffenden Industriebranche gehörenden Industriellen als Teilhaber anschließen könnten. Jeder Teilhaber solle alsdann gehalten sein, der Gesellschaft zu Beginn des Jahres mitzuteilen, welches Mengenmaß von Produkten er zum Zwecke der Ausfuhr zur Verfügung stellen könne, und gegen welche Preise und unter welchen Bedingungen er an das Ausland zu liefern bereit sei. Die Gesellschaft werde dann für den Verkauf in der ganzen Welt tätig sein, und jeder Produzent solle außer dem Gewinn an seinen zum Verkauf gelangten Erzeugnissen auch noch einen Teil von dem durch die Gesellschaft erzielten Gewinn erhalten. Die Ausfuhrgesellschaft aber werde weiter noch als Einkaufsgesellschaft von Rohstoffen auftreten. Auch das Kreditproblem werde sie in die Hand nehmen und außerdem noch die tausenderlei einschlägigen Geschäfte betreiben, die mit der Ausfuhr verbunden sind und bisher von Export- oder Kommissionshäusern betrieben wurden. Auf diese Weise hofft man die Ausfuhr auf ungewöhnliche Weise zu steigern und den Wettkampf mit der ausländischen Industrie auf alle Weise aufnehmen zu können.

Natürlich hängt die Verwirklichung dieses typisch »grandios«-amerikanischen Kriegszieles an einer Voraussetzung. Wie aber diese aussieht, mögen die folgenden Sätze zeigen, die ein Verwaltungsratsmitglied der National City Bank in einer der besagten Schriften niedergelegt hat. Sie lauten:

»Wenn der Krieg über lange Zeit andauern wird, so werden sich die Kosten in die Milliarden belaufen. Die besten Männer Europas liegen in den Schützengräben oder stehen in den Mobilisationszentren bereit, um an die Front geworfen zu werden. Das bedeutet eine Verminderung der

Produktion, aber die Nachfrage nach Fertigprodukten wird in der ganzen Welt trotz der herabgesetzten Kaufkraft der (europäischen) Völker auch nach dem Kriege vorhanden sein. Nach Friedensschluß aber wird das Geld in Europa verhältnismäßig rar sein und hauptsächlich zur Beseitigung der Verwüstungen des Krieges verwendet werden, so daß die industrielle Produktion darunter leiden muß. Auch die Arbeitskräfte werden rar und teuer sein. Ferner wird der Krieg eine gewaltige Steigerung der schon jetzt sehr hohen Steuern nach sich ziehen, so daß die Auswanderung ungeheuren Umfang annehmen wird. Das Angebot von fachkundigen Arbeitern wird gering sein, und Hunger und und Krankheit werden die schon durch die Waffen stark gelichteten Reihen noch um eine belangreiche Anzahl von Opfern mindern. Die Industrien werden desorganisiert sein, denn viele ihrer Leiter, Fachmänner und Arbeiter werden nicht zurückkehren. Das Ergebnis all dieser Dinge wird sein, daß der bis heute bestehende Unterschied in den Produktionskosten der Industrien in den Vereinigten Staaten und in Europa immer geringer wird, wenn er nicht ganz verschwindet, so daß nun die amerikanischen Artikel mit Glanz gegen diejenigen Europas werden konkurrieren können. Kurz: die amerikanische Industrie und der amerikanische Ausfuhrhandel hat eine Ernte zu erwarten, die in der Geschichte von Handel und Wandel ohne Beispiel sein wird.«

Eine ähnliche Vision findet sich übrigens in einem von Arthur Street gezeichneten Artikel im »Sunset«, die wörtlich lautet: »Well guided and wisely handled, the situation will make Amerika the intermediary in an volume of trade whose magnitude, if now forecast, would seem incredible.« Zu deutsch: »Wenn wir die Lage richtig auszunutzen und klug zu handhaben verstehen, so wird sie uns in einem Maße zur vermittelnden Instanz des Welthandels machen, daß man, wenn man prophezeien wollte, die Größe des Umschwungs auf keine Weise würde vorstellbar machen können.«

Im Lichte dieser Ziele und Äußerungen bekommt das Eingreifen Amerikas in diesen Krieg, das wiederum eine Verlängerung des Kampfes bedeutet, einen Sinn, den vielleicht noch nicht viele ausgeschöpft haben.

Veröffentlicht: 8. Januar 1916.

Wilson und der U-Boot-Krieg.

Von M. P. C. Valter.

Wiederum ist ein kritischer Zeitpunkt in dem großen Kriege angebrochen, der unsere ernsthafteste Aufmerksamkeit verdient.

In einem Augenblick, da Rumänien eine in Taten sprechende Neigung bekundete, sich den Mittelmächten zu nähern, und da Holland, wie sehr auch immer bedroht, sich entschieden weigerte, seine Neutralität zum Nachteil des stammverwandten Deutschland, das sich uns stets ehrlich freundschaftlich bezeigt hat, aufzugeben — beschloß die Regierung des Herrn Wilson, dem alten Mutterlande, das durch die immer stärkeren Leistungen der U-Boote in eine fatale Lage geriet, eine neue Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Solange England, das seine Truppen zu Hause oder, soweit sie ins Feld rückten, möglichst dem von Franzosen geführten gigantischen Kampfe fernhielt, seinen Krieg in äußerst feigherziger Weise gegen das starke deutsche Heer führte, indem es seine Hauptanstrengung darauf richtete, deutsche Frauen und deutsche Kinder auszuhungern, so lange haben die Vereinigten Staaten, praktisch gesprochen, sich zuschauend verhalten — wiewohl durch diesen Krieg gegen Millionen Nichtkämpfender die Rechte der Neutralen auf gröblichste Art mit Füßen getreten und ihren Handelsinteressen sehr fühlbarer Schaden zugefügt wurde. Als nun aber Deutschland im Februar 1915 Maßregeln ergriff, um nun auch seinerseits den Handel nach den Häfen des Feindes zu unterbrechen, da verteidigte Washington plötzlich das Recht der Neutralen auf freie Fahrt, die wohl durch England nach deutschen Häfen hin, nicht aber durch Deutschland nach englischen Häfen hin behindert werden durfte . . . .

Deutschland gab nach. — Nichtsdestoweniger aber hat Wilson seither fortwährend, unter quasi-humanen und juristischen Losungsworten, den Handelskrieg der Tauchboote erschwert. Als England daraufhin seine Handelsschiffe bewaffnen und den Schiffsführern die Weisung geben konnte, Unterseeboote nach Möglichkeit zu überrennen, erwuchs Deutschland ein natürliches Recht, britische Kauffahrer als Kriegsschiffe ohne Warnung zu torpedieren.

Als daraufhin weiter — nach voraufgegangenen offiziellen Warnungen vor diesem gefahrbringenden Schiff — die Lusitania torpediert wurde, wobei, vermutlich infolge einer Munitionsexplosion an Bord, die das Fahrzeug unvorhergesehen schnell sinken ließ, eine große Anzahl von Menschenleben verloren ging — forderte Amerika: Sicherheit für alle seine Bürger, selbst wenn sie sich Schiffen anvertrauten, die unter falscher Flagge fahrend zum Kampf gegen die gebrechlichen U-Boote ausgerüstet und bestimmt waren und unter der Maske friedsamer Kauffahrer ein falsches Spiel trieben.

Wiederum hat Deutschland daraufhin sein gutes Recht und seine gerechte Kriegführung — für Zeit und Weile wenigstens — fahren lassen, indem es versprach, Passagierschiffe, die den Befehlen der U-Boote zum Zwecke der Untersuchung Folge leisteten, nicht torpedieren zu wollen, ohne für Leben und Sicherheit der Fahrgäste Vorsorge getroffen zu haben. — Und Deutschland hielt Wort. — Amerika aber nörgelte weiter, indem es darüber Klage führte, daß Fahrgäste torpedierter Handelsschiffe, und zumal neutrale Fahrgäste, nicht der Gefahr eines Aufenthaltes in offenen Booten auf hoher See ausgesetzt werden dürften — als ob sich diese Leute nicht einfach dadurch aller Gefahr entziehen könnten, daß sie ebenso wie deutsche, so auch englische Häfen nicht mehr bereisten! Als nun die Ancona, welches Passagierschiff dem Befehl zum Anhalten nicht Folge leistete, nach gutem Recht von einem österreichischen U-Boot torpediert wurde, wurde von Washington aus doch wieder, unter Mißbrauch des Begriffes der Menschlichkeit, heftig Protest erhoben. Und als nun weiter aus noch unbekannten Ursachen der englische Passagierdampfer Sussex zugrunde ging, werden die Deutschen, die sich auf überzeugendste Art an ihre Zusage gehalten haben, wiewohl sie infolge davon eine große Anzahl von leicht zu versenkenden Schiffen laufen lassen mußten, ohne weiteres verantwortlich gemacht. Und schon droht Präsident Wilson in einer äußerst heftigen und beleidigenden Note, die diplomatischen Beziehungen abbrechen zu wollen, falls Deutschland seinen U-Boot-Krieg, wie er gegenwärtig geführt werde, nicht aufgeben wolle.

Diese höchst parteiische, aller guten Treuen spottende Politik des Herrn Wilson, — die vor allem deswegen an-

widert, weil sie, nach britischen Mustern, in dem feierlichen Gewande schöner Menschlichkeit auftritt —, wird von einem ansehnlichen Teil des amerikanischen Volkes streng verurteilt. Man glaubt auf der ganzen Welt, daß Korruption im politischen Leben der Vereinigten Staaten eine große Rolle spielt; der gegenwärtige Lord Bryce gab in seinem Werke »Commonwealth« beredte Beispiele davon zum besten. Dennoch kann diese Korruption so groß nicht sein, daß Wilson eines genügenden Anhanges in seinem Falschspiel unbedingt sicher sein könnte. Trotzdem hat er es nun gewagt, die diplomatische Bekämpfung Deutschlands auf die Spitze zu treiben.

Demgegenüber muß mit lauter Stimme von uns aus darauf hingewiesen werden, daß Deutschland durchaus berechtigt ist, — solange wenigstens, als England die Handelsrechte der Neutralen mit Füßen tritt —, die bewaffneten und auf Überrennen von U-Booten bedachten feindlichen Kauffahrteischiffe in den Grund zu bohren.

Und wenn die Unterstützung, die England von Washington aus zuteil wird, in Wahrheit dem Unrecht dient, so muß weiter dazu gesagt werden, daß sie unsere holländischen Interessen schon deshalb schädigt, weil sie den Krieg in die Länge zieht.

Im Hinblick auf gewisse Stimmungen und Strömungen in Amerika wäre die Auffassung zu verteidigen, daß Deutschland klüger gehandelt hätte, wenn es sich von allem Anfang an geweigert hätte, sich in der Vernichtung britischer Handelsschiffe die allermindeste Beschränkung aufzuerlegen, deren Besatzungen jeglicher Lebensgefahr ja einfach dadurch entgehen können, daß sie nicht ausfahren. Wäre sich das große amerikanische Publikum des guten Rechtes und des festen Willens Deutschlands, sein gutes Recht zu gebrauchen, beizeiten bewußt geworden, so hätte Herr Wilson seine Rolle als Humanisator vielleicht von vorneherein aufgeben müssen.

Die Möglichkeit besteht nun noch, daß Washington, wenn Deutschland mit dem erforderlichen Taktgefühl, aber mit ebenso großer Bestimmtheit, sein Recht auf den U-Boot-Krieg verteidigt, zu der Entscheidung gelangt, daß die Ehre des Landes es erfordere, die jüngste Note »herunterzuschlucken«. Anscheinend aber kann oder will das Kabinett von Washington nicht zurück, so daß die

diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden würden. Darauf wird man natürlich sofort seine humanen Beweggründe in bengalisches Licht stellen und im übrigen die deutschen Handelsschiffe, die in der angelsächsischen Republik ein gefährliches Asyl haben, in Besitz nehmen.

Im Hinblick auf diese letztere Aussicht und in der Absicht, den Frieden aufrecht zu erhalten und die Handelsbeziehungen zur Union nicht derart zu untergraben, daß sie nach Friedensschluß nicht mehr emporgedeihen können, im Hinblick vor allem auf Deutschlands internationale Lage wäre es aber auch denkbar, daß die deutsche Regierung eine weitere Beschränkung im Gebrauch ihrer mächtigen Unterseebootwaffe in Erwägung ziehen und beschließen würde. Davon würde alsdann natürlich England unmittelbar den größten Vorteil haben, während Deutschland bei all seiner opfernden Nachgiebigkeit keinen endgültigen Friedenszustand mit den Vereinigten Staaten erreichen würde: ist doch mit Sicherheit fast vorherzusehen, daß Deutschland schon bald wieder verantwortlich gemacht werden würde, wenn das eine oder andere Schiff auf eine englische Mine liefe oder durch irgendeine Höllenmaschine quasi torpediert werden würde .... Ein »Rechtsgrund«, deutsche Schiffe zu beschlagnahmen, wird Amerika über kurz oder lang wohl entstehen.

Aber durch all diese Nebenumstände wird der Krieg nicht entschieden werden, sondern er wird auf europäischem Festlande entschieden werden.

Wenn es Deutschland gelingt, einen seiner großen Feinde des Festlandes zu einem Sonderfrieden zu zwingen, so werden die andern sich gezwungen sehen, dem Beispiel zu folgen.

Darnach würde der Krieg gegen England und gegen jeden, der England noch weiter zu helfen wagt, zur See weitergeführt werden, und zwar in erster Linie als Handelskrieg, mit einer durch Neubauten inzwischen vermehrten Flottenmacht an U-Booten, die auch technisch sehr wesentlich verbessert werden würden. Welche Ergebnisse ein solcher U-Boot-Krieg zeitigen würde, weiß man heute mit nahezu wissenschaftlicher Sicherheit. Nicht wie im März 1916 würden zwei-, sondern zehnmalhunderttausend Tonnen Schiffsraum auf den Grund des Meeres hinunterbefördert werden. Nach den Erfahrungen der letzten Monate weiß

man, wie die Dinge stehen. Immer weiter, immer schneller, immer sicherer fahren die U-Boote, immer gewaltiger wird die Kraft ihrer verderblichen Geschosse! ....

Das Tauchboot beherrscht den überseeischen Handel. Es ist da und wird bleiben. Kleine Länder mögen dafür dankbar sein.

Denn während die Schiffe dieser kleinen Länder vordem von jener Großmacht der Meere, so oft sie ihr zu widerstehen wagten, als Beute weggeschleppt oder vernichtet werden konnten, so wissen sich die kleinen Nationen nunmehr zu so starker Gegenwehr fähig, daß selbst die stärkste Seemacht sie wird fürchten müssen.

Insbesondere hat Holland Grund, für das Aufkommen der Tauchbootwaffe dankbar zu sein. Denn mit dieser Waffe wird es imstande sein, sein Land und seinen Besitz gegen jede Seemacht zu verteidigen, sowohl in Europa wie auch — in Asien. Im Kriege mit einem Feinde befindlich, der den Seekrieg auf englische Art führen würde, würde es sich ohne Zweifel nach dem deutschen Vorbilde kräftig zu verteidigen wissen.

Das Tauchboot ist ein vermummter Segen. Der Krieg gegen friedliche Handelsschiffahrt, das Kaperrecht — gehört der Vergangenheit an.

Deutschland weiß dies und will es so. Und daß es dies will, darf seine große kulturschaffende Kriegstat geheißen werden ....

Schon Friedrich der Große eiferte für diese Kulturtat: er schloß im Jahre 1785, kurz vor seinem Tode, einen in diese Richtung gehenden Vertrag mit der jungen amerikanischen Republik, der aus bösem Willen von dieser im Jahre 1796 nicht erneuert wurde. Im neunzehnten Jahrhundert hat Deutschland alsdann in Theorie und Praxis immer für die Freiheit der Meere in Kriegszeit geeifert — nicht nur als neutrale, sondern auch als kriegführende Macht. Auf dem Pariser Kongreß im Jahre 1856 erklärte Preußen sich mit der vollständigen Abschaffung des Kaperrechtes einverstanden. Und wenn Bismarck die Pariser Akte, die viel weniger ergaben, für »Unsinn« erklärte, so haben unter seiner Leitung die deutschen Lande das Kaperrecht in praxi abgeschafft und die Handelsfreiheit der Neutralen — ausgenommen in Kriegswerkzeugen — immer anerkannt.

Wenn England Deutschlands rechtmäßigen Überseehandel unbehindert läßt, will Deutschland auch seinen Krieg gegen die englische Handelsfahrt einstellen. Aber die Angelsachsen sind durch die drohende Vernichtung ihrer Seemacht wie vor den Kopf geschlagen. Denn gerade ihre Oberherrschaft zur See glaubten sie durch diesen Krieg für immer festigen zu können, und auch jetzt noch hoffen sie sie einigermaßen dadurch retten zu können, daß sie den Krieg fortzusetzen suchen .... »jusqu'au dernier Français« (»bis zum letzten Franzosen«).

Wenn auch das Kabinett von Washington in dieser Verstandesverwirrung befangen bleibt, so wird es das einstmals zu bereuen haben. Dann werden noch andere als die gebraubten Handelsschiffe, früher oder später, aber mit Sicherheit, auf den Grund des Meeres hinabbefördert werden.

Holland aber wird sich, sind die Dinge einmal so weit gediehen, zu einer Politik des Selbstmordes kaum jemals verführen lassen.

Veröffentlicht: 29. April 1916.

Theodore Roosevelt.

Von Prof. Dr. Jhr. B. H. C. K. van der Wyck.

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Theodore Roosevelt, der gern noch einmal möchte gewählt werden, hat ein neues Buch geschrieben, das den erbaulichen Titel führt: »Fear God and take your own part«. (Gott fürchten und für sich selber sorgen.)

Der gottesfürchtige Amerikaner offenbart sich in diesem Buche als Deutschenfresser von der schärfsten Sorte. Die Aufgabe der Vereinigten Staaten in diesem Kriege, sagt er, sei von zweierlei Art. Erstens müßten, und zwar innerhalb 24 Stunden, alle in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt werden. Und zweitens hätten die Vereinigten Staaten Deutschland zu strafen für die schändliche Art, in der es die Rechte der Neutralen in dem gegenwärtigen Kriege mit Füßen trete. Das könnte man tun, indem man den Bürgern der U. St. A. allen Handel mit Deutschland verbiete, dahingegen den Verkehr mit England, Frankreich, Rußland und dem Rest der Kultur-

welt auf alle Weise begünstige. Wenn die Vereinigten Staaten Deutschland so gegenüberträten, so brauche das, sagt Roosevelt, »noch nicht notwendigerweise zu einem Kriege mit Deutschland zu führen«. Und übrigens sei zu bedenken, daß es hier auf Erden noch Schlimmeres gäbe als einen Krieg, der um der Aufrechterhaltung des internationalen Rechtes willen geführt werde.

Roosevelt scheint vor allem des Einfalles in Belgien wegen auf Deutschland erbittert zu sein. Er hadert mit der Regierung seines Landes, weil sie sich nicht sogleich mit aller Kraft diesem Vertragsbruch in Berlin widersetzt habe: zur Not hätte sie erklären müssen, daß Amerika mit Gewalt einzugreifen gedenke, falls das Unrecht nicht wieder gutgemacht werde. Vielleicht, fügt er hinzu, hätte Amerika sich auf diese Weise ins Mittel legen können, wenn es ein genügend starkes Heer und eine mächtige Kriegsflotte zur Verfügung gehabt hätte. Ein großer Teil des Buches wird denn auch dem Nachweis gewidmet, daß Amerika sich eine seiner politischen Bedeutung angemessene Wehrmacht organisieren müsse, was so schnell wie irgend möglich zu geschehen habe. Die sogenannten Pazifisten sind in Roosevelts Augen Feiglinge, die sich um Recht und Unrecht nicht zu kümmern pflegen und nicht begreifen wollen, daß das Recht in den internationalen Verhältnissen zur Not mit Gewalt hergestellt werden muß.

Aber Roosevelt hat noch andere Dinge gegen Deutschland auf dem Herzen. Er wirft ihm vor, es betreibe eine Politik der Einschüchterung. Nur um die Welt in Schrecken vor sich zu versetzen, kam Deutschland darauf, die Lusitania zu torpedieren und sich im Stellungskriege giftiger Gase zu bedienen .... Hier scheint Herr Roosevelt zu vergessen, daß die Lusitania mit Munition beladen war, die dazu dienen sollte, deutsche Soldaten zu töten, und daß die Buren in ihrem Heldenkampf gegen England die englischen Lyddietbomben viel mehr zu fürchten Anlaß hatten als die Kugeln ihrer Feinde. An die reichliche Verwendung dieser Bomben scheint Roosevelt auch nicht zu denken, wenn er sagt, »die Deutschen könnten ebensogut die Brunnen in Feindesland vergiften oder ihre Kriegsgefangenen an den Marterpfahl binden«. Von Brunnenvergiftung hat man freilich schon gehört, aber es waren nicht die Deutschen, die dabei die Täter waren. Ist Herr Roosevelt der Dinge wirklich so

unkundig oder stellt er sich nur so? Sein leidenschaftliches Geschreibe dieser Art kann nur auf Leute Eindruck machen, die schon vorab auf alles Deutsche verbissen waren.

In einer Hinsicht mutet die Figur des Herrn Roosevelt nicht unsympathisch an, besonders wenn man ihn mit den Ententeleuten oder mit seinem Landsmann Herrn Wilson vergleicht: er gibt sich nicht für den großen Bereiter des ewigen Friedens aus, wo seine Natur nach Kriegen dürstet. Dieser forsche, ja rohe Gewaltmensch denkt nicht daran, seine Begierden hinter sanft säuselnden Worten zu verstecken. Ein gefährlicher Kerl vielleicht, aber doch wenigstens ein ehrlicher Kerl und ein Mann aus einem Guß.

Veröffentlicht: 27. Mai 1916.

Präsident Wilson.

Von M. P. C. Valter.

Über die Politik des Kabinetts Wilson wurde schon wiederholt Kritisches angemerkt — es ist vielleicht von Nutzen, auch einmal über den Präsidenten selber etwas zu sagen, über den Präsidenten, der einen größeren Einfluß auf die auswärtige Politik seines Landes und auf die Geschichte unserer und vielleicht auch einer sehr fernen Zeit ausüben konnte als irgendein Minister oder Monarch eines andern Staates.

Vorab mag bemerkt werden, daß, so unehrlich die Politik der Vereinigten Staaten unserer Wahrnehmung nach heißen mag, der Präsident selber, der formell für diese Politik verantwortlich ist, als ein Mann von hohen und edlen Anlagen gilt und als solcher nach allem, was wir von ihm wissen, zu Recht eingeschätzt wird. Seine Vorzüge aber sind im Geschäft der internationalen Politik in Schwächen und Fehler umgeschlagen, so daß der Steuermann Amerikas just in eine andere als die ursprünglich gewählte Fahrtrichtung getrieben ward und höchst wahrscheinlich gerne seinen ursprünglichen Kurs wiedergewinnen würde ....

Die Geschichte von Wilsons Tatverrichtungen in der auswärtigen Politik ist eine schnelle Folge von Irrtümern und Fehlschlägen. Ohne die Zeitumstände gehörig berücksichtigen zu können, verwachsen mit bürgerlichen Tugend-

und Ehrbegriffen, die für den Hausgebrauch vortrefflich sein mögen, im Leben der Völker aber leider nichts zu sagen haben, dazu allmählich immer mehr unter den Einfluß der englisch orientierten Amerikaner geratend, war Woodrow Wilson bald eine Spielpuppe in den Händen derer, die klug die Drähte zu handhaben wußten. So wenigstens sehen viele Zeitgenossen den gegenwärtigen Mann auf Amerikas Präsidentenstuhl.

Die Demokraten, die ihn ans Ruder brachten, sind Anti-Imperialisten und bis zu einem hohen Grade, vornehmlich da, wo sich der irische Einfluß geltend macht, gegen die Engländer. Wilsons Hervortreten in der Zeit eines schon lange gefährdeten Weltfriedens erweckte in den europäischen Kabinetten, soweit sie nicht zur Entente gehörten, große Erwartungen. Dieser Demokrat würde sich, so sagte man sich, von den gefährlichen Wegen eines waghalsigen Imperialismus, die, unter britischem Einfluß, seine Vorgänger Mc Kinley, Roosevelt und Taft eingeschlagen hatten, beizeiten abzuwenden wissen. Das werde er nicht nur sich selbst und seiner Partei, sondern auch der Welt und dem Heiligen Frieden schuldig sein .... Aber der schweren Aufgabe, diesem Kriege vorzubeugen, war Woodrow Wilson nicht gewachsen. Die Kunst des Messens, Berechnens und vorsichtigen Abwickelns der Dinge, die da einmal geworden waren, lag ihm nicht. Sofort nach seinem ersten Auftreten trat das sichtbar ans Tageslicht.

Präsident Wilson begann mit einer Erklärung, die den Bewohnern der Philippinen baldigste Unabhängigkeit zusagte, aber anstatt daß die Verwaltung dieser Inseln besser wurde, trat Unordnung ein, denn Wilson hatte vergessen, daß die Philippiner für Selbstverwaltung noch nicht reif waren, und daß man ihnen, nachdem man sie von der spanischen Regierung »erlöst« hatte, eine andere Regierung schuldig war. Indem Wilson »Unabhängigkeit« proklamierte, schadete er sowohl den Eingeborenen wie den Europäern (u. a. auch Holländern, die in ihrem heute als voreilig erwiesenen Zutrauen zu der neueingerichteten »zivilisatorischen« Regierung für die Entwickelung des Landes Geld hergegeben hatten). Statt des erwarteten Fortschritts gab es eine rückläufige Bewegung. Und indem Wilson die »Selbständigkeit« der Philippiner kultivieren wollte, erhöhte er durch sein unpolitisches Gebaren die Gefahren

einer neuen Gewaltherrschaft: denn nun erhob die Hoffnung auf den Erwerb der vormals spanischen Besitzungen in Japan ihr Haupt; worüber wieder bei uns in Holland allerlei Besorgnisse gegenständlicher wurden....

Ein zweiter Mißgriff des Präsidenten Wilson war noch ernsthafterer Art. Eine der leicht entzündlichen Stellen, die einen großen europäischen Krieg verursachen konnten, lag in China. Die großen wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands wurden dort durch die Entente erschwert. Durch geschmeidige Fügsamkeit gelang es zuletzt der deutschen Diplomatie, mit Hilfe amerikanischer Finanzleute einen Kooperationsplan der Großmächte Deutschland, England, Frankreich, Rußland, Japan und Amerika durchzusetzen. Einige hundert Millionen Taels sollten China als Anleihe für Kultivationsarbeit gegeben werden. Zusammengehen sollte an die Stelle des bisherigen Wetteifers treten. Eine Politik der Zusammenarbeit Europas in den entfernten Ländern, für die Bismarck und seine Nachfolger immer geeifert hatten, wollte sich ankündigen. Die britische Diplomatie schien durch das Zusammengehen der amerikanischen mit der deutschen großen Finanz geschlagen zu sein. Die Unantastbarkeit des Himmlischen Reiches sollte verbürgt werden, seine Zivilisation in europäischem Geiste schien gesichert zu sein. Der bedrohte Weltfriede würde in dem neuen, mehr oder weniger für gemeinsame Rechnung unternommenen Riesenwerk der Entwickelung Chinas einen starken Stützpunkt finden, der in wenig Zeit im fernen Osten noch stärker werden mußte und bald auch an andern Stellen fundamentiert werden konnte. Kurz, »Internationalisierung der Interessen« schien der friedenfördernde Grundgedanke der Politik der europäischen Großmächte werden zu können. Da aber war es — Präsident Wilson, Präsident Wilson, der bis dahin einem Zusammengehen mit England, d. h. dem Kriege entgegenzustehen schien, welcher plötzlich die schönen Aussichten zunichte machte. Seine demokratische Regierung wollte den republikanischen Kapitalisten nicht dienlich sein: den Finanzleuten in New York ward bedeutet, Wilsons Regierung könne keinerlei Schutz für Unternehmungen in China in Aussicht stellen. Daraufhin zogen sich die amerikanischen Geldleute zurück, und die Diplomaten der Entente frohlockten, ihren Bankiers den Rat geben zu können, dem Beispiel der

Amerikaner Folge zu leisten. Herr Wilson hatte, vielleicht unbewußt, der Entente, d. h. der Kriegspartei, in die Karten gespielt. Die große Anleihe der sechs Großmächte kam nicht zustande. Die schon im Gange befindliche Zusammenarbeit war vereitelt. Präsident Wilson, der berufen schien, eine ausschlaggebende Rolle in jener kriegsschwangeren Zeit zu spielen, hatte versagt. Es galt hier eine Sache, durch die der Weltfriede gerettet werden konnte. Wenn irgendeiner großen Unternehmung, so mußte der Präsident dieser seine Unterstützung leihen und sich davor hüten, sie voreilig im Stiche zu lassen und ihr dadurch den Hals zu brechen. Aber der Herr Professor hat die Bedeutung der Sache vielleicht nicht einmal ganz durchschaut.

Der vortreffliche Mensch und der Gelehrte von Ruf schien ein unberechenbarer, ja gefährlicher Politiker. Seine imperialistischen Vorgänger, die nach erhöhtem Machtbesitz am Panamakanal und nach Gebietszuwachs in nahen und fernen Landen strebten, hatten in Mexiko heftige Unruhen hervorgerufen: zuerst zwangen sie den Präsidenten Diaz zur Hergabe einer Flottenstation an der Magdalenenbai und danach halfen sie, durch Waffenlieferungen an Madero, den Aufständischen, Präsidenten Diaz verjagen. Als nun nach dem Regierungsantritt Wilsons General Carranza, ein Diaz-Mann, Madero gefangen nahm und, wie es scheint, die Tötung dieses Mannes — eine Tat im Stile alter mexikanischer Sitten — zuließ, hätte Wilson das auf sich beruhen lassen können: die internen Angelegenheiten Mexikos gingen ihn nichts an, und in der Tat wollte er sich auch nicht in sie einlassen. Außerdem ordneten verschiedene Regierungen Gesandte ab, um Carranza anzuerkennen. Woodrow Wilson aber, — es scheint unglaublich, ist aber dennoch so — der brave, ehrliche, allen Gewalttaten widerstrebende Präsident, ließ sich durch Imperialisten und Petroleumkönige, die eine Einmischung wünschen mußten, überzeugen — oder überzeugte er sich selber? —, daß er den »Mörder« Carranza nicht als mexikanisches Staatsoberhaupt anerkennen dürfe. Dahingegen schenkte er General Villa, dem Feind des »Missetäters«, seine Sympathien: Villa wurde als Kriegführender anerkannt und erhielt Waffen aus Texas. So wurde der friedliebende Präsident Wilson, wenn nicht der Urheber, so doch ein mächtiger Förderer des blutigen mexikanischen Revolutionskampfes. Und als

eines Tages Amerikaner und Engländer ihr Leben in diesen Wirrnissen einbüßten, — und das durch Zutun des edlen Villa, der den bösen Carranza bestrafen sollte —, und Europa dahin vorstellig wurde, die Vereinigten Staaten möchten die Ruhe, die sie gestört hatten, nun auch wiederherstellen: da befahl der Präsident die Besetzung von Vera Cruz, und wieder gingen viele Menschenleben drauf, mit keinem andern Ergebnis, als daß die Wirrnis noch viel schlimmer wurde und die europäischen Staaten, deren Angehörige durch den Krebsgang der mexikanischen Werte Hunderte von Millionen Schaden erlitten, immer mehr Grund zu klagen hatten. Präsident Wilson aber wollte keinen Krieg erklären. Wenn auch niemand anderem, so erschien doch ihm das A und O der ganzen Sache, durch die viele Hunderte von Menschenleben und viele Hunderte von Millionen Gulden verloren gingen: einmal den »Mörder« Carranza nicht anzuerkennen und zum zweiten dann auch noch den »Mörder« Villa zu bestrafen.

Er war Anti-Kapitalist und vor allem Nationalist. Aber infolge der Abhängigkeit von England, in die man hineingeriet, konnten kanadische Eisenbahnbesitzer es fertig bringen, daß Wilson eine Auslegung des Panama-Kanal-Vertrages annahm, durch die die amerikanische Küstenfahrt ebenso schwer wird belastet werden müssen wie der große interozeanische Verkehr. Seine Erwägungen dauerten lang, aber am Ende überzeugte er, wenn niemand anders, so doch sich selber, eine tadellose Interpretation des Hay-Pauncefote-Vertrages besorgt zu haben.

Während nun das Kabinett von St. James auf Wiederherstellung der Ordnung in Mexiko drang, sandte Japan ein Kriegsschiff in den Golf, dessen Kommandant dem Präsidenten Carranza seine Aufwartung machte. Und während Wilson die Monroelehre neueren Stils in Anwendung bringen mußte, gab seine Haltung in den mexikanischen Angelegenheiten andern Regierungen Gelegenheit, in Mittelamerika »a footing« zu suchen.

Der Standpunkt des Präsidenten in Sachen der Philippinen änderte sich sehr. Man scheint ihn dazu überredet zu haben, die Eingeborenen nicht den Japanern zu überlassen. Und der Mann, der als Anti-Imperialist begann, beratschlagte nun nicht mehr allein über die Verteidigung dieser

Inseln, sondern auch über die gleichzeitige Beschirmung des ganzen niederländisch-indischen Archipels.

Ein paar Jahre, nachdem Präsident Wilson als Mann des Friedens sein Amt angetreten hatte, unterzeichnete er Beschlüsse, die eine sehr ansehnliche Vergrößerung der amerikanischen Flotte bedeuteten: schon gab Amerika für seine Marine viel mehr aus wie Deutschland, und schon baute es größere und schwerer bestückte Kriegsschiffe, als selbst England sie besaß.

Wenn jemals eine Regierung ohne festen Kurs umhertrieb, so war es die des Präsidenten Wilson. Es kam endlich wohl eine Fahrtrichtung heraus: die britisch-imperialistische, in der denn auch immer schneller und halsbrecherischer weitergefahren wurde — aber es war nicht des Präsidenten Wilson Hand, die eigenkräftig das Steuer hielt ....

Bei Ausbruch des europäischen Krieges wurde eine lahme Neutralitätserklärung abgegeben. In London aber brauchte man sich darum nicht ernsthaft zu kümmern: der Präsident verabscheute ja den Krieg und würde den Frieden (um einiger Seerechtsverletzungen willen) nicht brechen. Damit konnte man damals rechnen. — Unter Verletzung der Würde und der Interessen Amerikas und anderer Mächte machte England allem Handel nach Deutschland ein Ende, wobei es hoffen durfte, die Frauen und Kinder der kämpfenden Soldaten auszuhungern. Sogar Verbandmittel für die Verwundeten und Nahrung für Säuglinge wurden nicht durchgelassen.

Präsident Wilson hätte damals England mit einem Wort zur Achtung des geltenden Seerechtes und zu humaner Kriegsführung zwingen können. Er muß damals wohl geschwiegen haben, weil er stark unter dem Eindruck der »deutschen Greuel«, der »Mordtaten von Visé« usw. war und sehr fürchtete, das Kabinett von St. James möchte ihm in Mexiko oder durch Japan unbequem werden.

Als nun die Deutschen einige englische Schiffe in den Grund bohrten, wobei einige amerikanische Fahrgäste zu Tode kamen, wiederholte sich die sonderbare mexikanische Angelegenheit. Der Präsident sah nicht ein, daß jene Leute, die man vorher gewarnt hatte, ihren vorzeitigen Tod selber verschuldet hatten. Er zog wider den deutschen Tauchbootführer, der die Lusitania in den Grund gebohrt hatte, zu Felde wie einst gegen Carranza — mit den gleichen Folgen

von Unruhe und Kriegsgefahr wie damals! Seinen tüchtigen, wirklich friedliebenden und anti-imperialistischen Staatssekretär Bryan, der öffentlich erklärte, die anmaßliche Lusitania-Note Wilsons könne das Vorspiel eines ungerechtfertigten Krieges gegen Deutschland werden, ließ der Präsident ohne weiteres ziehen.

So schwamm Herr Wilson mehr und mehr in einen ganz und gar angelsächsischen Kurs hinein; so trug er, der über Europas Verblendung und schlechtes Betragen nicht tadelnd genug reden konnte, zur Verlängerung des Krieges Erhebliches bei, indem er nämlich Deutschlands Tatverrichtungen sehr erschwerte und England durch passivisches Geschehenlassen sehr wesentliche Hilfe angedeihen ließ. Aber der unbedachte Mann, der so voller Liebe zu den Menschen war, daß sein Herz über den Tod einiger weniger Amerikaner zu bluten schien, wird dereinstens für die Fortsetzung dieses furchtbaren Krieges und für den Tod von Hunderttausenden mitverantwortlich gemacht werden von der Geschichte.

Er ging und er geht — vielleicht ohne es anfangs gewollt und ganz gewußt zu haben — die Wege eines Nichtmehr-Neutralen, die Wege Englands, die für Holland so sehr gefährlich sind: wer wirklich neutral sein und Frieden haben will, muß sich fern von diesem Manne halten.

Der Präsident will vielleicht das Beste. Aber er kann es nicht verwirklichen.

Im April 1916 war Wilson wieder überzeugt, Carranza sei kein Mörder, und er erkannte ihn an als Oberhaupt der Mexikanischen Republik, doch nun bedrohte er Deutschland mit Krieg: im Namen von Recht und Kultur, aus reiner Humanität; denn er hatte einen neuen »Mörder« entdeckt in jenem deutschen Unterseebootkommandanten, der die »Sussex« für ein Kriegsschiff hielt und sie aus reinem Pflichtgefühl in den Grund gebohrt hatte.

Es gibt in der amerikanischen demokratischen Partei, aber auch außerhalb ihrer, eine starke Strömung, die dahin geht, England durch Zwang zur Freigabe des friedlichen Handels zu veranlassen. Man könnte das erreichen, sogar sehr leicht. Was der amerikanische Präsident Madison vor hundert Jahren in ungefähr einem Jahre zustandebringen konnte, vermöchte Wilson in einem Tag zu tun. Er brauchte nur zu fordern und mit dem Abbruch der diplomatischen Be-

ziehungen zu drohen. Denn es gibt Mittel genug, um England zu nötigen, die völkerrechtlichen Gesetze auf dem Meere zu respektieren, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Recht bestanden. Aber man ist in London, und allem Anscheine nach aus Gründen, der Meinung, daß von dem Manne, der gegenwärtig im Weißen Hause herrscht, für England nichts zu befürchten sein wird.

Gerne, herzlich gerne sei hier noch einmal dem ersten Bürger der Vereinigten Staaten das Lob gesungen, das ihm, so viel man wissen kann, zukommt; er sei ein ehrlicher und tugendhafter Mensch. Nicht aber ist Wilson, was dabei gesagt werden muß, der Mann, den Amerika, den die Welt in diesem Augenblick brauchte. Es ging kein guter, sondern ein verwirrender Einfluß auf das große Geschehen der Zeit von ihm aus. Wilson scheint, ein Opfer seiner »guten« Eigenschaften, Spielball in Händen der Engländer geworden zu sein. Und Europa wird er die Hilfe nicht bringen, die es, zur Beschwörung des allesvernichtenden Kriegssturmes, so sehr braucht. Dieser Sturm wird weiter rasen, weil England ihn entfesselte und weil England ihn so lange nicht wird mitbeschwichtigen wollen, bis es selber so gelitten hat wie seine Bundesgenossen — oder bis ihm, wie vor hundert und zweihundert Jahren, wieder mal die still genährte Hoffnung reift: auf den Schlachtfeldern der andern reiche Beute machen zu können.

Die Zeit kann kommen, und vielleicht schon bald, da wir den Präsidenten Wilson als Friedensstifter auftreten sehen. Aber er wird dann kein unabhängig dastehender Bereiter des Friedens sein, und es müßte mit merkwürdigen Dingen zugehen, wenn ihm der große Wurf gelänge.

Veröffentlicht: 29. Juli 1916.

Amerika und die kleinen Neutralen.

Von Generalleutnant a. D. van der Goes.

Während England die Belange der kleinen Neutralstaaten auf die ihm eigene Weise dadurch vertritt, daß es ihnen in reichlichstem Maße Gelegenheit gibt, Enthaltsamkeit, Selbstbeherrschung, Demut, Geduld und Selbsterniedrigung zu üben ,— christliche Tugenden, die England

von jeher an andern Völkern aufs höchste geschätzt hat —, hat sich im Verlaufe dieses Krieges aufs deutlichste gezeigt, daß von den Vereinigten Staaten für die kleinen Völker nur akademische Betrachtungen und papierene Proteste zu erwarten sind, so oft ihre Rechte und Belange von England mit Füßen getreten werden. Wäre es dem Präsidenten Wilson Ernst mit seinen an England gerichteten Noten und Protesten, so hätten die Überseepostsendungen, die für die neutralen Länder bestimmt sind, durch Kriegsschiffe über den Ozean gebracht und die Kauffahrer durch Kriegsschiffe konvoyiert werden können: Maßregeln, die die Vereinigten Staaten ohne jede Konfliktsgefahr mit England hätten ergreifen können, deren Durchführung den gefährdeten Neutralstaaten Europas aber versagt sein muß. Wenn man aber statt dessen erleben mußte, wie die Vereinigten Staaten es ruhig zuließen, daß die englische Gesandtschaft in Washington der leitenden Stelle der Norwegischen Amerikalinie Mitteilung machte: für die Einfuhr von Mehl aus den Ver. St. werde künftig keine Erlaubnis mehr erteilt werden — so fragt man sich, ob eine Betätigung neutraler Rechte überhaupt noch irgendwie wird möglich sein können, solange dieser Präsident am Ruder bleibt.

Wenn die kleinen Neutralstaaten aus all ihren erlittenen Erniedrigungen und Schädigungen und aus dem untätig zuschauenden Verhalten Amerikas eine Lehre ziehen wollen, die für ihre zukünftige Politik richtunggebend sein kann, so müssen sie sich über die ernsten Gefahren klar werden, die ihnen von Englands Seite drohen: vom englischen »Marinismus«, von der englischen Oberherrschaft zur See, und vor allem auch von der englischen Auffassung des Seerechtes, das immer gestatten wird, neutrale Rechte zu beseitigen, die nichtkämpfende Bevölkerung in Feindesland auszuhungern und kleine widerspenstige Völker durch die Hungerpeitsche zum Gehorsam zu zwingen.

Sich diese Gefahren auch in der kommenden Friedenszeit vor Augen zu halten, wird für die kleinen Völker eine gebieterische Notwendigkeit sein: die Erfahrungen dieses Krieges, das unvollkommene Seerecht der Vergangenheit, der drohende Wirtschaftskrieg der Zukunft rufen ihnen zu: Seid auf der Hut und stellt den Schutz eurer Rechte und Belange lediglich auf eigene Kraft. Gilt dies für jedes kleine Volk im allgemeinen, so gilt es für die Niederlande, die

einen großen und kostbaren kolonialen Besitz zu verteidigen haben, noch ganz besonders .... Wären die skandinavischen Länder und Holland zusammen im Besitze einer eindruckerweckenden Schlachtflotte gewesen, so wäre das Seerecht zweifelsohne nicht in dem Ausmaß englischer Willkür und Vergewaltigung preisgegeben worden in diesem Kriege. Die einzige Ursache unserer Hilflosigkeit war das Nichtvorhandensein einer mächtigen Schlachtflotte.

Veröffentlicht: 29. Juli 1916.

Amerika gegen Europa.

Von K.

Zu Anfang Juni 1916 sandte das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten an alle amerikanischen Konsulate ein »vertrauliches« Rundschreiben, das über Amerikas schönmenschliche Rolle in dem großen Tragödienspiel dieses Krieges eine nicht gerade unwesentliche Auskunft gibt.

In diesem Rundschreiben wurde den Konsulaten von seiten der Regierung ans Herz gelegt, sie sollten dafür Sorge tragen, dem europäischen Geldmarkt bekannt zu geben, daß amerikanische Banken gegenwärtig bereit und in der Lage seien, auf Frachtbriefe und andere Handelsdokumente gewünschte Kredite zu eröffnen. Es wurde dabei besonders darauf hingewiesen, daß europäische Banken solche Kredite nicht eröffnen könnten, da sie ihre Kapitalien für andere Zwecke nötig brauchten. Außerdem wurde den offiziellen Vertretern der Vereinigten Staaten Auftrag erteilt, die Aufmerksamkeit des ausländischen Handels auf die Tatsache hinzulenken, daß die amerikanischen »National Banks« von dem »Board of Federal Reservebanks« für derartige Abschlüsse besondere Ermächtigung erhalten hätten und deshalb vollkommene Sicherheiten zu bieten imstande seien. Weiter solle darauf hingewiesen werden, daß die den amerikanischen Banken zu zahlenden Zinsen niedriger als in allen europäischen Ländern seien. Dem Rundschreiben waren 25 Adressen der empfehlenswertesten Banken Amerikas beigefügt.

In London hatte die Bekanntgabe dieses Rundschreibens die Folge, daß die meisten Finanzblätter diese Betriebsam-

keit der amerikanischen Regierung auf rein geschäftlichem Gebiete scharf verurteilten und sie als unlautere Konkurrenzgebarung brandmarkten. Immer wieder wurde in diesen Kritiken darauf aufmerksam gemacht, daß die benötigten Schiffspapiere den Besitzern nur insoweit von den amerikanischen Konsulaten abgehandelt werden würden, als die damit verbundenen Transaktionen den amerikanischen Banken von Vorteil sein könnten.

Indessen müssen die amerikanischen Konsuln gegenwärtig nicht nur als Vermittler für Finanzgeschäfte tätig sein, sondern auch als Verkäufer amerikanischer Handelswaren. Als der erste amerikanische Konsul, der den neuen Anforderungen seiner Regierung gerecht wurde, trat der Herr E. A. Wakefield aus Port Elizabeth in Südafrika hervor, der über seine ersten Erfolge das folgende zu vermelden wußte: »Im Laufe des Dezember 1915 ist es mir g lungen, am hiesigen Orte 12 schwere Bauernwagen, 2 Lastautomobile und eine Anzahl elektrischer Motoren an Gemeindevorstände abzusetzen. In derselben Zeit wurden außerdem verkauft: 23000 Dutzend Damenstrümpfe, 500 Stück baumwollene Gewebe, 760 Stück Flanellsachen, Unterwäschestücke und Schuhe, im Werte von zusammen 25000 Dollar.« — In dem Bericht wird weiter darauf hingewiesen, daß durch Versendung von geschickt aufgemachten Katalogen, durch Erteilung von Auskünften und durch Aussendung von Handelsreisenden der Absatz amerikanischer Waren außerordentlich zu steigern sei.

Zu dem hier aufgeschlagenen Kapitel von Amerikas offizieller Handelsbetriebsamkeit auf Europas Kosten gehört auch die Veranstaltung einer Musterausstellung, die schon einige Zeit hindurch in New York offengehalten wird. Der Direktor dieser Ausstellung gab offiziell bekannt, daß man allein aus der Eisenbearbeitungsindustrie schon ungefähr 4000 Muster beisammen habe, die sich durch unterwegs befindliche Stücke bald auf 6000 erhöhen würden. Meist handelt es sich hier um deutsche und englische Modelle, wenn auch französische und schwedische mitvertreten sind. Die Muster wurden mit den zugehörigen Preislisten im Auftrage der offiziellen Handelsabteilung (Handelskammer?) zu Washington durch Agenten der Bundesregierung aufgekauft. Sie sollen dazu verwendet werden, den amerikanischen Fabrikanten das Nachmachen dieser Artikel zu

erleichtern: und so wird jedem Interessenten Erlaubnis erteilt, genaue Zeichnungen an Hand der Muster anfertigen zu lassen. Das eine wie das andere hat den Zweck, die amerikanische Industrie instand zu setzen, der europäischen Industrie gleichwertige Erzeugnisse herzustellen, um damit vornehmlich auf den Märkten des lateinischen Amerika konkurrieren zu können. Es ist so gut wie ausgemacht, daß die meisten der ausgestellten Muster mittels einer geriebenen und von offizieller Seite begünstigten Handelsspionage in amerikanischen Besitz gelangt sind.

Um den Auslandshandel Amerikas noch mehr zu fördern, hat die »American Bankers Association« in diesen Tagen den Beschluß gefaßt, eine eigene Bank für ausländische Geschäfte einzurichten. Als Teilhaber dürfen auch die sog. National Banks mitwirken, die sich nach den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Unternehmungen nicht einlassen durften, deren Feld hauptsächlich im Auslande lag. Die zu gründende Bank soll insbesondere im Auslande Filialen einrichten und dort die Interessen des amerikanischen Handels möglichst fördern. Aus all dem geht zur Genüge hervor, daß die Vereinigten Staaten den Krieg dazu benutzen, um ihrer Industrie im ausländischen Konkurrenzkampf die Überlegenheit zu sichern.

Veröffentlicht: 18. September 1916.

Das Volk der Idealisten und sein oberster Priester.

Von Prof. Dr. jur. S. R. Steinmetz.

Wer wie das amerikanische Volk und sein Führer als Friedensapostel gelten möchte, muß sich legitimieren können, aber nicht durch Worte, sondern durch Taten. Die Frage ist also: Darf Präsident Wilson, darf das amerikanische Volk eine Sprache im Munde führen, wie es sie in allen offiziellen Schriftstücken während dieses Krieges gegen Deutschland zu wählen für gut fand? War Amerika immer in der Tat auch friedliebend? Hat es niemals kleine und schwache Völker ausgeraubt? Hat es die Freiheit der Völker, sich ihre eigene Staats- und Regierungsform zu wählen, immer heiliggehalten?

Die Antwort auf diese Fragen muß darüber entscheiden, ob die Noten Amerikas von ethischem Werte oder ob sie nur diplomatische Schachzüge sind. Wohlan! Wie stehen die Dinge? Im Jahre 1898 erklärte MacKinley Spanien den Krieg und raubte diesem Lande nach leicht zu erringenden Siegen die Kolonien Kuba, Portoriko und die Philippinen, und im selben Jahre wurde die Annexion der Hawaii-Inseln vorgenommen. Mittels einer kleinen Komödie wurde weiter die Republik Columbia eines Landstückes beraubt, das Amerika für seine Kanalpläne brauchte. Ja, derlei ist sehr unmoralisch und verdammungswürdig, wenn ein anderer es tut, und wenn vollends Deutschland es tut, so ist es über alle Begriffe verabscheuenswert. Aber wenn es ein Angelsachse tut, so hat alles eine moralische Rechtfertigung in sich, was immer dabei herauskommen möge ....

Aber weiter! Präsident Wilson verkündet, jede nationale Gruppe solle ihre eigene Staats- und Regierungsform wählen dürfen, und die Schreiber der Entente jubeln diesem Grundsatze zu. Wie aber entsprach der Sezessionskrieg dieser Formel? Legte damals der Norden der großen Republik dem Süden nicht seine Regierungsform auf? Zwang dieser Norden den Süden nicht, nach einem äußerst blutigen Kriege Teil auszumachen von einem Staatswesen, von dem er sich abkehren wollte? War hier nicht eine politische Tathandlung, die sich gegen die freie Selbstbestimmung der Völker richtete? Und ist das enorme Grundgebiet der Vereinigten Staaten überhaupt durch Ehrerbietung vor Rechten anderer zusammengekommen? Im Jahre 1846 wurde Texas, in den Jahren 1847/48 Neu-Mexiko und Kalifornien einverleibt: maßlose Habsucht war die einzige Triebfelder des damals noch kleinen Erobervolkes.

Und wenn wir etwas weiter in der Geschichte zurückgehen, wie zeigt sich uns das idealistische Volk der Amerikaner da? Ich lasse beiseite, daß sich die damaligen Amerikaner eines Bodens bemächtigten, der einer andern Rasse gehörte, der roten nämlich, ich lasse die Berechtigung dieses geschichtlich notwendigen Vorganges einmal gelten — aber wie hat das humane Amerika die kleinen roten Völkerstämme getreten und mißhandelt! Betrogen und ausgerottet hat es die einen, mit List und Gewalt vertrieben

die andern. Diese in Europa allzu wenig bekannten Ereignisse sind von der Art, daß Miß Helen Jackson im Jahre 1881 die furchtbare Anklage gegen ihr Volk schleudern konnte, die die allessagende Aufschrift trägt: »A century of dishonour« — »Ein Jahrhundert der Schande«. Und dann wieder später! Hat das nachmalige reiche und große Amerika seine furchtbare Schuld gegenüber den Negern jemals irgendwie gutgemacht? Man lese das Buch des Amerikaners Stannard Baker »Following the colourline« (1912) und man weiß Bescheid. Was ein anderer Amerikaner namens Carrol mit der Buchaufschrift »The Negro a beast« aussprach, scheint in Amerika Glaubensbekenntnis zu sein: Neger sind keine Menschen ....

Darf der Präsident eines solchen Volkes als Verteidiger und Prophet der geheiligten Rechte der Menschheit auftreten? Und wenn er es dennoch tat, mußte er dann nicht wenigstens für seine Person ein besseres Beispiel geben? Aber wir wissen aus zuverlässigsten Quellen, daß Amerika unter Wilsons Präsidentschaft nur deshalb nicht gegen die schreckliche Anarchie in Mexiko auftreten wollte, weil die amerikanische Waffenindustrie darunter hätte leiden können. Nicht einmal viele Hunderte von ermordeten Amerikanern fielen gegen diesen obersten Grundsatz der politischen Moral Amerikas ins Gewicht! Um desselben Grundsatzes willen hat Wilson, durchaus im Gegensatz zu der gerechteren Auffassung eines seiner Vorgänger im Amt, die Waffenausfuhr während dieses Krieges nicht untersagt: er hätte seinen Kopf riskiert, wenn er den amerikanischen gentlemen dieses Milliardengeschäft aus der Hand genommen hätte .... Und was soll man vollends von der Ehrlichkeit Wilsons in Sachen des Tauchbootkrieges halten, da doch alle Welt weiß, daß Amerika auf Wilsons Veranlassung eben jetzt eine Riesenflotte mit unzähligen U-Booten erbauen läßt? Erkennt man hier nicht den gelehrigen Schüler — Englands, das ein großes Heer unmoralisch nennt, eine große Flotte aber für Gott wohlgefällig und als Waffe der Humanität ausgibt?

Der Präsident nennt die Wiedervereinigung der Polen und ihre Unabhängigkeitserklärung eine Forderung der Menschheit. Sehr gut, aber warum forderte er nicht die Erneuerung Irlands aus dem Geiste der Freiheit, die nun schon sieben Jahrhunderte lang ein Gebot der Menschlichkeit ist?

Warum legte er nicht den Finger auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung Ägyptens, Transvaals, des Oranje-Vrystaats und vor allem Indiens? Warum forderte er nicht die Freiheit für Marokko, Madagaskar, Tunis, Algier, Hinterindien? Warum versprach er nicht die Zurückgabe von Tripolis an den Staat, zu dem es gehört? Warum verlangte er nicht für Millionen von mißhandelten und zertretenen Seelen Freiheit für Finnland, für die Ukraine und für alle andern Völkerschaften, die Rußland widerwillig angehören? Warum ließ ihn das Unrecht und die Mißhandlung, die den Juden angetan wird, gleichgültig und kalt? — Und warum vor allen andern Befreiungen befreit er nicht mit seinem Idealistenvolke die Philippiner, deren Los allein von Amerika und den Amerikanern abhängig ist?

Der Friede, den Präsident Wilson als einen »ewigen« und »gerechten« erstrebt, würde niemals etwas anderes sein als eine Beständigung des status quo (nach Deutschlands Ausschaltung aus der Reihe der Weltmächte! — Der Übers.) zu Nutz und Frommen der beati possidentes. Stellt diese Neuordnung das Recht im höchsten Sinne her und trägt sie das Element der Dauer in sich? Kann es als letztes Ziel der Entwickelung der Menschheit angesehen werden, wenn sie von nun an dem Zwecke zu leben hat, den unverhältnismäßig großen Besitzstand Englands, Frankreichs, Rußlands und Amerikas zu sichern und zu gewährleisten?

Kein Friede ohne Gerechtigkeit, gewiß. Aber die wahre Gerechtigkeit ist nicht ein formales Recht, das nicht mehr verwirklichen will wie eine Festigung des gegenwärtigen Besitzstandes der Völker. Wilsons »Idealismus« würde weder das Unrecht der Vergangenheit aufheben, noch auch den Forderungen der Zukunft gerecht zu werden verstehen. Vielmehr würde eine Verwirklichung dieses »Idealismus« die Verewigung des Unrechtes auf Erden sein.

Veröffentlicht: 10. Februar 1917.

Amerika und Holland.

Von Prof. Dr. J. G. Sleeswyk.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hat begreiflicherweise auf unser Volk einen tiefen Eindruck gemacht und hier und da sogar nervöse Stimmungen hervorgerufen. Pessimisten hörte man behaupten, »daß wir nun auch in die Sache hineingezogen werden würden«.

Wir wollen den Ernst des Vorgehens von Wilson nicht unterschätzen, uns aber vergegenwärtigen, daß für Holland nicht der mindeste Anlaß vorhanden ist, dem schlechten Vorbild Amerikas Folge zu leisten.

In mehr als einer Hinsicht steht Amerika ganz anders vor den Begebenheiten da als wir. Zunächst ist unsere geographische Lage, die uns mitten zwischen die kriegführenden Parteien stellt, viel gefährlicher als die Amerikas. Dazu ist Amerika von Anbeginn des Krieges an der größte Lieferant von Kriegsmaterial für die Entente gewesen, und die amerikanischen Industriemagnaten mitsamt den Börsenspekulanten tragen nach einem baldigen Ende ihres »Goldenen Zeitalters« nicht das mindeste Verlangen. Man heimst jenseits des großen Wassers eben nur die riesenhaften Gewinne ein, die der Krieg mit sich bringt, ohne die Schrecken dieses Krieges so wie wir aus nächster Nähe zu betrachten.

Es gehen in Amerika denn auch Dinge vor, die es uns Zuschauenden schwer machten, Wilsons Bemühungen um den Frieden mit wahrer Sympathie zu begrüßen. Als der Herr Präsident sich jüngst offiziell als Friedensvermittler aufwerfen wollte, war es, wie jetzt herausgekommen ist, sein eigener Schwager, der noch vor dem Ereignis der großen Friedensrede ein Börsenmanöver zu inszenieren wußte, das den Beteiligten nicht gerade Windeier eingebracht haben soll. Bei solcherlei Tatbeständen ist einiges Mißtrauen gegenüber der moralischen Bedeutung von Wilsons Schritten sicherlich nicht unangebracht.

Man bekommt vielmehr, überblickt man Wilsons Haltung im großen und ganzen, den peinlichen Eindruck, als habe der Präsident der Vereinigten Staaten eine Doppelrolle gespielt und als habe er die Maske von seinem wahren Gesicht erst jetzo abgeworfen.

Obwohl England ganz Mitteleuropa blockierte, und zwar nicht etwa durch eine gesetzesmäßige effektive Blockade, sondern »auf langen Abstand« und mittels der Beherrschung des offenen Meeres, obwohl England weiter die Neutralen auf Nahrungsrationen setzte und nicht einmal die amerikanische Post unangetastet ließ — ist das Verhältnis zwischen Amerika und England nie auch nur getrübt gewesen: Wilson unterwarf sich der Entente. Aber kaum, daß Deutschland eine Blockade über England verhängt, gerät der Präsident in Bewegung und bricht die diplomatischen Beziehungen ab. Es ist in die Augen fallend, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Gewiß bringt das Wesen der deutschen U-Boot-Blockade es mit sich, daß die Schiffe, die sich aller Warnungen zum Trotz in die Gefahrenzone wagen, nicht aufgebracht werden können, sondern versenkt werden müssen. Das aber kann die grundsätzliche Rechtmäßigkeit dieser Blockade nicht im mindesten herabsetzen. Die Neutralen können nur fordern, daß ihnen der Verkehr über See gewährleistet bleibt, soweit ihr Lebensinteresse es notwendig erscheinen läßt. Solcher Forderung aber ist Deutschland sogleich entgegengekommen.

So ist für Holland keinerlei Grund vorhanden, sich den Vereinigten Staaten von Amerika irgendwie anzuschließen. Unsere Regierung denkt glücklicherweise nicht anders, wennschon sie einen entschiedenen Protest nach Berlin hat gehen lassen. Sie hat in diesem Kriege noch immer ihre Hände frei zu halten gewußt und sich bei ihrem Grundsatz, »to make the best of it« (»das Beste herauszufinden«), in allen Lagen noch immer wohlbefunden. So sei es auch jetzt. Die Gefahrzone meiden und im übrigen einen freien Weg aufs Meer, d. h. nach unsern indischen Kolonien und nach den neutralen Küsten hin offen zu halten suchen: das ist, was uns übrig bleibt und was wir brauchen. Und bei solchem Verhalten wird es uns wohlergehen.

Was aber Herrn Wilson betrifft, so wird er, nachdem die europäischen Neutralen sich weislich geweigert haben, Amerika und der Entente die Kastanien aus dem Feuer zu holen, inzwischen wohl eingesehen haben, welch großen diplomatischen Fehler er gemacht hat.

Veröffentlicht: 10. Februar 1917.

Die U. S. A. und der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

Von Prof. Dr. W. A. Versluys, Haag.

Die Vereinigten Staaten leisten dem verschärften U-Boot-Krieg Widerstand. Das war von dem Lande, in dem der Dollar König ist, zu erwarten, denn es konnte den Ententemächten für Milliarden Munition und anderes Kriegsgerät liefern. Eine Behinderung dieses »friedsamen Handels« in Kriegsgerät mußte mächtigen Interessen, die auch in der hohen Politik eine Rolle spielen, zuwiderlaufen. Es gibt aber mehr Gründe für Wilsons Antipathie gegen den U-Boot-Krieg. Das Tauchboot kann einmal eine starke Waffe gegen den amerikanischen Handel — in der Hand von Mexiko werden. Auch England würde zu seiner Zeit das Tauchboot mit Nutzen von Kanada oder Britisch-West-Indien aus gegen Uncle Sam's Handelsschiffe verwenden können, während es umgekehrt den Vereinigten Staaten an Stützpunkten fehlen würde, um eine Tauchbootblockade gegen England mit Erfolg durchführen zu können. Und dann meint Wilson ja, ein dauerhafter Friede werde nur möglich sein, wenn es nach diesem Kriege keine Besiegten gäbe. Sollte der praktische Amerikaner in dem verschärften U-Boot-Krieg das Mittel erblicken, durch das Deutschland England besiegen wird? Aber Wilson protestiert ja aus Gründen der Menschlichkeit . . . . Nun verlangt eine humane Kriegsführung in der Tat, daß man das Leben von Nichtkämpfenden so wenig wie möglich in Gefahr bringe. Aber jene amerikanischen Bürger, die als wirkliche oder als geheuerte Schiffsgäste oder als Matrosen ihr Leben in die Schanze schlagen, nehmen denn doch sicher tätiger teil an der Kriegführung als die durch den englischen Aushungerungskrieg zum Tode verurteilten deutschen Säuglinge. Die amerikanische Regierung aber hat nichts getan gegen die nur durch Rechtsbeugungen möglichen und unmenschlichen Versuche, das deutsche Volk auszuhungern, und ebensowenig gegen die Verwendung von Schwarzen gegen die Deutschen, die in amerikanischen Augen sicher sehr verabscheuenswert sein muß. Die Vereinigten Staaten haben kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu sprechen, da mit der von ihnen der Entente gelieferten Munition

Hunderttausende von Bürgern der Mittelmächte getötet und verstümmelt wurden, während andererseits ohne ihre Hilfe die Entente schon längst derartig aufs Haupt geschlagen worden wäre, daß sie ihre Eroberungspläne hätte aufgeben müssen und der Friede inzwischen längst wiederhergestellt worden wäre.

Veröffentlicht: 17. Februar 1917.

Das hier abgedruckte Stück ist ein Abschnitt aus einer größeren Abhandlung »Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg«, die in dem Werke »Warum wir für die Deutschen sind«, einer Sammlung neutraler Stimmen zu allen Kriegsereignissen und Kriegsproblemen, vollständig enthalten ist.

Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

(Amerikas Kriegsbeute.)

Von N. N.

Die Vereinigten Staaten haben bisher aus diesem Kriege, der Europa die gewaltigsten Verluste und die entsetzlichsten Menschenopfer gekostet hat, den denkbar größten Gewinn zu ziehen gewußt. Der Auslandshandel Amerikas hat sprungweise zugenommen. Der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr betrug: 1900: 684 Mill. Doll.; 1905: 447 Mill. Doll.; 1910: 303 Mill. Doll.; 1913: 691 Mill. Doll.; 1914: 325 Mill. Doll.; 1915: 1772 Mill. Doll.; 1916: 3089 Mill. Doll.! Im Jahre 1916 betrug der Überschuß der Ausfuhr also ungefähr 850 Prozent mehr als im Jahre 1914! Forscht man nach, welchen Ländern die starke Zunahme der amerikanischen Ausfuhr im Jahre 1915 zu danken ist (für 1916 sind die Ziffern im einzelnen noch nicht veröffentlicht), so kommt man zu folgenden Ergebnissen: England führte in diesem Jahre für rund 1200 Mill. Doll. aus den Vereinigten Staaten ein, gegen 600 Mill. Doll. im voraufgehenden Jahre; Frankreich für 450 Mill. Doll. gegen 170 Mill. Doll. im Vorjahre; Italien für ungefähr 300 Mill. Doll. gegen 98 Mill. Doll.; die neutralen Länder Holland und Skandinavien für ungefähr 300 Mill. Doll. gegen 200 Mill. Doll. im Vorjahre. Die Einfuhr Rußlands aus Amerika ist im Jahre 1915 mit 1500 Mill. Doll. mehr als verfünffacht. Deutschland, das 1913 für 352 Mill. Doll.

und 1914 für 158 Mill. Doll. von den Vereinigten Staaten bezog, konnte 1915 nur für 12 Mill. Doll. bei sich einführen.

Aus diesen Zahlen geht zur Genüge hervor, daß der amerikanische Handel seit 1915 im Zeichen der Kriegslieferungen an die Entente gestanden hat. Die Förderung von Eisen, Stahl, Kupfer und andern Metallen übertraf in Amerika alle bisher dagewesenen Rekordziffern; die Stahlproduktion wurde verdoppelt. Dazu kommt noch, daß Amerika seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowohl Getreide wie Baumwolle, sowie auch seine Fabrikate aus Wolle, zu ungewöhnlich hohen Preisen verkaufen konnte.

Der Krieg hat Ströme Goldes aus den Ententeländern nach Amerika hinüberfließen lassen, und die gewaltigen Gewinne haben das Expansionsstreben des amerikanischen Kapitals sehr gefördert. Dieses Streben aber richtet sich vornehmlich auf den Bodenreichtum und das Eisenbahnwesen der südamerikanischen Staaten. Schon hat Wallstreet die Kontrolle über das brasilianische und argentinische Eisenbahnnetz, da England genötigt war, den größten Teil seiner Anteile als Zahlungsmittel für Kriegslieferungen dahinzugeben, in seiner Hand. Dazu haben amerikanische Banken in den Südstaaten eine Reihe von Nebenstellen eingerichtet, zu dem ausgesprochenen Zwecke, in diesen Ländern die führende Stelle zu erobern, die bislang England und Deutschland zukam. Und endlich sind die Vereinigten Staaten seit Ausbruch des Krieges eifrig bemüht, sich durch den Ausbau ihrer Handelsflotte von der deutschen und englischen Handelsschiffahrt, die den Ozean beherrschte, unabhängig zu machen .... Braucht man mehr, um zu erklären, wie sehr Amerika fürchtet, daß der Friede »ausbricht«?

Veröffentlicht: 17. Februar 1917.

Wilson, der Schutzpatron der Neutralen.

Von Prof. Dr. J. G. Sleeswyk.

Man möchte Herrn Wilson lieber den »geschutspatroon« (Patron der Geschütze) der Neutralen nennen. Wie anders soll man sonst den Wink des amerikanischen Präsidenten an die Neutralen erklären? Die Alliierten und

besonders England hatten allmählich ihre Friedens- in eine Kriegsindustrie umgewandelt, so daß das Bedürfnis an amerikanischen Kriegslieferungen geringer zu werden drohte. Dieser »Gefahr« konnte Amerika am besten dadurch vorbeugen, daß es noch mehr Neutrale in den Krieg hineintrieb. So wurden diese denn eingeladen, sich auf die Seite Wilsons zu stellen: als neue Kunden der amerikanischen Kriegsindustrie! Was will man denn? Der gutgehende Betrieb darf doch nicht ins Stocken geraten?!

Aber die Neutralen haben für die Ehre ergebenst gedankt. Und nun muß Amerika selber tun, was es uns hatte aufpacken wollen. Kann man nicht mehr für die Entente und nicht für die europäischen Neutralen arbeiten, so in Gottes Namen für den eigenen Gebrauch — keinesfalls aber dürfen die amerikanischen Granatenfabriken stillgesetzt werden! Daher die Hetze in den Vereinigten Staaten. Daher auch die Entsendung der beiden Versuchsschiffe in die gefährliche Zone hinein: man wollte den Konflikt um jeden Preis zum Ausbruch kommen lassen.

Wenn man Wilsons Verhalten richtig beurteilen will, muß man noch einen andern Umstand berücksichtigen. Amerika hat eine sehr kleine Handelsflotte, und die Republik ist für ihre Ein- und Ausfuhr großenteils auf die Schiffe anderer Länder, insonderheit Englands, angewiesen. Wird nun die englische Kauffahrteiflotte in diesem Kriege ernstlich getroffen, so werden auch die Vereinigten Staaten die Folgen davon am eigenen Leibe zu spüren bekommen. So möchte man mithelfen, um zu retten, was noch zu retten ist.

Daß Amerikas Neutralität eine Farce und Wilsons Eintreten für den Frieden eine Pose gewesen ist, wurde auch von amtlicher neutraler Stelle festgestellt. In der Note, mit der Schweden Wilsons Aufforderung zum Anschluß ablehnte, erinnerte die schwedische Regierung daran, daß sie sich mehrmals mit den neutralen Mächten zur Geltendmachung der Grundsätze des Völkerrechtes in Verbindung gesetzt habe. »Im besonderen«, heißt es dann weiter, »hat Schweden nicht nachgelassen, der Regierung der Vereinigten Staaten dahingehende Vorschläge zu unterbreiten. Mit Bedauern stellt die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten es nicht gestatteten, sich diesen Vorschlägen anzuschließen.« Diese

Worte bedeuten ein vernichtendes Urteil. »Die Interessen der Vereinigten Staaten« gestatteten nur, Deutschland zu behindern und mit Deutschland Konflikte heraufzubeschwören; von England aber, dem guten Kunden, mußte alles hingenommen werden. Denn was wurde aus der amerikanischen Kriegsindustrie, wenn nicht mehr Granaten mit dem höhnenden Kennmerk »Bethlehem« (von der Bethlehem Steel Corporation) in den deutschen Schützengräben Verderben spritzen durften?

Wir wissen aus guter Quelle, daß in den Kreisen der Interparlamentarischen Union Anstrengungen für den Frieden gemacht wurden, und daß Taft und Bryan in der gleichen Absicht nach Europa kommen wollten. Die amerikanische Regierung aber hat sich dem stets widersetzt. Und inzwischen winkte Wilson mit der Friedenspalme! ....

Veröffentlicht: 17. Februar 1917.

Amerikanische Senatoren gegen Wilson.

Von X.

Wilson, der jeden objektiv Urteilenden zweieinhalb Jahre lang durch seine parteiische Haltung geärgert hat, betrachtete und verkündete von Kriegsanfang an die Herstellung von Granaten für England als die heilige Pflicht und das Reisen auf englischen Schiffen als das heilige Recht eines jeden wahrhaft neutralen Amerikaners. Nun des Präsidenten Auffassung, jeder Amerikaner könne nach Belieben auf Schiffen von Kriegführenden Vergnügungsreisen ins Kriegsgebiet machen, die Ver. St. an den Rand eines Krieges mit Deutschland gebracht hat, kann es von Nutzen sein, daran zu erinnern, daß gerade die im Vordergrunde stehenden Parteigenossen Wilsons kurz und bündig im Senat erklärt haben, daß der Präsident in seinem Notenwechsel mit Deutschland über den U-Boot-Krieg die Begriffe von Recht und Unrecht geradezu auf den Kopf gestellt hat. Einer der bekanntesten Parteigenossen Wilsons, Senator Gore, brachte im Senat einen Gesetzesentwurf ein, dahingehend, daß »jeder Amerikaner, der einen Reisepaß zu erhalten wünsche, sich eidlich verpflichten müsse, nicht

auf dem Schiff einer Nation zu reisen, die sich im Kriege befinde; wer hiergegen handeln wird, macht sich des Hochverrates schuldig und soll mit Zuchthaus bestraft werden; keiner, der in diesen Zeiten auf dem Schiff einer kriegführenden Nation reist, kann auf den Schutz der Regierung Anspruch erheben.« — Ein anderer bekannter Senator, Mister Stones, verlas, um seine Meinung in dieser Frage deutlich zu machen, im Senate einen Leitartikel der »Washington Post«, der die Amerikaner beschwor, ihr eigenes Land nicht durch die Benutzung von Schiffen Kriegführender in Gefahr zu bringen: »Der Amerikaner, der auf seinem Rechte besteht, die Schiffe einer kriegführenden Nation zu benutzen, kann sein Land in einen Krieg stürzen. Das ist aber nicht eine Tat gesunden Menschenverstandes oder Patriotismus, sondern Prahlerei und Egoismus.« Senator Stones nannte diesen Artikel »mutig und herzerfreuend«, und er beschwor Herrn Wilson, »die Rechte von 99999000 Menschen im eigenen Lande höher zu stellen wie die von 1000 waghalsigen, ruchlosen und unpatriotischen Bürgern«. — Der New Yorker Senator O'Gorman schloß sich dieser Rede an, ebenso Senator Owen. Und Senator Works fügte dieser Auffassung unter Bezugnahme auf den Lusitania-Fall die besondere Note hinzu: »Nicht nur die Reisenden selber tragen Schuld, sondern auch unsere Regierung. Wir haben bei diesen Unterhandlungen keine reinen Hände, denn wir haben selber an dem Unheil mitgewirkt.« Derselbe Mann erklärte öffentlich des weiteren, Amerika habe sich durch seine Kriegslieferungen schon lange den kriegführenden Parteien angeschlossen: »Wir sind nicht neutral; wir heucheln, wenn wir behaupten, neutral zu sein.«

Diese scharfen Verurteilungen der neutralitätswidrigen Haltung des Herrn Wilson, die ebensoviel Zeugnisse für Deutschland sind, haben von dem Augenblick an, in dem sie ausgesprochen wurden, nichts von ihrer Kraft verloren. Im Gegenteil: denn Wilson hat seitdem alles getan, um die angeführten Urteile durch sein offenes Parteiergreifen für England zu rechtfertigen.

Veröffentlicht: 17. Februar 1917.

Wilsons Psychologie.

Von N. N.

Solange der Krieg dauert, hat der Präsident der Vereinigten Staaten stets die Rolle eines Zionswächters der Neutralität, eines Verteidigers der Rechte der kleinen Staaten und eines Vorkämpfers des Weltfriedens gespielt.

Was heiliger Ernst schien, war indessen Pose.... Kein Mensch außer jenen Ententefreunden, die mit ihrer Partei durch Dick und Dünn gehen, wird heute noch behaupten dürfen, die Haltung Wilsons sei aufrichtig, die Wahrung der amerikanischen Neutralität sei seine erste Sorge gewesen oder es habe ihn die Absicht geleitet, die Vereinigten Staaten als die größte und stärkste aller neutralen Mächte für die Rechte der kleineren Brüder auftreten zu lassen.

Denn: Hat Wilson die souveränen Rechte der Neutralen verteidigt,

als 1. England die Pariser Deklaration von 1856 und die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909, die zum Schutze neutraler Mächte aufgestellt worden waren, eigenmächtig aufhob?

als 2. England schon am 3. November 1914, entgegen den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes die Freiheit der Meere betreffend, die ganze Nordsee als Kriegsgebiet erklärte?

als 3. England Lebensmittel für absolute Bannware erklärte, wiewohl die Londoner Deklaration bestimmte, daß Lebensmittel nur als relative Bannware anzusehen seien?

als 4. England das Briefgeheimnis zu verletzen begann und sich sogar an neutralen Postsendungen vergriff?

als 5. England deutsche Bürger von neutralen Schiffen herunterholte, obwohl die Artikel 45 und 47 der Londoner Deklaration das verbieten?

als 6. England unter ausgesprochener Schändung der Souveränitätsrechte der Neutralen den Untertanen neutraler Staaten verbot, mit Deutschen Handel zu treiben?

als 7. England seine Schiffe unter der Flagge von neutralen Staaten fahren ließ?

Nein! Alle diese und noch viele andere Verletzungen der Rechte der Neutralen, auch die Amerikas, haben, so oft sie von seiten der Entente kamen, lediglich Wilsons — Schreibmaschine in Bewegung zu setzen vermocht, die schärfste Waffe, die Wilson gegen die Entente zu führen verstand und die er denn auch virtuos hantierte.

Es steht hiernach unumstößlich fest, daß der Präsident der amerikanischen Republik das Gegenteil eines aufrichtigen, unparteiischen und friedliebenden Mannes ist, für den er sich so gerne ausgibt, und es ist bemerkenswert, daß ein bekannter Franzose, Herr Ernest Judet, Hauptschriftleiter des »Eclair«, in einer Charakterstudie über Wilson, die am 3. Februar 1917 in genanntem Blatte veröffentlicht wurde, zu genau der gleichen Schlußfolgerung kommt — und das zu einer Zeit, da der Präsident von der ganzen französischen Presse als neuer Bundesgenosse beweihräuchert wird.

»Ist Präsident Wilson sentimental?«: dies ist für Judet die Frage, unter der er ernsthaft untersucht, ob Wilson ein fühlsamer Pazifist ist oder etwa das Gegenteil. Und Judet kommt zu dem bei einem Franzosen überraschenden Ergebnis, daß der Präsident als ein mitleidloser und verhärteter Mensch zu gelten habe, der ohne jedes Gefühl für Menschlichkeit seine egoistischen Ziele zu erreichen suche, selbst wenn dabei ganze Völker und Staaten mit Füßen getreten und vernichtet würden. Der Verfasser geht bei seiner Beweisführung von der von Wilson gegenüber Mexiko betätigten Politik aus. In der »Revue des deux Mondes« hatte nämlich Jacques Bainville einen Artikel über die mexikanische Frage veröffentlicht, in welchem Enthüllungen der Gemahlin des früheren amerikanischen Gesandten in Mexiko, einer Frau Edith O'Shaughnessy, eine nicht unbedeutende Rolle spielen und in welchem weiter festgestellt wird, »Wilsons Seele« sei bei keiner andern Gelegenheit so nackt zutage getreten als in den Enthüllungen dieser Diplomatenfrau.

Wilson hatte geschworen, sagt Judet, den mexikanischen Staat zu vernichten, und er griff, um seine Zwecke zu erreichen, zu so herzlosen Mitteln, daß man sich, indem man sie kennen lernt, eines Schauders nicht erwehren kann. »Von Mitleiden oder Ritterlichkeit bemerkte man bei ihm nichts«, Wilsons wohlberechnete Pläne waren frei von allen

Erwägungen, »bei denen das Herz auf den Verstand Einfluß haben kann«. Ohne es zu einer Kriegserklärung kommen zu lassen, greift er zu den härtesten und seltsamsten Mitteln, um die unglückliche Republik Mexiko in tiefstes Elend zu bringen.

Nachdem nämlich Wilson den mexikanischen Präsidenten Porfirio Diaz zu Fall gebracht hatte, organisierte er aus kühler Berechnung eine der blutigsten Revolutionen in Mexiko. Der amerikanische Gesandte richtete wiederholt die Bitte an Wilson, ein Einsehen zu haben und zu verhindern, daß die Revolutionäre von Amerikanern noch mehr Waffen erhielten, aber alle Vorstellungen waren vergebens.

Wilson hat nach dem »Eclair« kaltblütig die schrecklichsten Zustände in Mexiko hervorgerufen, in der alleinigen Absicht, den mexikanischen Staat wirtschaftlich ganz und gar den nordamerikanischen Ausbeutern auszuliefern. »Wer von einem sentimentalen Wilson spricht,« so urteilt deshalb Judet, »kann das nur ironisch meinen.«

Die mexikanische Frage bietet übrigens mehr als einen Blick in Wilsons problematische Charakterbeschaffenheit. Als er es in späterer Zeit für geraten hielt, die Waffenausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko in Verfolgung seiner Pläne zu untersagen — August 1913 — erließ er die folgende Botschaft:

> »Übrigens halte ich es für meine Pflicht, von der mir durch Gesetz vom 14. März 1912 übertragenen Vollmacht Gebrauch zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß in dem Streit, der jetzt in Mexiko Platz greift, keine der beiden streitenden Parteien irgendwelche Unterstützung von dieser Seite der Grenzen empfängt. Ich werde den besten Traditionen der Nationen in Sachen der Neutralität nachkommen, indem ich die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial jeder Art aus den Vereinigten Staaten verbiete — eine Politik, für die verschiedene interessante Präzedenzen sprechen und die um verschiedener begreiflicher Gründe willen ohne Zweifel auch praktisch am empfehlenswertesten ist.«

Wie hat nun Wilson, der Philosoph, aus dieser Haltung im gegenwärtigen Kriege die Konsequenzen gezogen? Im August 1915 setzte er in einer Note an Österreich-Ungarn auseinander, daß, abgesehen von andern Umständen, die

Grundsätze des Völkerrechtes ein Ausfuhrverbot von Waffen, Munition und Kriegsvorräten nach kriegführenden Ländern neutralen Staaten nicht gestatteten. Was im Jahre 1913 die Neutralität nicht erlaubte, war zwei Jahre später nach Wilson ein Gebot eben jener Neutralität.

Nun ist Reuter in seiner bekannten Art unaufhörlich bemüht, den Neutralen auseinanderzusetzen, wie ausnahmslos die Amerikaner der Haltung des Präsidenten zustimmen. Demgegenüber sei uns erlaubt, die Meinung zweier waschechter Amerikaner, die von der standard-Meinung der Reuterschen Kabel einigermaßen abweicht, mitzuteilen: auch diese Äußerungen können als Beitrag zur Psychologie des Präsidenten Wilson gebucht werden.

Der Herr John L. Stoddard schrieb: »Präsident Wilson hat sich England feige kriechend unterworfen und Amerika dadurch mit Schmach bedeckt: hätte er sich dagegen an die Spitze der neutralen Völker gestellt, so würde Amerika in den Augen dieser Völker heute bewundert dastehen. — Amerika, das moralische Güter nicht zu besitzen scheint, hat die Saat eines tödlichen Hasses mit blutbefleckten Händen ausgestreut. Von der Petition eines Ausschusses amerikanischer Bürger, die für alle todbringenden Handelsartikel ein Ausfuhrverbot durchsetzen wollte, wurde nicht im mindesten Kenntnis genommen. Wohl aber hat Wilson, trotz seiner anfänglichen Weigerungen, später die Unterbringung von Anleihen in Amerika gutgeheißen. Er hat ferner keinerlei Protest erhoben gegen die Verwendung barbarischer Wilden gegen Deutschland, wohl aber hinwiederum das Schicksal von Amerikanern, die auf vollbeladenen Munitionsschiffen in Gefahrzonen herumfahren zu sollen glaubten, zum Ausgangspunkt diplomatischer Aktionen gemacht. Den deutschen Militarismus hat er mit Tadeln bedacht, hingegen die brutale Losung Englands anerkannt: »Das Meer kann nur von uns beherrscht werden«.«

Ein anderer Amerikaner charakterisierte in der »Berner Tagwacht« Wilsons Politik wie folgt: »Das Blut, das Hunderttausende haben lassen müssen, hat uns Berge von Gold eingetragen. Daß wir uns dabei mit einem Heiligenschein umgeben wollen und daß unser Präsident die Behauptung aufzustellen wagt, wir handelten im Namen der Menschlichkeit — ist wohl das größte Ärgernis, das je in der Ge-

schichte gegeben ward .... Wie sehen denn die Tatsachen aus? England stellt eine Blockade gegen die Mittelmächte aufs Papier und schneidet damit einen bedeutenden Teil unseres Handels ab. Wilson gibt einen platonischen Protest von sich, läßt den lieben Gott einen braven Mann sein und übergibt die hungernden Kinder ihrem Schicksal. Ja, als man in Amerika für die deutschen Säuglinge Milch schaffen wollte, fertigte Wilson in höchsteigener Person unter dem Druck von England ein Ausfuhrverbot aus. Nun aber die also Angegriffenen zu denselben Waffen greifen und uns auch ihrerseits den Handel mit dem übrigen Europa abschneiden wollen — nun droht Wilson mit Waffengewalt. Dieser Schritt wirft ein helles Licht auf die Wahrhaftigkeit unserer Neutralität! Ich bin überzeugt, daß unsere Großkapitalisten mit demselben Vergnügen ihre Munition an die Gegenpartei geliefert hätten, und womöglich an beide streitenden Parteien zugleich, wenn sie nur hohe Gewinne dabei hätten machen können. Sowie dieser Mordhandel aber bedroht wird, schreit man, natürlich im Namen der Menschlichkeit, nach Krieg: um unter dem Schutz von Kriegsschiffen mit der Lieferung der Mordwerkzeuge fortfahren zu können.«

Also: Milch für hungernde Säuglinge durfte nach dem Willen des Herrn Wilson nicht zur Ausfuhr gelangen, wohl aber eine Unzahl Granaten, denen viele Hunderttausende von Menschenleben zum Opfer fallen mußten. Eine Gegenüberstellung, die Wilsons heuchlerische Neutralitätspolitik und Wilsons laut betonte schöne Menschlichkeit vielleicht am schlichtesten kennzeichnet.

Veröffentlicht: 24. Februar 1917.

»President Wilson's lack of policy in Mexiko.«

Von Prof. Dr. jur. S. R. Steinmetz.

Unter diesem Titel — »Präsident Wilsons dilettantische Politik in Mexiko« — veröffentlichte ein angesehener und hochstehender Amerikaner, der genauer Kenner der mexikanischen Dinge ist, in dem von der Clark University, Worcester, Massachussets, herausgegebenen »Journal of Race Development« (Oktober-Nummer 1916) einen Artikel,

der als Beitrag zur Erkenntnis der politischen Methodik des amerikanischen Präsidenten von Interesse ist.

Der Verfasser wirft Herrn Wilson Wankelmütigkeit und Inkonsequenz vor, aber des Präsidenten Hauptfehler, sagt er, bestehe darin, daß er anders handle als spreche, so daß ihm die Freunde an seiner Aufrichtigkeit irre würden und die Fremden ihn der Unehrlichkeit und des Schwindels bezichtigten. — Sonderbar, daß heute die ganze Welt mit Ausnahme der Entente geneigt ist, dieselben Vorwürfe zu erheben!

Der Präsident, so führt der amerikanische Artikelschreiber aus, erklärte jedesmal, in die mexikanischen Dinge nicht eingreifen zu wollen — und tat es dann doch. Er begann mit dem Versuch, die Regierung Huertas über den Haufen zu werfen, indem er auf diesen Verräter und Mörder einen moralischen Druck auszuüben suchte. Dadurch machte sich Wilson zunächst überall lächerlich. Darauf aber blockierte er den Hafen von Veracruz, was 19 Amerikanern und Hunderten von Mexikanern das Leben kostete, in jedem Falle also ein Akt bewaffneter Intervention war. Indem er dann von Huerta den Flaggensalut forderte, erkannte er den Mann, den er als Präsidenten nicht gelten lassen wollte, tatsächlich an . . . . Und wieder wurde der Präsident seinem Nicht-Interventions-Grundsatze ungetreu, als er Villa gegen Carranza unterstützte. Er erklärte, in diesen häuslichen Streit Mexikos nicht eingreifen zu wollen, unterstützte dann aber dennoch Villa, bis dieser von Carranza geschlagen war. Und gerade Villas Revolution hat Mexiko durch Vernichtung von Wirtschaftswerten und Menschenleben mehr als irgendeine andere geschadet. Dabei hatten Wilsons Freunde und die besten Kenner Mexikos den Rat gegeben: Carranza zu helfen und nicht jenem Villa, der schon fünfzehn Jahre lang als Berufsbandit und Mörder bekannt war. Indem Wilson den Banditen Villa dennoch unterstützte, fügte er der für Ordnung und Anwendung der Grundgesetze eintretenden Bewegung den größten Schaden zu: und doch ging seine Politik (angeblich! — Der Übers.) darauf aus, Ordnung und Gesetze in Mexiko wiederherzustellen.

Im Jahre 1915 griff Herr Wilson aufs neue in die mexikanischen Angelegenheiten ein, um wieder in Widerspruch zu seinem wiederholentlich ausgesprochenen Grund-

satz zu geraten. Er vermahnte Carranza offiziell, der Anarchie in Mexiko ein Ende zu machen, aber die Autorität Amerikas war infolge der Unterstützung des Banditen Villa dahin in Mexiko. Also mußte die Ermahnung erfolglos bleiben. Amerikas moralischer Einfluß, der ein volles Jahrhundert lang eine zum Guten hinwirkende Macht in Mexiko gewesen war, erwies sich als geschwunden, was lediglich eine Folge der Wilsonschen Politik war. Also beratschlagte Wilson nun mit Villa, Zabata und andern bekannten Banditen. Nur einer der mexikanischen Parteiführer weigerte sich, an den Beratungen teilzunehmen, und dieser eine war Carranza. Und siehe da: sechs Wochen später erkannte Wilson gerade diesen Mann als das Haupt der mexikanischen Regierung an!

Die Liste der Wilsonschen Ungereimtheiten und Inkonsequenzen wird vervollständigt durch eine fünfte Bemühung. Villa, der schon eine ganze Reihe von Amerikanern grundlos, ja in feindlicher Absicht ermordet hatte, wollte sich rächen, als er sich von Wilson im Stich gelassen sah. Er tötete deshalb alle Amerikaner, deren er in Mexiko habhaft werden konnte: unter anderm ermordete eine seiner Banden bei Santa Ysabel im Staate Chihuahua auf grausame Art 17 amerikanische Ingenieure und Minenarbeiter, und Villa selbst ermordete auf amerikanischem Boden 33 Bürger der Stadt Columbus in Neu-Mexiko. Präsident Wilson hätte nun von Carranzas Regierung Wiederherstellung der Ordnung und Genugtuung fordern oder aber mittels militärischer Gewalt eine feste Regierung in dem unglücklichen Lande einrichten müssen: mit der Versicherung, diese wieder aufheben und das Land verlassen zu wollen, sowie der Zustand der Ordnung wiederhergestellt sein werde. — Statt dessen was tat Wilson? Immer wieder das Umgekehrte vom Rechten! Er machte Carranza nicht verantwortlich, erklärte Villa für den allein Schuldigen, gab Carranza die Versicherung, in die Dinge nicht eingreifen zu wollen und — sandte gleichzeitig eine Strafexpedition nach Mexiko! Handelte also wiederum in Widerspruch zu seinen wörtlich abgegebenen Erklärungen. Ein ansehnlicher Teil des amerikanischen Heeres zog nun in Mexiko ein, was leicht zu einem Kriege hätte führen können, in welchem die Vereinigten Staaten eine unhaltbare und nicht zu verteidigende Rolle gespielt hätten.

Carranza konnte das Attentat auf Mexikos Souveränität nicht dulden. Der Ausgang des Wirrwarrs war, wie Kenner der Lage vorausgesehen hatten. Monatelang blieben die amerikanischen Truppen in Mexiko. Villa wurde nicht gefangen. Viele Menschenleben aber wurden hingeopfert, mehr als 100 Millionen Dollars vertan. Und endlich konnte Carranza den Amerikanern befehlen, sein Land zu verlassen ....

So also kann der Verfasser des hier zitierten Artikels — vom amerikanischen Standpunkt gewiß nicht mit Unrecht — Herrn Wilson einer schwächlichen, wandelbaren und grundsatzlosen Politik gegenüber Mexiko zeihen, einer Politik, die wie ein Hohn auf Amerikas Ehre sei und das amerikanische Volk daran gewöhnt habe, nationale Beleidigungen hinzunehmen.

Übrigens macht der amerikanische Kritiker den Präsidenten Wilson auch für den Mangel an »fighting spirit« (kämpferischem Geist) verantwortlich, der für Amerikas Mannheit so sehr kennzeichnend sei. Nachdem man volle fünf Monate für eine Verstärkung des Heeres um 20000 Mann geworben habe, sei dieses noch schwächer als am 1. Juli 1915 gewesen. Dies sei eine unmittelbare Folge von Wilsons Grundsatzlosigkeit, die die Moral des Heeres und den Geist des amerikanischen Volkes verdorben habe. Wilson habe im Grunde den in Mexiko arbeitenden Amerikanern nicht zu Hilfe kommen wollen, weil sie in seinen Augen Abenteurer und Konzessionsjäger seien, die nicht verdienten, von ihrer Regierung beschützt zu werden. Diese letztere Anschauung mag, und nicht nur vom demokratischen Standpunkt Wilsons aus, ihre Richtigkeit haben, ebenso wie es verständlich (wennschon nicht gerechtfertigt) ist, daß ein amerikanischer Imperialist — und ein solcher ist unser Artikelschreiber — ihre Richtigkeit leugnet. Wenn man aber nun fragt, warum wohl Herr Wilson jene Amerikaner, die sich auf Munitionstransportschiffen über höchst gefährdetes Kriegsgebiet nach England begaben, zu dem ausgesprochenen Zweck, dort hohe Gewinne zu machen, nicht für Abenteurer und Glücksritter hielt? Man wird dann wohl, und zwar in einem etwas umfassenderen Sinne, auch von Europa aus in die Bemäkelung des amerikanischen Artikelschreibers einstimmen müssen, die Herrn Wilsons Charakter für ein problematisches dunkles Ding und seine Politik für

einen gefährlichen Irrwisch hält, der die Welt immer tiefer in ein vernichtendes Schicksal verstrickt.

Veröffentlicht: 10. März 1917.

Geheimbündnis Amerika-England gegen Deutschland-Japan.

Von * * *

Bei einem jüngst in New York abgehaltenen Festmahl, dem auch Th. Roosevelt ansaß, huldigte ein Engländer der »aufrichtigen Neutralität« Amerikas, worauf der ehemalige Präsident antwortete: »Amerika lebt der Hoffnung, daß England die ihm im Weltkriege geleisteten Dienste nicht vergessen wird und daß es sich in dem Kampf zwischen Amerika und Japan, der über kurz oder lang ausbrechen muß, ebenso »wohlwollend« Amerika gegenüber verhalten wird.«

Schon im vorigen Jahr hat Gustav Frenssen in seinem Büchlein »Ein Brief« darauf hingewiesen, daß zwischen den Ver. St. und England seit 1911 ein geheimes Bündnis besteht, nach welchem zuerst Amerika den Engländern bei der Vernichtung Deutschlands helfen müßte, worauf England später Amerika bei der Beseitigung des japanischen Konkurrenten unterstützen würde.

Im Lichte dieser (immerhin möglichen — Der Übers.) Tatsachen werden die merkwürdigen »Neutralitäts«-Kundgebungen Amerikas in diesem Kriege sehr verständlich. Wilson, der vielleicht besser als die englischen Staatsmänner einsieht, daß Albions Erschöpfung naht, kann nicht dulden, daß England allzusehr geschwächt werde, da es ja in diesem Falle nicht imstande wäre, die ihm für den kommenden Krieg zwischen Amerika und Japan zugedachte Rolle zu spielen. Daher auch der Bruch zwischen Amerika und Deutschland nach Ansage des unbeschränkten U-Boot-Krieges, der, wie Wilson fürchten muß, Englands Untergang bedeuten könnte. Man braucht auch nicht daran zu zweifeln, daß England mit großer Bereitwilligkeit dabei helfen würde, seinem heutigen treuen Bundesgenossen Japan, der ihm über den Kopf zu wachsen beginnt, einen fühlbaren Hieb zu versetzen. Japan ist eifrig tätig, die

Ver. St. ebenso gründlich wie andere Mächte aus China hinauszuwerfen, wodurch die Ver. St. peinlichst getroffen werden würden, da sie hier starke Belange haben. Auch deuten die Amerikaner es den Japanern übel aus, daß diese nicht nur auf die Philippinen, sondern auch auf das an Petroleum so reiche Mexiko gierige Blicke werfen. Jeder, der die Entwickelung der internationalen Politik verfolgt, weiß denn auch, daß ein Krieg zwischen Japan und den Ver. St. nur noch eine Frage der Zeit ist.

Anscheinend ist man auch in Japan über das intime Verhältnis zwischen England und Amerika wohlunterrichtet, denn in den japanischen Zeitungen und Zeitschriften wird nicht nur immer wieder die Kündigung des englisch-japanischen Bündnisses gefordert, sondern auch mit einem deutsch-japanischen Bündnis gegen England gedroht. So schrieb die einflußreiche Zeitschrift »Dai Nippon«: »Es gibt übergenug Gründe, die dafür sprechen, das Bündnis mit England zu kündigen, und Japan darf nicht davor zurückschrecken, noch während dieses Krieges den Ver. St. den Krieg anzusagen, da England, solange der Krieg mit Deutschland noch dauert, alsdann keine Hilfe bringen kann. Jetzt, und noch ehe das große amerikanische Flottenbauprogramm verwirklicht ist, ist der Augenblick da, der amerikanischen Anmaßung Einhalt zu gebieten.«

Wir müssen abwarten, wie das Verhältnis zwischen Amerika und Japan sich weiterentwickelt. Was wir aber jetzt schon sehen, ist, daß die Maske des Idealismus vom Angesicht des Präsidenten Wilson heruntergefallen ist. Wilson wollte nicht aus Idealismus vermitteln, sondern nur, um zu verhüten, daß England allzusehr geschwächt werde: denn es mußte und muß imstande bleiben, den Ver. St. im Kampfe gegen Japan zu helfen.

Veröffentlicht: 10. März 1917.

Nord- und Südamerika.

(Oder die gewandelte Monroe-Lehre.)

Von Prof. Dr. jur. S. R. Steinmetz.

Die heutigen Nordamerikaner, die mit Nachdruck für eine neue Monroe-Lehre einzutreten pflegen, berufen sich,

wenn sie die sich aus dieser Lehre ergebenden politischen Ansprüche begründen sollen, gewöhnlich auf den gewesenen amerikanischen Minister Richard Olney, der erklärt hat, daß die Vereinigten Staaten de facto in den beiden Amerikas des Nordens und des Südens souverän seien. In der Tat scheint das Verhalten der U. S. A. gegenüber San Domingo und Haiti und gegenüber andern mittelamerikanischen Republiken von diesem Grundsatze bereits auszugehen. Nur gegenüber Mexiko hält man damit noch zurück. Indessen hätte Wilson, nach der Meinung der amerikanischen Imperialisten, auch hier schon diesen Grundsatz anwenden und Nordamerikas »Verantwortlichkeit« Rechnung tragen müssen. Das heißt, Wilson hätte eine dem Völkerrecht stracks zuwiderlaufende Interpretation der Monroe-Lehre, die nie mehr als eine Prätention sein kann, in seiner mexikanischen Politik praktisch betätigen sollen. Die große Republik jenseits des Ozeans maßt sich also gegen den ausdrücklichen Willen des ganzen lateinischen Amerika ohne irgendeinen Schein von Recht die Oberherrschaft über eine Reihe von selbständigen Staaten an. Denn daß sie die bewußte Prätention einmal feierlich ausgesprochen hat, kann doch wahrlich keinen Rechtsgrund darstellen!

Wie aber? War es nicht der Präsident Wilson, der in jener Note, mit der er die Hilfe der Neutralstaaten Europas für seine Einmischung und also für die Entente mobil zu machen suchte, so erhabene Worte für die Heiligkeit des Nationalitätengrundsatzes und für das Recht jedes Volkes auf Selbstregierung zu finden wußte? Und dennoch maßt dieser Mann sich eine Bevormundung freier Republiken an und strebt sogar nach der Herrschaft über einen ganzen, unermeßlich großen Weltteil!

Die Abneigung, die das lateinische Amerika dem angelsächsischen gegenüber an den Tag legt, macht dieses Streben nach der Alleinherrschaft aber besonders verabscheuenswert. Hören wir als ein beweiskräftiges Zeugnis dafür, was Garcia Caldéron in seiner Schrift »Les démocraties latines de l'Amérique« (1912) darüber zu sagen weiß. Dieser Brasilianer spricht von einer Furcht, die das lateinische Amerika vor dem angelsächsischen hege, das wohl mancherlei für die lateinische Rasse getan habe, aber gegenwärtig mit Gewaltherrschaft drohe. Er wirft die Frage auf: »Quis custodiet custodem« — »wer wird unsern

Wächter bewachen?« Denn der Norden strebt nach einem Monopol und nach Hegemonie gegenüber dem Süden. Alsdann summiert der Verfasser, um Nordamerikas expansive Natur zu erweisen, dreizehn geschichtliche Akte rücksichtslosester Eroberungspolitik auf, deren sich die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert befleißigt hätten. Auch erinnert er an die vom Minister Olney im Jahre 1895 unter Cleveland abgegebene Erklärung, wonach die Vereinigten Staaten für den Süden souveräne Macht seien. Mit der Präsidentschaft Roosevelts wurde dann die Monroe-Lehre aggressiv. Spaßig sei der dem Süden von den Ver. St. gemachte Vorwurf, man sei dort für ordentliche Selbstverwaltung noch nicht reif: ein Vorwurf, der dem Volk der »politicians« und der Tammany-hall besonders gut anstehe. Dann übt der Verfasser, den Spieß umdrehend, seinerseits begründete Kritik an den politischen Zuständen des amerikanischen Angelsachsentums. Anarchie, Plutokratie, Disharmonie und Banalität seien in der heterogenen Menschenmasse der nordamerikanischen Republik, die nach André Chévrillon wohl ein politisches System, aber noch gar keine soziale Organisation besitze, an der Tagesordnung .... Was dieses Buch besonders bemerkenswert erscheinen läßt, ist der Umstand, daß kein anderer als Herr Raymond Poincaré, Präsident der französischen Republik, ihm eine Vorrede schrieb. Darin wird festgestellt, daß die ursprünglich defensive Monroe-Lehre offensiv geworden sei, daß sie aus einem Abwehrinstrument gegen Intervention zu einem Eroberungsdogma sich erweiterte (S. 5).

Ein anderer Kronzeuge für den gemeinsamen Haß des lateinischen gegen das angelsächsische Amerika ist der Franzose de Waleffe, der in seinem Buche »Les Paradis de l'Amérique Centrale« (1909) die Abkehr der Lateiner gegen den Norden anschaulich schildert. Dieser Kenner prophezeit, wie nach einem entscheidenden Siege Japans über Amerika die südlichen Staaten sicher abfallen und wie alsdann Mittel- und Südamerika sich befreien würden: »Le prestige yankee s'évanouirait comme un mirage exécré« (»der Einfluß der Yankees würde wie eine böse Luftspiegelung schwinden«). — Auch ein Mann von dem Gewicht eines André Tardieu erkennt, daß die Rassenunterschiede zwischen dem lateinischen und dem angelsächsischen Amerika sehr wesentlich sind und die verbindenden poli-

tischen Sympathien aufwiegen. Vielerlei andere Beschwernisse bewirken, daß die instinktive Abkehr der amerikanischen Südländer gegen die Nordländer alles andere überwiegt; im Handel ist keine einheitliche Regelung erzielt worden, und das ungeminderte Mißtrauen äußert sich immer wieder aufs neue. (Vgl. »Les questions actuelles de politique étrangère«, 1911, S. 210—220.) — Auch A. C. Coolidge erkennt in seinem sehr lesenswerten Buche »Die Vereinigten Staaten als Weltmacht« (1908, in der deutschen Übersetzung), daß der Süden Amerikas gegen den Norden von großem Mißtrauen beseelt ist, daß Süd- und Nordamerikaner keinerlei Gemeinschaft haben und daß sie einander verachten und verabscheuen. Coolidge gibt dabei zu, daß die Lateiner in Amerika allen Grund zu Mißtrauen haben. Das romanische Amerika wolle keinen Beschützer und Vormund über sich. Wiewohl aber der Verfasser dies alles einsieht und keineswegs ein amerikanischer Chauvinist oder Imperialist genannt werden kann, verteidigt er doch Grundsätze, die darauf hinauslaufen, als seien die Vereinigten Staaten dazu berufen, jeden Krieg zwischen zwei amerikanischen Staaten zu verhindern. Oberdrein hält auch er eine Dazwischenkunft in Mexiko für erwünscht, wenn dieses Land nicht imstande sei, die Ordnung des Staates von sich aus herzustellen (S. 278—300).

Weiter geht Usher in seinem bemerkenswerten Buche »Pan-Americanism« (1915), indem er »Europe's victory« fürchtet und verlangt, daß Amerika eine Flotte rüste, die groß genug sei, um England, Deutschland und Japan Schrecken einzuflößen (»terrorize«). Weiter fordert dieser Politiker eine Besetzung von Mexiko und Mittelamerika, zur besseren Verteidigung des Panamakanals. Dahingegen ist er völlig durchdrungen von den Schwierigkeiten, die ein Kampf gegen die Südstaaten mit sich führen würde. »Selbst den kleinsten südamerikanischen Staat könnte das gegenwärtige Heer der Vereinigten Staaten nicht erobern.« Die Interessen dieser südlichen Staaten liegen vielmehr — auch wirtschaftlich — in Europa. Auch deswegen sei es nötig, daß Amerika, um dem europäischen Sieger mächtig gegenüberzustehen, sich schleunigst so stark wie nur möglich wappne.

Man sieht: die Zeit der defensiven Monroe-Lehre ist vorbei in Amerika. Die Vereinigten Staaten rüsten sich,

über ihre Grenzen hinauszugreifen und Weltpolitik in des Wortes verwegenster Bedeutung zu treiben. Und das geschieht in logischer Konsequenz der Geschichte Nordamerikas, das die Freiheit fremder Nationen so wenig wie jedes andere Reich geachtet hat, das über seine Grenzen wuchs und groß wurde: es nahm die ehemals englischen Kolonien in Besitz und darauf die französischen Besitzungen, die es nur mit Hilfe der Indianer und infolge der Besiegung Frankreichs durch Deutschland einstecken konnte; und später folgten große Teile von Mexiko, Hawai und die spanischen Kolonien. So wuchsen die Vereinigten Staaten sich allmählich durch planmäßige Eroberung zu einem Riesenstaate aus. Hält man diese Geschichte des amerikanischen Volkes mit seiner heutigen Politik zusammen, so darf man wohl mit Recht die Frage aufwerfen, was diesen Mammutstaat und seinen obersten Leiter zu der Rolle eines arbiter mundi berechtigt.

Veröffentlicht: 10. März 1917.

Das geheime Bündnis zwischen Amerika und England.

Von N. N.

Für den Schriftsteller, dessen Gebiet die internationale »hohe« Politik ist, wäre es eine dankbare Aufgabe, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England während der letzten Jahrzehnte in einer ins einzelne dringenden Studie einmal eingehendster Betrachtung zu unterwerfen. Bei einem eindringenden Studium alles dessen, was darüber in amtlichen Auslassungen, in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht worden ist, würde sich auf Grund von vorhandenen Äußerungen Gelehrter, Großindustrieller, Diplomaten und Hochfinanzleute die Vermutung vom Vorhandensein einer geheimen Übereinkunft zwischen der nordamerikanischen Republik und England zu sicherer Gewißheit verdichten.

Wir wollen über diese Angelegenheit, über die eine dokumentarische Literatur bereits vorhanden ist, einstweilen zwei bemerkenswerte Zeugnisse zur Kenntnis weiterer Kreise bringen.

Das erste dieser Zeugnisse ist ein sehr ausführlicher, ausgezeichnet beweiskräftiger Artikel von Cornelia Steketee Hulst — deren Voreltern, wie der Name andeutet, Holländer waren — in der letzten Oktober-Nummer der bekannten amerikanischen Monatsschrift »The Open Court«.

Die Verfasserin, die ihre Ausführungen »Our secret alliance« (»Unser geheimer Bündnisvertrag«) überschreibt, erklärt vorweg, sie habe ihre Tatsachenvermeldungen lediglich aus englischen und amerikanischen Quellen geschöpft, so daß weder Amerikaner noch Engländer ihr den Vorwurf machen könnten, andere als angelsächsische Beweismittel zu verwenden.

Fräulein Steketee Hulst eröffnet sodann ihre sachlichen Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß Cecil Rhodes im Jahre 1895, während seiner ersten Versuche, die südafrikanischen Republiken dem britischen Reiche einzuverleiben, seine Weltpolitik dahin formulierte, sie ginge darauf hinaus, »to paint the map of the world a British red« (der Weltkarte die britisch-rote Farbe zu geben). Nach der Annexion der Burenrepubliken sollte der erste große Schritt in dieser Richtung eine vor 1920 zu vollziehende Verteilung der Welt zwischen Rußland und den vereinigten angelsächsischen Völkern sein, und als Mittel zu diesem Zweck war ein Bündnis zwischen Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten vorgesehen. Der Gedanke wurde dahin zu Ende gedacht, daß Deutschland vor 1920 von der Weltkarte zu verschwinden haben werde und unter den Bundesgenossen aufgeteilt sein solle. Als dieses politische Ziel in der Dezember-Nummer der Londoner »Contemporary Review« vom Jahre 1894 unter der Aufschrift »1920« besprochen wurde, wurde der Vorwand, Deutschland bedrohe die ganze Welt, noch nicht ins Treffen geführt.

Ein großer Teil der Tatsachen, die ein Urteil darüber gestatten, inwieweit der Plan eines Bündnisabschlusses mit Amerika gelang, wird, so fährt die Verfasserin fort, wohl niemals ans Licht kommen, da die Übereinkünfte geheim waren, »understandings between gentlemen«, wie Herr Chamberlain während des Burenkrieges im Unterhause erklärte. Eine Untersuchung in betreff der Verwendung von Rhodes' Millionen, deren Verwaltung geheim war und die dazu bestimmt waren, Amerika zu einem Bündnis mit England zu veranlassen, würde überraschende Ergebnisse

zeitigen können. »Diesseits des Atlantischen Ozeans ist jedoch der Verlauf der Ereignisse vollkommen genügend durchsichtig, um den Beweis dafür zu erbringen, daß ein geheimes Bündnis eingegangen war.« Es mußte als ein Ding der Unmöglichkeit erscheinen, das amerikanische Volk, das seinen Überlieferungen treu bleiben wollte, für ein offenes Bundesgenossenschaftsverhältnis zu gewinnen, aber es fiel England nicht schwer, ein geheimes Bündnis zustande zu bringen.

Als man dem Präsidenten Cleveland in Sachen des Rhodesschen Bündnisplanes auf den Puls fühlte, war seine in Taten sich äußernde Antwort, daß er den amerikanischen Überlieferungen gemäß nach dem Jameson-raid Sympathien für die Regierung von Transvaal an den Tag legte, daß er die Monroe-Lehre gegen das Auftreten der Engländer in Venezuela in Anwendung brachte, und daß er endlich für die Abberufung eines englischen Diplomaten sorgte, der seinen Einfluß zugunsten bestimmter Kandidaten in einem amerikanischen Wahlfeldzug aufbieten zu sollen glaubte. Nachdem aber, in dem Jahre nach dem Jameson-raid, der neue Präsident Mc Kinley und dessen Staatssekretär John Hay ihr Amt angetreten hatten, wurde jener Geheimvertrag abgeschlossen, infolgedessen die Vereinigten Staaten eine imperialistische nationale Politik befolgten und sich der internationalen, geheim betriebenen Weltpolitik Cecil Rhodes' anschlossen. Seit jener Zeit bewegte sich die auswärtige Politik der nachfolgenden Präsidenten auf dieser Linie, wurde indessen niemals öffentlich und niemals von der Nation gutgeheißen.

»Mächtige Geschäftsleute«, sagt die Verfasserin, aus deren Artikel wir nur das Wichtigste andeuten, »waren dem Präsidenten Mc Kinley Freunde und Helfer, und es ist sehr wohl möglich, daß Carnegies Unterstützung bei der Wahl Mc Kinleys u. a. mit dem Versprechen erkauft war, es werde auf ein englisch-amerikanisches Bündnis hingearbeitet werden, denn schon im Jahre 1893 hatte Carnegie in der »North American Review« geschrieben: »Man sage, was man will — ich behaupte, daß die Sonne, so wahr sie einstmals über einem vereinigten Großbritannien und Amerika schien, in Zukunft aufgehen, leuchten und lächeln wird über dem wiedervereinigten Staat der britisch-amerikanischen Union.«

Aber nicht nur Carnegie, sondern auch, und zwar in demselben Jahr, Sir Edward Grey und Cecil Rhodes (im Jahre 1895) gaben Zeitschriftenartikel von sich, in denen sie sich im Sinne eines Zusammenschlusses der Vereinigten Staaten von Amerika und des britischen Kaiserreiches aussprachen. Sollte es möglich sein, fragt die Verfasserin unseres Artikels, daß Hay davon nicht unterrichtet war? Tatsache ist, daß Hay, als er amerikanischer Gesandter in England war, im Jahre 1898 die Angelegenheit gegenüber einflußreichen Freunden schriftlich zur Sprache brachte und Rats darüber pflegte: Senator Lodge sagte ihm sofort volle Unterstützung zu, vielleicht, weil dieser Mann damals so wie heute als »großer Geschäftsmann« an dem Plane interessiert war: mußte doch die angestrebte Bundesgenossenschaft über kurz oder lang einen großen Krieg im Gefolge haben . . . In einem Brief aus dem Jahre 1898 erzählt überdies Hay, wie er Chamberlain für den großen Bündnisplan zu gewinnen verstand, und welch herzliche Worte unbedingter Einstimmung dieser ihm ausgesprochen habe. Übrigens hatte Chamberlain schon einige Zeit vorher einen Feldzugsplan entworfen, der Amerika für ein Bündnis gegen seine eigensten Ideale, Überlieferungen und Belange gewinnen sollte. »Ich kann wohl sagen«, hatte dieser Staatsmann in einer damals gehaltenen Rede erklärt, »daß ein Krieg gegen uns, so schrecklich er auch sein möge, leicht würde gewonnen werden können, wenn die Stars and Stripes und der Union Jack über einer großen und edlen Sache zusammenwehend in eins fließen würden als Symbol eines großen angelsächsischen Bundes.«

Präsident Mc Kinley und Hay nun gaben, zur Herrschaft gelangt, ihre Absicht zu erkennen, dem Kongreß ein Bündnis mit England vorzuschlagen. Dies aber hatte in allen Teilen des Landes einen solchen Sturm von Protesten zur Folge, daß die Absicht nicht verwirklicht wurde. Aber doch unterließ es die Regierung, den Burenrepubliken ihre Sympathie auszusprechen, weil der Präsident, der seine Partei an der Leine hatte, dagegen war! Hieraus ging hervor, daß Mc Kinley, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, voll und ganz mit der Unterwerfung der Burenrepubliken einig ging. Er drückte sogar ein Auge zu, als im Burenkriege amerikanische Rechte verletzt wurden, als z. B. Beschlagnahmungen von Postsendungen in Afrika, die unter amerika-

nischer Flagge reisten, vorkamen, und als die Behandlung von Nahrungsmitteln als Bannware eingeführt wurde. Diese Tatsachen deuten fraglos darauf hin, daß Mc Kinley und Hay schon damals mit englischen Diplomaten die Politik vereinbart hatten, die in dem Kriege gegen Deutschland, der vor 1920 ausbrechen mußte, zu befolgen sein werde, und es ist von besonderer Bedeutung, daß in der englischen Presse der neunziger Jahre eine große Anzahl von Artikeln erschien, die die Möglichkeit besprachen, im Falle eines Krieges Deutschland die Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden. Und als ein amerikanisches Schiff, das mit Getreide beladen und für Afrika bestimmt war, bei der Überfahrt im Atlantischen Ozean durch ein englisches Schiff aufgebracht wurde, da schrien die englischen Zeitungen, es sei dies vielleicht keine bona fide-Maßnahme, da die Burenrepubliken kaum Getreide in Amerika aufkaufen würden, — aber die Beschlagnahme sei vielleicht erfolgt, um einen Präzedenzfall für den folgenden Krieg zu schaffen.

Um weiter zu beweisen, wie ganz Mc Kinley und Hay mit England ein Herz und eine Seele waren, erzählt Fräulein Steketee Hulst die folgenden Vorfälle, die ihr zum Teil durch den früheren Präsidenten der südafrikanischen Republiken, Herrn Reitz, mitgeteilt wurden.

Kurz nach dem Ausbruch des Burenkrieges vermeldete der amerikanische Konsul zu Pretoria seinem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten: die Engländer verletzten das Recht des freien Postverkehrs und öffneten Dokumente der amerikanischen Regierung, die unter amerikanischer Flagge auf afrikanischen Bahnen befördert werden sollten. Mc Kinley und Hay unternahmen daraufhin keinerlei Schritte, sondern begnügten sich damit, die Vermeldung als unglaubwürdig zu brandmarken. Als der Konsul nach Amerika ging, um sein Beweismaterial der amerikanischen Regierung zu unterbreiten, war er und war seine Vermeldung schon ins Lächerliche gezogen worden, und schon wurde er durch Adalbert Hay, den Sohn des amerikanischen Staatssekretärs, in seinem Amte abgelöst. — Ein anderer Vorfall ist ebenso kennzeichnend für die geheime Verständigung zwischen diesem Präsidenten und England und beweist gleichzeitig, daß der damalige erste Beamte der amerikanischen Republik ebenso wenig echtes Mitgefühl mit dem tragischen Schicksal kleiner Völker hatte wie die nach ihm

folgenden .... Die Burenrepubliken sandten bekanntlich während des Burenkrieges drei ihrer besten Männer nach den Vereinigten Staaten, die die Rechtmäßigkeit ihrer Sache dem Präsidenten darlegen sollten. Mc Kinley hörte die Auseinandersetzung der Gesandtschaft an und — las darauf seine Antwort von einem mit Maschinenschrift bedeckten Blatte ab. Er hielt es also nicht für nötig, den Abgesandten eines unversehens angefallenen kleinen Volkes diejenige Höflichkeit zu bezeigen, die nach Benjamin Franklin selbst die Indianer zu wahren pflegten, und die darin bestanden hätte, wenigstens einen Tag vorübergehen zu lassen, um anzudeuten, daß die gemachten Mitteilungen in gehörige Erwägung gezogen würden — mochte immerhin das alles auch nur der guten Form wegen geschehen. Hier aber kam zu der Höflichkeitsverletzung noch eine höhnische Beleidigung hinzu: denn während der ganzen Audienz stand der englische Gesandte in einer offenstehenden Türe, die in einen angrenzenden Raum hineinführte. »Es steht zu hoffen,« sagt die Verfasserin, »daß die amerikanische Diplomatie auf eine so niedrige Stufe nicht mehr hinabsinken wird.«

Roosevelt, der Nachfolger Mc Kinleys, dem derselbe Hay als Staatssekretär zur Seite stand, nahm in Sachen der auswärtigen Politik den Standpunkt seines Vorgängers ein. Er änderte die Haltung Amerikas gegenüber den südafrikanischen Republiken keineswegs, obwohl die Ver. St. mit ihnen besondere Verträge abgeschlossen hatten, die vom derzeitigen Präsidenten Grant unterzeichnet waren. Er weigerte sich weiter, einen schriftlichen Protest Koreas, der ihm zugestellt wurde, als dieses Land von Japan annektiert ward, zu lesen oder auch nur in Empfang zu nehmen, obwohl Amerika auch mit diesem hilfesuchenden Lande einen Vertrag abgeschlossen hatte. Wohl aber vergewaltigte er mit seinem Staatssekretär die kleine Republik Columbia, unter Verletzung der Verträge, die die Ver. St. mit diesem Lande abgeschlossen hatten; an eine Wiedergutmachung des hierbei geübten Unrechtes ward nicht gedacht .... Was Roosevelts Verhältnis zu England anbelangt, so sagt die Verfasserin, sie erinnere sich nicht, daß er einen Versuch gemacht hätte, ein Bündnis mit England einzugehen. Dieses geschah aber durch Roosevelts Nachfolger, Präsident Taft. Dieser Politiker machte im März 1911 den Vorschlag,

es solle mit England ein uneingeschränkter Schiedsgerichtsvertrag für ewige Zeiten eingegangen werden. Ein Vorschlag, der von den meisten englischen Blättern und von vielen englischen Rednern mit Jubel aufgenommen wurde. Seltsam genug war dabei, daß Sir Edward Grey seine Friedensrede in eben jener Zeit abhielt, da er auf eine Erhöhung des Marinebudgets drang ....

Im Sommer 1911 rückte die Zuspitzung der Marokkofrage den Krieg in greifbare Nähe. William F. Stead hat erzählt, die englischen Unterhändler seien mit der Weisung zur Konferenz gegangen, den Krieg zum Ausbruch kommen zu lassen, und in einem mit seinem Namen gezeichneten Artikel erklärte Lord Roberts, die britische Flotte sei beisammen und bereit gewesen, um in Aktion zu treten. Damals aber haperte es mit der russischen Mobilisierung, und Deutschland wollte, wiewohl es mit Vorsatz beleidigt war, keinen Krieg erklären. — Wußte Präsident Taft nun, als er den ewigen und unbeschränkten Schiedsgerichtsvertrag mit England betrieb, daß England 1911 die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschwören würde? Und warum versuchte Taft nicht, Amerika gleichzeitig durch einen gleichartigen Schiedsvertrag mit Deutschland zu verbinden? Und warum ließ er ein Geschwader von amerikanischen Kriegsschiffen gerade jene Mächte besuchen, die heute die Entente ausmachen — und nicht Deutschland? Und ist es nicht vielsagend, daß Sir Edward Grey, unmittelbar nach Tafts Vertragsanerbieten, die Erklärung abgab: »dieser Vertrag werde wahrscheinlich einen weiteren Vertrag nach sich ziehen, der jeden Vertragschließer verpflichten werde, den andern zu unterstützen, wenn eine der unterzeichneten Mächte mit einer dritten Macht in Streit geraten werde, die die Schiedsgerichtsbarkeit abweise«?

Diese letztere Klausel, sagt die Verfasserin, werfe auf zwei Tatsachen ein helles Licht: 1. auf die kurz darauf gemachten Anstrengungen, andere Nationen durch Schiedsgerichtsverträge zu binden; und 2. auf den von Sir Edward Grey unmittelbar vor Kriegsausbruch gemachten Vorschlag, Deutschland solle, während Rußland mobilisierte, seine Sache einem Schiedsgericht unterwerfen. Dabei wußte man natürlich, daß jeder verlorene Tag Deutschland mehr und mehr der Gnade seiner Feinde ausliefern werde und daß die Russen, wenn sie einmal ganz und gar mit ihren Kriegs-

vorbereitungen fertig sein würden, den Kampf auf deutschem Grund und Boden auskämpfen könnten. — Wußte nun Präsident Taft, muß man wiederum fragen, daß der von ihm betriebene Schiedsgerichtsvertrag auf diese Weise ausgenutzt werden konnte und die verbündeten Ententemächte instand setzen konnte, Deutschland schnell »klein zu kriegen«?

Der amerikanische Kongreß zeigte sich damals zu sehr gegen Tafts Pläne eingenommen, ebenso wie die amerikanische Presse, als daß sie hätten ganz verwirklicht werden können. Sobald der Kongreß, nach der ersten Ablehnung, wieder zusammentrat, brachte Taft seinen Vorschlag wiederum ein, aber wieder wurde er verworfen. Die Chicagoer Zeitung »Inter Ocean« nannte ihn »ein Vertragsstück, das ganz prächtig darauf eingerichtet sei, um Amerika zu verpflichten, mit jeder europäischen Nation zu Englands Vorteil Streit zu suchen«. — Schließlich begann Präsident Taft, der zu der Erkenntnis gekommen schien, daß uneingeschränkte Schiedsgerichtsbarkeit undurchführbar sei, nichtoffizielle Unterhandlungen mit Herrn Jusserand, dem französischen Gesandten, anzuknüpfen, mit dem Ergebnis, daß er zuletzt mit Frankreich und England Schiedsgerichtsverträge abschließen konnte, nicht aber mit Deutschland, das die Gefahr des Vertrages erkannte. Denn wenn Deutschland dem Abkommen gleichfalls beigetreten wäre, so wäre es gezwungen gewesen, entweder vertragsbrüchig zu werden in dem Augenblick, da Rußland mobilisierte, oder die Folgen zu ertragen: die Invasion der feindlichen Heere in dem Augenblick, da Rußland und seine Bundesgenossen ganz und gar zum Überfall vorbereitet waren und da Deutschland keine Möglichkeit mehr hatte, den Krieg in Feindesland zu tragen.

Soweit die Verfasserin des oben genannten Artikels. Nach allem hier Vorgebrachten muß angenommen werden, daß der gegenwärtige Präsident Wilson die englisch orientierte Politik seiner Vorgänger lediglich fortgesetzt hat. Daß aber ein geheimes Bündnis zwischen den Ver. St. und England tatsächlich bestanden habe und bestehe, gibt kein Geringerer als der bekannte amerikanische Gelehrte Prof. Roland G. Usher, Hochschullehrer für Geschichte an der Washington-Universität zu St. Louis, öffentlich zu. In seinem im März 1915 bei The Century Co. in New York erschienenen Werke »Pangermanism« sagt nämlich Usher u. a.:

»The true policy of the United States would then without question lie in a firm alliance with the sea power, which would in its own interest fight our defensive battles for us and in exchange for our economic assistance further our legitimate ambitions in South America and in the far East. Such an understanding the United States already possesses with England and by virtue of it we are supreme to day in the Western Hemisphere, the owners of the Panama Canal, the possessors of the Philippines, and exert great influence in Latin American affairs .... By such an alliance we have already achieved more than we could have possibly obtained by a truly enormous armament: the sea power in a position to give us what we wished without having to fight either to obtain it or maintain it. So long as we ally to all intents and purposes with the sea power, whether that alliance is written in documents or exists merely as a tacit understanding capable of change at any moment, we may expect all that consideration which we could reasonably hope to obtain from armament.«

Zu deutsch:

»Die richtige Politik der Ver. St. muß deshalb in einer festen Bundesgenossenschaft mit derjenigen Seemacht bestehen, die in ihrem eigensten Interesse unsere Verteidigungsschlachten schlüge und die als Gegenwert für unsern wirtschaftlichen Beistand unsere rechtmäßigen Ansprüche in Südamerika und im fernen Osten unterstützen würde. Eine derartige Verständigung sind die Ver. St. bereits mit England eingegangen, und ihr haben wir zu danken, daß wir auf dem westlichen Erdenrund die Vorherrschaft besitzen, daß wir den Panamakanal besitzen, sowie auch die Philippinen, und daß wir auf die Angelegenheiten Südamerikas einen großen Einfluß ausüben .... Durch solches Bündnis haben wir mehr erreicht, als wir bei einer großgewaltigen Bewaffnung hätten erreichen können: die Seemacht war imstande, uns zu geben, was immer wir wünschten, ohne daß wir selber darum zu kämpfen brauchten, und ohne daß wir genötigt worden wären, für die Beschaffung oder Beibehaltung unserer Vorteile zu kämpfen. Solange wir mit jener Seemacht für alle Fälle fest verbunden sind — möge das Bundesverhältnis nun schriftlich niedergelegt sein oder nur als ein stillschweigendes Übereinkommen bestehen, das man jeden Augenblick ändern kann —, dürfen wir alle mögliche Respektierung erhoffen, die wir sonst logischerweise nur von einer Politik der Rüstung erwarten dürften.«

Man darf hiernach sagen, daß Professor Usher, obwohl er im Vorwort seines Buches unbedingteste Unparteilichkeit für sich in Anspruch nimmt, das englisch-amerikanische Einverständnis als eine geschichtliche Tatsache behandelt.

Veröffentlicht: 31. März 1917.

Amerikanisches, Allzuamerikanisches.

Der Idealismus des Friedensmachers Ford. (Von K.) Daß Amerika und die Amerikaner alles und jedes vom geschäftlichen Standpunkte aus wägen und anfassen, ergibt sich in besonders augenfälliger Weise aus späteren Nachrichten über den Friedensmacher Ford. Als dieser amerikanische Automobilfabrikant Ende 1915 seine große Friedensexpedition nach Europa rüstete, dachte wohl noch niemand daran, daß dieses »ideale« Unternehmen sich eines schönen Tages als ein riesiges Reklamemanöver für ein neues Fordsches Fabrikat entpuppen werde. Und doch ist es so gekommen. Der Leiter des Fordschen Friedensbüros in Kopenhagen machte eine ..... Geschäftsreise durch Europa. Denn es wird in den Fordfabriken in Amerika ein neuer Motorpflug hergestellt, der für verhältnismäßig billiges Geld zu haben ist und dem nun Fords Agenten in den kriegführenden europäischen Ländern ein gutes Absatzgebiet schaffen sollen. Ford selbst geht von dem Gedanken aus, es werde Europa bei dem großen Verlust an Menschenleben und Zugtieren schwer sein, seine Äcker in genügendem Umfang und zu rechter Zeit zu bestellen. Mit Hilfe des neuen Motorpfluges aber soll allen Schwierigkeiten erfolgreich begegnet werden können .... Gewiß ist dieser Gedanke des pfiffigen Mannes nicht übel. Und da die Presse der ganzen Welt Herrn Ford eine billige und wirksame Reklame gemacht hat, so dürfte sich die Rechnung des Rechenkünstlers nicht als falsch erweisen. (Veröffentlicht: 18. September 1916.)

Ein Prediger in der Wüste. — General Carranza hat den Vereinigten Staaten sowie Chile, Peru, Brasilien und Argentinien den Vorschlag gemacht: man möge gemeinsam einen pan-amerikanischen Neutralitätsbund begründen, der jegliche Ausfuhr von Kriegswerkzeugen aus Amerika in kriegführende Länder verbieten solle. Herr Wilson, der Friedensfreund, der Hohepriester des geheiligten Rechtes, der Stifter eines ewigen Völkerfriedensbundes, zurechtgewiesen auf den so leicht gangbaren Weg einer schlichten sittlichen Verpflichtung, und zwar von General Carranza, dem einst so verachteten »Mörder« — ist es nicht, mit den Augen europäischer Frommgläubigkeit betrachtet, wie eine tolle Fastnacht von Menschen und Begriffen? Indessen

darf man nicht vergessen, daß Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist: die amerikanischen Zeitungen werden, nicht anders wie Herr Wilson, ihr Publikum zu überzeugen wissen, daß es viel friedliebender, rechtmäßiger und humaner sei, todbringende Munition auszuführen — als auf unermeßlichen Goldgewinn zu verzichten. (Veröffentlicht: 24. Februar 1917.)

Wenn zwei dasselbe tun .... Einstmals bedeutete die Monroe-Lehre Amerikas Verteidigung gegen Europas Begehrlichkeit, jetzt aber ist sie nichts anderes als der paragraphierte Wille der Vereinigten Staaten, das lateinische Amerika zu beherrschen und es ganz zu eigenem Vorteil auszubeuten: Kuba und Portoriko wurden schon im Jahre 1898 der Machtsphäre der Ver. St. einverleibt; im Jahre 1902 wurde Kolumbia, gegen die Festsetzungen eines aus dem Jahre 1848 stammenden Vertrages, seines Distriktes Panama beraubt, und dies tat — Herr Roosevelt, Stabstrompeter der Gemeinde amerikanischer Moralisten in Sachen Belgien .... Wilson endlich spielt den Landvogt über Mexiko, San Domingo und Haiti. Und auch Nikaragua wird schon zu Gebietsabtretungen für den Kanal der Zukunft gepreßt. Zu einer allgemeingültigen These verdichtet, besagen diese Tatsachen: Fehlt den Ver. St. etwas, was im Besitze anderer ist — well, dann werden sie es halt nehmen. Wenn aber andere Länder in analogen Fällen oder gar unter dem Zwang gebieterisch treibender Verhältnisse dasselbe tun — ja Europäer, das ist was anderes. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es, im naiven Verstande »zivilisierter« Raubtiermenschen, eben nicht dasselbe. (Veröffentlicht: 24. Februar 1917.)

Aus meinem Kriegstagebuch.

Von J. D. Domela Nieuwenhuis-Nyegaard,

Pfarrer an der Evangelischen Gemeinde zu Gent (Belgien).

Preis Mk. 2.—

Die Hilfe (Nr. 3 vom 18. Januar 1917):

„Dieser Mann kommt bei Ausbruch des Krieges nach einer etwas ungewöhnlichen Reise über See von Holland, wo er auf Urlaub weilt, nach Gent zurück, und schon jagt Wut und Wahnsinn durch die Stadt, flammt der Krieg blutigrot durchs Land .... Es wäre falsch zu glauben, daß die hier vorangestellten Dinge (die Greuelmärchen) in Nieuwenhuis' Kriegstagebuche unterstrichen würden. Der Leser, der ein Bild von dem belgischen Kriegschaos gewinnen will, wird andere Schilderungen vielleicht mit mehr Anteilnahme aufnehmen" ....

Akademische Monatsblätter, Organ des Verbandes der kath. Studentenvereine Deutschlands, Nr. 4 vom 25. Januar 1917:

.... „Eine ergreifende Gelegenheitsschrift, deren so anspruchslose und doch so ans Herz fassende Schilderungen und Skizzen einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des Weltkrieges auf belgischem Boden bilden. Auf jeder Seite merkt man des Verfassers Bemühen, so objektiv wie möglich die Wahrheit zu melden." ....

Das neue Europa.

Eine holländische Stimme für die Befreiung Europas.

Von Dr. jur. W. J. L. van Es.

Preis Mk. 1,50

„Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält." — Dieses bedeutsame Wort des Reichskanzlers von Bethmann-Holweg in seiner großen Rede im Hauptausschuß des Reichstages (gegen Grey) ist wie eine Voraussetzung des vielleicht unrealisierbaren, aber doch groß gedachten Zieles, für das Verfasser obengenannter Schrift mit einer weit über den Durchschnitt ragenden Argumentationskraft eintritt. Dieses Ziel ist: Verleihung vollster Rechtsgleichheit für alle Nationalitäten innerhalb der bestehenden Staaten als ein Mittel, den Zusammenschluß der autonomen Völker und ihre Wiedervereinigung vorzubereiten. Für Flandern wird im besonderen „Selbstverwaltung" oder „Autonomie" verlangt.

Inhaltsskizze: I. Holland und der Krieg. — Die Illusion des Völkerrechts. — Das Wesen der heutigen Staaten. — Ursprung der heutigen Staaten. — Entstehung und Wesensart Frankreichs. — Die Unterdrückung in Europa. — Notwendigkeit der Lösung des Nationalitätenproblems. — Entnationalisierung des europäischen Staatswesens. — Beseitigung des Gebietserweiterungsstrebens durch Umwandlung des Wirtschaftssystems.

II. Keine Weiterbildung nationaler Staaten. — Zusammenschluß der europäischen Staaten. — Die außereuropäische Welt. — Die Rassefrage. — Ein Blick auf die gegenwärtige Welt. — England. — Rußland. — Frankreich. — Motiv des Zusammenschlusses der Entente. — Deutschland. — Österreich-Ungarn. — Die ungelösten Fragen. — Der Friedenskongreß. — Holland und Flandern. — Holland und Deutschland. — Deutschland und die flämische Frage. — Die Flamen und Deutschland. — Belgien und Flandern. — Die Lösung der flämischen Frage.

Zeitgenössische Dokumentbücher Nr. 3.

Das neue Europa.

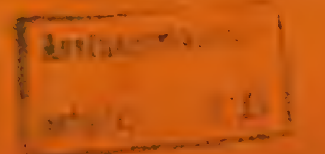
Eine holländische Stimme für die Befreiung Europas.

Von

Dr. jur. W. J. L. van Es.

INHALT.

Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Thür.



Ein flämisches Kriegstagebuch. (Zu Seite 44.) . . . . . „Was weiß Pfarrer Nieuwenhuis von den Kriegsvorgängen in Belgien zu berichten? — Nur das, was er mit eigenen Augen sieht und mit eigenen Ohren vernimmt! Er reist bei Ausbruch des Krieges von Holland nach Belgien und gibt uns Schilderungen und Meditationen von Engländern wieder, die, aus Wiesbaden kommend, ihrer Heimat zustreben. Er kommt in Gent an und schildert die wahnwitzige Aufregung des Volkes — wobei die Bedrängnis der dort wohnenden Deutschen unmittelbar anschaulich wird. Und nun beginnen die Streifzüge durch einen erheblichen Teil des Landes (Veurne, Dixmuiden, Brügge, Ostende, Brüssel usw.), von denen der treusorgende Pfarrer, der jedem Ruf um geistlichen Beistand sofort Folge leistet, jedesmal mit einer großen Bürde von Erlebnissen heimkehrt, von denen er sich durch sofortige Niederschrift des Geschauten zu befreien sucht. Auf diese Weise hören wir viel von den Geschehnissen — nicht selten auch Dinge, die Unbeteiligten noch heute unbekannt sein dürften, so zum Beispiel eine spannende Erzählung von Ereignissen, die die Stadt Gent „um eines Haares Breite" dem Kriegsschicksal der Vernichtung entgehen ließen. Nicht vielen bekannt geworden ist auch der Heldentod des Reservehauptmannes Paul August Ehrhardt, der sich zur Zeit des Kriegsausbruches an der belgischen Küste zu vergewissern hatte, ob die Engländer dort Truppen ans Land setzten; Nieuwenhuis hat sich für den Offizier, der gefangen und zum Tode verurteilt wurde, mit hartnäckigem Eifer bei den höchsten Spitzen des Landes — leider vergebens — eingesetzt, hat den Helden, der sein Schicksal mit wahrhaft spartanischer Größe ertrug, auf seinen letzten Gang vorbereitet und dem Heldentod des Edlen durch schlichte Vermeldung des Falles mit allen seinen Einzelheiten ein rührend schönes Denkmal gesetzt; ein Denkmal, das aber auch einen schwarzen Schatten wirft . . . .: auf belgische Soldateska, belgische Sittenverwilderung, belgische Schamlosigkeit. Wenn wir bei Nieuwenhuis lesen, daß „man die Leiche des zu Tode Gebrachten beraubt und aus seinen Kleidern Anzüge für die Kinder des Totengräbers gemacht hatte" — so wird man hoffentlich die Worte, die ich zur Kennzeichnung des vom Tagebuchschreiber ohne jedes Raisonnement Berichteten gebrauche, nicht für zu stark halten.

Es ist eine die stärksten Eindrücke vermittelnde Besonderheit unserer Schrift, daß sie die Verhaltungsweise der Belgier in den denkwürdigen Tagen des Herbstes 1914 an erlebten Beispielen ohne vorsichtige Zurückhaltung kennzeichnet. . . . . Demgegenüber steht die Kennzeichnung des deutschen Soldaten. Der Genter Pfarrer weiß, wo immer er sie sieht, nur Gutes und sehr oft rührend Schönes von ihnen zu berichten. Die Beispiele ihrer Frömmigkeit, ihrer Kinderliebe, ihrer natürlichen Güte, ihrer Geduld im Leiden, ihres Wohlverhaltens gegen Frauen, ihrer heldenhaften Tapferkeit und Treue — sie tönen wie ein schönes Lied aus dem einfach vermeldenden Munde des Flamen. Mit den „Greueln" aber verhält es sich hier wie überall: wo der Zeuge darnach fragt, werden ihm zwar meist die haarsträubendsten Geschichten — von denen Nieuwenhuis manche wiedergibt — aufgetischt. Fragt er aber weiter: Hat es einer gesehen? — so müssen die Geschichtenträger betroffen schweigen. Zuweilen fragt Nieuwenhuis, im Beichtigerton des sanft forschenden Seelsorgers, einen sterbenden oder schwer leidenden deutschen Soldaten wohl selber darum. Und die (allessagende!) Antwort? „Jedesmal waren sie tief entrüstet."

Das Kriegstagebuch von Nieuwenhuis, das in der deutschen Übersetzung um zwei Mark vom Rembrandt-Verlag in Oberweimar i. Thür. und jeder Buchhandlung zu beziehen ist, ist nicht etwa geschrieben, um ein Gegenstück gegen die Entente-Verleumdungen in die Welt zu stellen. Das beste daran ist ja gerade die absichtslose Art, in der der Verfasser, der ursprünglich gar nicht an eine Veröffentlichung gedacht hat, seine Erlebnisse niederschreibt; so hat es denn auch eine Weile gedauert, ehe das Ganze in Buchform erscheinen konnte. Um so höheren Wert wird das Werk für die forschende Mit- und Nachwelt haben, die hinsichtlich der belgischen Dinge die Wahrheit herzustellen bemüht ist."

Der (rote) Tag (Nr. 273 vom 19. Novbr. 1916).

Zeitgenössische Dokumentbücher Nr. 3.

Das neue Europa.

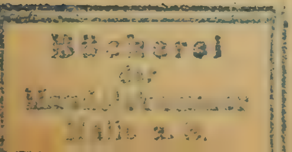
Eine holländische Stimme für die Befreiung Europas.

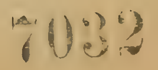
Von

Dr. jur. W. J. L. van Es.

INHALT.

Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Thür.





Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.

Vorrede.

Das Nationalitätenproblem, das eine der Grundfragen des kommenden Friedenskongresses abgeben dürfte, kann man, theoretisch wenigstens, auf zweierlei Art zur Lösung bringen. Die eine wäre: Anpassung der europäischen Karte an die Geographie der europäischen Rassen und Volksstämme. Eine Regelung, die, auch nur halbwegs verwirklicht, auf allen Seiten Widerständen begegnen und bei dem Durcheinander der geographischen Lage der europäischen Volksstämme auch praktisch undurchführbar wäre. Die andere Art einer Lösung dieses Grundproblems der Neuordnung Europas wird auf den folgenden Blättern entwickelt. Sie bedeutet, kurz gesagt: wirtschaftliche und politische Entrechtung aller europäischen Staatengebilde, Aufhebung aller nationalen Bevorzugungen, Herstellung gleicher Lebensbedingungen für alle Völker und Rassen in staatsrechtlichen wie in wirtschaftlichen Dingen, und insbesondere Ermöglichung ungestörten kulturellen Eigenlebens für alle.

Wer dieses Programm vor dem Kriege ernsthaft entwickelt hätte, dem würde wahrscheinlich in weitesten Kreisen ein mehr oder minder mitleidiges Lächeln geantwortet haben. Inzwischen ist mancherlei Wirklichkeit geworden, was vordem unmöglich erschien, und die Lenker des europäischen Schicksals haben wohl alle das Lachen und Lächeln verlernt .... In einem Augenblick, wo die Grundmauern der alten Ordnungen wanken oder schon eingestürzt sind,

geht es in der Tat nicht mehr an, über politische Gedankengebilde, mögen sie noch so kühn in die Luft gespitzt scheinen, mit einem bedauernden »Unmöglich!« zur Tagesordnung überzugehen. Europa wird, wenn dieses Krieges Stürme schweigen, vor einem Ruinenfelde stehen, und wenn aus diesen Ruinen neues und von dauerndem Frieden gesegnetes Leben erblühen soll, so wird ein Wiederaufbau auf andern Grundlagen erfolgen müssen. Den status quo ante, sagte ja wohl unser Reichskanzler in einer seiner großen Reden, gibt es nach solchen Erschütterungen nicht mehr.

So sichern die Zeitumstände dem Verfasser, der überdies Europa aus der Anschauung kennt und der, wie seine Ausführungen zeigen, seine politischen Grundansichten nicht aus einer doktrinären Ideologie herholt und nicht mit blinden Schlagwortbegriffen Fangball spielt, ein ernsthaftes Gehör. Möge niemand, sei er Freund, Feind oder Neutraler, über den »Utopismus« dieses sonderbaren Schwärmers aus den Niederlanden voreilig lächeln. Das Lachen ist eine Regung des Übermuts, und Europa steht heute vor dem Endakt einer Tragödie, die das Verhängnis mit sich führt . . .

Der deutsche Kaiser hat einmal in einer von freundlichem Licht erhellten Rede, deren man sich heute überall erinnern sollte, den Wetteifer der Völker mit der edlen Leidenschaft verglichen, die wir beim Sport sich entfalten sehen: jeder solle und dürfe sein Pferd in die vorderste Reihe zu bringen versuchen — nur daß die Mittel erlaubt und für alle die gleichen sein müßten. Die Grundbedingung dieser Gleichheit beim Rennen aber ist was? — Der gleiche Start. — Die ideale Lösung des europäischen Nationalitätenproblems ist, mögen die Möglichkeiten wie immer aussehen: Herstellung des gleichen Starts.

Weimar, Ende April 1917. **Adolf Teutenberg.**

I.

Holland und der Krieg.

Nachdem das erste Entsetzen über den Krieg durch uns hindurchgegangen und unser Selbstvertrauen wieder erwacht ist, scheint es von Wichtigkeit, nicht nur über die Verstärkung der Wehrmacht unseres Volkes und über seine wirtschaftliche Beständigung nachzudenken, sondern auch über den europäischen Zustand, wie er nach dem Kriege werden soll.

Wir wollen nicht die Rätselfrage anschneiden, wie nach diesem Kriege die Karte von Europa ausschauen wird. Wir wollen vielmehr untersuchen, wie der Geist Europas und Europas Organisation beschaffen sein muß, wenn dieser unser Erdteil seine kulturelle Führerrolle behalten will.

So hart es manchen Ohren klingen mag: es herrschen unter uns Zustände, die nicht wiederkehren dürfen, soll nicht Europa untergehen in Flammenmeeren und Rauchwolken und zugleich sein kulturelles Schwergewicht hinübergleiten lassen auf jenen Teil der Welt, der durch seine andersbeschaffene Organisation frei ist von den Streit und Haß verursachenden Dingen, die Europas Untergang zuwege bringen wollen .... auf Amerika. Allerorten herrscht das unangenehme Gefühl, daß dieser Krieg hätte vermieden werden können, wenn auch eine Partei die andere anklagt, ihn verursacht zu haben. Und doch ist es eine offene Frage, ob der Krieg verhindert werden konnte. Überall ist ein Bewußtsein lebendig, daß wesentliche Verhältnisse umzugestalten sein werden. Unser Volk hat an diesem Werke tätigen Anteil nehmen wollen: durch die Arbeit des Anti-Oorlogsraad (Kriegsgegnerbundes) und

durch die Berufung eines Internationalen Frauenkongresses. Aber, merkwürdig genug, es besteht zwischen der ziemlich starken Gruppe, die sich seit langem für den Frieden und die Beachtung des Völkerrechtes einsetzte, und zwischen dem überwiegenden Teil der niederländischen Bevölkerung eine weite Kluft.

Zum nicht geringen Teile ist dies die Folge einer unzulänglichen Nachrichtenvermittelung. In zweierlei Hinsicht hat bei uns die Presse versagt: in der Mitteilung von Tatsachen und in der wissenschaftlichen Klärung dieser Tatsachen. Regierungsmaßnahmen zum Zweck der Beruhigung der Gemüter fehlten nicht minder in diesem Betracht. Sie haben vielleicht mancherlei Aufregung verhindert, aber zu einer leidenschaftlichen Teilung unseres Volkes in Pro-Deutsche und Anti-Deutsche geführt, um nicht von Pro-Entente-Gesinnten zu reden. Und dies ausschließlich auf Grund der einen oder andern hervorstechenden Tatsache, wobei die Neutralitätsverletzung Belgiens die Wagschale nach der deutschfeindlichen Seite gewaltig sinken ließ in diesem unserm Volk, das schon vor dem Kriege wenige Deutschfreunde in sich schloß. Und mancher vorsichtig Neutralgesinnte wurde als pro-deutsch gesinnt verdächtigt, weil er inmitten des Durcheinandergellens der Tatsachen seinen eigenen Weg gehen wollte.

Nach und nach ist die Stimmung ruhiger geworden. Nach gewissen Veröffentlichungen der holländischen Regierung ist bis in die schwächstentwickelten Hirne ein Erkennen von Englands Willkür gedrungen; die Meinung gewinnt Feld, daß diesem Land der Titel »Beschützer Belgiens« nicht als »excès d'honneur« gebührt; und nicht den Deutschen das Beiwort »Hun« als Symbol ihrer »indignité«.

Wir dürfen unser Volk für vorbereitet erachten, sich selber wiederzufinden und sich einer großen Aufgabe hinzugeben: der Bereitung des Friedens.

Die Illusion des Völkerrechts.

Dieser Krieg hat viele Ideen gewandelt. Wir haben die Macht der Volksleidenschaft kennen gelernt, die Macht der Lügenverhetzung durch die Presse, die durch die Führer ganzer Völker nicht bekämpft, vielmehr begünstigt wurde.

Wir wissen heute auch, daß ein Vertrag, wie er für Belgien vereinbart war, tatsächlich ein Papierfetzen ist, wie das Völkerrecht es immer gelehrt hat. Wir wissen weiter, daß die Aushungerung eines ganzen Volkes erlaubt ist, als wäre dies Volk in einer belagerten Festung, wobei nur der Unterschied sichtbar ist, daß dort (in einer belagerten Festung) den Nichtkämpfern meist Gelegenheit gegeben wird, sich zu entfernen. Wir wissen, daß viele ruhig gesinnte Menschen wie wilde Tiere gejagt und eingeschlossen werden. Daß Diebstahl von Privateigentum zur See in vielen Fällen begangen wird, z. B. durch das Kaperrecht oder durch die Sperrung des Handels feindlicher Untertanen. Und endlich, daß weder die Freiheit der Meere noch die Freiheit der Flagge übrig geblieben ist.

Es gibt, nachdem einmal ein Krieg zu einem Kampf um die Fortexistenz eines Staates geworden ist, für die anzuwendenden Mittel (des Krieges) keinerlei Grenzen mehr. Glaubt man, daß, wenn eine der kriegführenden Mächte ein Mittel wüßte, den Gegner niederzuzwingen, sie in diesem Stadium des Krieges zögern würde, es anzuwenden? Warum soll es roher sein, den Feind durch Gase zu ersticken, anstatt ihn durch Explosivmittel zu zerreißen? Alle Rechtsspur scheint verloren, so sie überhaupt jemals unter unsern Füßen war. Dies ist gerade der Inbegriff der Wahrheit, die dieser Krieg uns lehren mußte: es gab kein Völkerrecht, sondern nur eine Art von Brauch (Usance) zwischen den Regierungen. Genau wie mit den Individuen bei heftigen Gemütserregungen geht es zu im Verkehr der Staaten untereinander. Bei einer Schlägerei zwischen einzelnen Menschen können die Umstehenden eingreifen, aber da das eine wenig angenehme Beschäftigung ist, machen sie lieber einen Umweg über eine abgelegene stille Straße und nehmen den Hut, den man ihnen abgeschlagen, von ungefähr und ohne viel Worte zu machen vom Boden auf .... Die Welt entbehrt einer obersten Herrschaft. Diese könnte werden durch die Suprematie, z. B. Englands, oder, im Wege freiwilligen Zusammenschlusses, durch einen Europäischen Staatenbund. Vermutlich wird das eine wie das andere kommen. Zwar werden weder Amerika, noch China, noch Rußland, noch Japan jemals unter britische Herrschaft oder Kontrolle kommen. Indessen das britische Imperium wird sich weiter organisieren. Rußland, wie oft auch immer

geschlagen, wird sich wiederherstellen. Amerika wird eine Kontrolle ausüben wollen über südamerikanische Staaten. Was aber werden die Völker Europas tun? Dieses Konglomerat von so vielen und von verhältnismäßig kleinen Staaten? (Deren Menschenzahl sich — England, Rußland und die Türkei als nichteuropäisch angesehen, da wohl ihre Regierungszentren in Europa, ihre Länderstrecken aber außerhalb liegen — folgendermaßen stellen: Deutschland 70000000; Österreich-Ungarn 56000000; Frankreich 40000000; Italien 30000000; Spanien 19500000; Rumänien 7500000; Belgien 7500000; Bulgarien 4500000; Niederlande 6200000; Serbien 4000000; Griechenland 4500000; Portugal 6000000; Schweden 5800000; Schweiz 3500000; Dänemark 2600000; Norwegen 2400000; Albanien 300000; Luxemburg 250000; dazu Montenegro und Liechtenstein.)

Europa wird immer eine Stätte neuer Kriege bleiben, es sei denn, daß es über Verhältnisse, deren Außerachtlassung zu diesem Kriege geführt hat und zu einem folgenden Kriege führen wird, zu einer Regelung kommt. Mit einer Organisation Europas wäre ein erster Schritt zum Weltstaat getan.

Das Wesen der heutigen Staaten.

Hat man schon einmal untersucht, was eigentlich ein europäisches Staatswesen im Grunde ist? Hat man über seinen Ursprung schon einmal tiefer gehende Erwägungen angestellt? Ohne Ausnahme kann festgestellt werden, daß der Staat von heute beruht auf der Gewaltpflege früherer Zeiten. Das gewalttätige Auftreten von Volk gegen Volk wandelte sich in Streitigkeiten von Dynastie zu Dynastie, von Staat zu Staat. Kein Schein von Rechtsgrund ist auffindbar für das Entstehen des Staates und, was noch weniger zu erklären ist, für sein Fortbestehen. (Die gegenwärtigen Staaten sind Monstra. Auf ihrer Grundlage würde eine weitere Handhabung der gegenwärtigen internationalen Verhältnisse durch das Mittel einer internationalen Polizeimacht die Fortsetzung des status quo ante bedeuten, also auch die Aufrechterhaltung von Monstruositäten.) Die heutigen Staaten bestehen fort durch das Mittel ihrer Erschaffung: durch Macht und Gewalt. So wie wilde Tiere

leben. Es muß zu einer Erkenntnis der öffentlichen Meinung werden, daß Deutschland ein Idealwesen, der deutsche Staat aber ein Racker (wörtlich: »Schurke«) ist; daß Frankreich ein erhabenes Traumbild, Frankreichs Staat aber der geborene Räuber ist.

Ursprung der heutigen Staaten.

Um zum Ursprung des modernen Staates hinabzudringen, müssen wir zurückgehen auf die Entstehungsgeschichte des Römerreiches. Ein kleiner Stammstaat, d. h. ein auf ethnologischer Zusammengehörigkeit aufgebauter Staatsorganismus breitet seine Herrschaft über die umliegenden Völkerschaften aus, die mehr oder weniger unterworfen werden, und bildet sich so zu einem Territorialstaat. Nicht mehr ist dieser Staat ein Organismus, der sich aus menschlichen Individuen allein zusammensetzt, wie jener Stammstaat: nein der Stammstaat saugt sich fest an (fremde) Landfetzen. Gewiß nahm auch der Stammstaat ein Territorium ein, in dem die Stammesgenossen für sich oder in Gemeinschaft Grundstücke bebauten oder beweideten, aber mehr als zufällige und vorübergehende Rechte wurden auf diesem Grundboden nicht ausgeübt. Der römische Staat dagegen war gegründet auf dem System von Meilen- und Grenzpfählen. Innerhalb des so abgesteckten Bodens wurde die Regierungsgewalt ausgeübt durch die alte Stammesgemeinschaft, durch das herrschende Volk oder die herrschende Rasse. Alle andern Völkerteile waren dem römischen Staat, will sagen dem römischen Volk unterworfen. Innerhalb des römischen Reiches lebten auch die Stammstaaten der Germanen. Sie hatten keinen Teil an der regierenden Gewalt, die einzig und alleine römischen Bürgern zukam, von denen der erstbeste mehr Rechte besaß wie ein germanisches Stammeshaupt: diesem galt die Zuerkennung der römischen Staatsbürgerschaft als hohe Ehre. Der Titel civis Romanus brachte ihm persönlichen Schutz und staatsbürgerliche Rechte ein.

Bei alledem war der Territorialstaat gleichwohl ein Fortschritt, weil der Stammesstaat sich nur durch Tötung oder Versklavung der Nachbarvölker, die seinem Wachstum entgegenstanden, während alles Eigentum vom Eroberer genommen wurde, durchsetzen konnte. Der Territorial-

staat entstand durch ein plötzliches und übermäßiges Wachstum an Macht, das ein Volk zum Herrn des andern machte, wobei Tributpflicht über Beutemachen und Versklavung ging.

In der Folge beginnen dann die germanischen Völker, die römischen Lande nach und nach zu durchsetzen, und der römische Staat bekommt ein anderes Herrschervolk, bis die Welle der Franken über alles weggeht und Karl der Große die römische Herrschgewalt umwirft. Das Reich der Franken zeigt aber keine Einheitlichkeit, sondern stellt einen Dualismus dar: einerseits die rein germanischen Lande nördlich der Linie Boulogne—Aachen, und östlich Aachen bis Basel, und andererseits das romanisierte Gallien und das unverfälschte Italien. Im germanischen Teil besteht die Bevölkerung aus Adel und freien Bauern, wiewohl die unterworfenen Völker, vermutlich Kelten, als Hörige und Leibeigene dablieben. Nach Süden zu dagegen folgt erst ein Grenzstrich, in dem hier und da germanische Ansiedelungen vorkommen, wie im Artois und in Burgund, woselbst die germanische Bevölkerung gegenwärtig ganz und gar in dem ringsum seßhaften Volksstamm aufgegangen ist; und endlich das vollständig romano-keltische Gebiet, wo die Amtsleute Germanen waren, ebenso wie der im Rolandslied so ruhmvoll besungene Hof- und Landadel und Kriegerstand.

Entstehung und Wesensart Frankreichs.

Es ist klar, daß diese beiden Gebietsteile auf die Dauer auseinanderfallen mußten, selbst wenn das Reich nach Karl's Tode nicht vorsätzlich geteilt worden wäre. Die Trennung war indessen vollkommen willkürlich, insofern die beiden Gebietsteile nämlich nach territorialen Gesichtspunkten und nicht nach der Art und Beschaffenheit der Bevölkerung auseinanderfielen.

Das reichste und von Kultur am ausgiebigsten getränkte Land war Gallien, an das, eingeklemmt zwischen Schelde und Nordsee, ein kleiner Teil des rein fränkischen Gebietes im Norden festgemacht war, ein Teil, der sich weiter nordwärts durchs heutige Belgien und Niederland bis in Deutschland hinein erstreckte. Abgeschnitten vom germanischen Vaterland, hatte das vorherrschende fränkische Volk kein Übergewicht über das unterworfene, aber kulturell

bereits hochstehende romanisch-gallische Volk; Hof- und Landadel im Süden ging auf in romanischer Kultur. Wiewohl das Reich regiert, verwaltet und verteidigt ward von fränkischen Fürsten, Adels- und Kriegsleuten, ging das fränkische Idiom verloren. Nach langen bangen Kämpfen steht vor uns das am stärksten national-gesinnte Volk Europas: Frankreich. Wohl wußte jener fränkische Teil — Flandern! — unter seinen Grafen sich eine gewisse Selbständigkeit zu bewahren, indessen gegenüber dem Druck aus dem Süden, wo der Adel zur andern Seite hinüberneigte, mußte das Volk unterliegen.

Unter den burgundischen Fürsten endlich wird der germanische Teil von Frankreich losgelöst. Frankreich ist ein Land geworden von rein romanischer Kultur, wobei es seinen Namen der Glanzzeit der fränkischen Vorherrschaft entleiht. Man spricht von einer »langue und culture française«, obwohl das fränkische Element ihr ganz und gar fremd ist und keltische Art gemeint ist, wo »l'esprit gaulois« und der »coq gaulois« berufen wird. Indessen ungeachtet dieses Vorhandenseins von rudimentären fränkisch-keltischen Einflüssen zählt man sich am liebsten zu den romanischen Völkern.

Es gibt kein Volk auf der Welt, das stolzer von sich denkt, kein Volk, dem die Welt so gerne verdiente Huldigung zuteil werden läßt. Aber was ist eigentlich dieses französische Volk? Ist es wirklich jenes zusammengeschmolzene keltisch-romanisch-fränkische Ganze, dessen Entstehung wir soeben betrachteten? Eine französische Nation ist nicht! Es ist vielmehr nur ein Milieu da, das in Paris eine geistige Führung hat, ein Milieu, in dem die Mächte der Sorbonne, der Academie Française, der Comédie Française, des Parlamentes, des Gerichtshofes wirksam sind. Es ist weiter eine Art regierender Klasse da, früher der Adel, jetzt der Beamtenstand, von dem man glaubt, daß »l'âme française« in ihm lebt, daß »l'esprit gaulois« in ihm funkelt, daß die romanische Kultur ihren Höhepunkt in ihm finde. Es hat sich in dem Territorialstaat Frankreich ein regierendes Volk gebildet, das sich französische Nation nennt, das sich aber seiner Herkunft nach französisch-romanisch-gallisch-hebräische Nation nennen könnte und kein ethnographisch zu bestimmendes Element ist, weil es noch tagtäglich aufgefüllt wird mit den erstbesten Leuten,

die sich naturalisieren lassen, oder aber mit jenen Elementen, die aus dem Bauernstand der französischen Volksteile in die herrschende Klasse übergehen. Diese Kaste aber, die die Seele von Frankreich ist, ist nicht zu verwechseln mit der Bevölkerung aus dem pays de la langue d'oil, aus deren Dialekt die Franzosen im Laufe der Jahrhunderte ihre Sprache gewonnen haben.

Von diesem zentralen Milieu sind früher die Gewalttaten ausgegangen, die darauf hinausliefen, die unterworfenen Völker zu romanisieren. Und immer noch wird mit Ernst und Strenge das Mögliche aufgewandt, um alles, was der Vorherrschaft der französischen Sprache im Wege steht, zu entfernen.

So liegen denn die Sprachen des Elsaß, das süße Provençalisch, das trotzige Katalonisch der Pyrenäen, das rauhe Baskisch, das wehmütige Bretonisch und das sangliche französische Vlämisch in den letzten Zügen. Mit roher Gewalt wird seit Jahrhunderten darauf hingearbeitet, die Völker Frankreichs in ihrem Seelenleben zu ertöten. Auf dem Altar eines rein ideologischen Frankreich opfert man das Beste, was den Frankreich ausmachenden Völkern eignet. Aber langsam erwachen diese Völker aus ihrem dem Scheintod ähnlichen Zustand. Zuerst war es die Provence und Katalonien, dann die Bretagne und das Elsaß. Auch Flandern steht wieder auf und das urwüchsige Volk der Basken.

Die Unterdrückung in Europa.

So sehen wir, wie der ausgesprochenste Territorialstaat das Typische eines kalten Machtstaates in sich birgt. Alle Bürger Frankreichs sind frei und nehmen teil an der Staatsgewalt. Dem Anschein nach wenigstens. Ihre Besitztümer sind der gemeinsamen Besteuerung unterworfen, ihre Arme und Leiber sind dem Staat ein Schutz. Aber ihre Seelen leben in einer Versklavung. Man nenne das nicht Übertreibung. Nur wer es in seiner eigenen Seele erlebte, versteht den stillen Schmerz derer, die sich nicht in ihrer eigenen Muttersprache äußern dürfen, in der die menschliche Seele zu wurzeln scheint. Die besten Söhne Frankreichs haben das gefühlt: Mistral, Barrès und viele andere.

Wenn nun schon Frankreich ein Chaos und ein Sumpf des Unrechtes ist, wo bleibt dann das »zivilisierte« Europa? Kann man dann Österreich verargen, daß es nach Vergrößerungen seiner Lande strebt? Oder ist darum das Unrecht, das dem vor zweieinhalb Jahrhunderten geraubten Flandern geschah, weniger groß? Soll der Raub von damals einen Rechtsgrund für die würgende Knechtung von heute abgeben?

Welch einen Umfang dieses Krebsgeschwür der europäischen Staatengemeinde erreicht hat, geht daraus hervor, daß nicht ein einziger europäischer Staat davon frei ist, ausgenommen die kleinsten Stäätchen, wie Liechtenstein, Andorra usw., in denen der Staat nur ein Volk umfaßt. Läßt man die jeweils herrschenden Völker beiseite, so ergibt sich für Europa die folgende Liste von unterdrückten Völkern. Im europäischen Rußland: Deutsche, Polen, Kaukasier, Letten, Rumänen, Finnländer, Tataren, Litauer, Ruthenen, Esten; in Deutschland: Polen, Dänen, Wenden, Franzosen, Niederdeutsche, Friesen, Holländer (200000); in England: Walliser, Iren, Schottländer; in Holland: Friesen; in Schweden: Lappländer; in Norwegen: Lappländer; in Italien: die Deutschen in den Sette Communi; in Österreich: Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowaken, Serbokroaten, Italiener, Rumänen, Magyaren; in Ungarn: Rumänen, Deutsche, Serben, Slovaken, Kroaten, Ruthenen; in Frankreich: Elsässer, Provençalen, Katalonier, Bretagner, Basken, Italiener, Flamen (300000); in Spanien: Katalonier, Basken; in Belgien: Flamen (4350000); in Dänemark: Isländer; in Luxemburg: Deutsche; auf dem Balkan: homo homini lupus. Nur ein einziger Staat, erwachsen aus gegenseitigem Zusammenschluß gegen Fürstengewalt, hat sich in klüglich erworbener Weisheit vor Unrecht gehütet: die Schweiz. Nur dort leben drei Völker friedlich miteinander: Franzosen, Deutsche und Italiener.

Es würde zu weit führen, für jedes dieser Länder festzustellen, wie sein innerer Zustand sich heute darstellt. Wir kommen später auf Belgien und Frankreich zurück, weil es hier unsere eigene Sache gilt. Kurz gesagt, muß festgestellt werden, daß der Balkan das bekannteste und lehrreichste Beispiel für völkische Unterdrückung schlimmster Art ist, die nationalistische Leidenschaft ersinnen kann: bei den neuesten Streitigkeiten hat sie zu Vertreibungen

größten Stils geführt. Am dunkelsten und trostlosesten ist der Zustand in Rußland, wo Finnland mit eiserner Faust erwürgt wird. In Deutschland hatten die Polen am meisten zu leiden. Die Dänen werden gleichfalls unterdrückt. Die Franzosen im Elsaß dagegen weniger wie die Flamen in Frankreich. Niederdeutsche, die sich zur Wehr zu setzen begannen sowie Friesen leben dort in denselben Verhältnissen wie bei uns: eigene Unachtsamkeit und Schlampigkeit. Die Niederländer, von denen ungefähr 200000 in Westfalen wohnen, haben nur über die besonderen Maßregeln zu klagen, die zur Ausschließung ihrer Sprache aus den Schulen getroffen worden sind; aber sie haben kein Recht zu klagen, daß ihre Muttersprache nicht anerkannt wird, solange die Rechtslage fremder Untertanen noch nirgendwo geregelt ist. In Österreich war man auf gutem Wege, die Nationalitätenfrage in föderalistischem Sinne aufzulösen. So auch in England, wo das Homerule-Gesetz und das wallisische Kirchengesetz eine Entspannung der geschärften Lage bringen wollten. Der Krieg hat beider Gesetze Erfüllung hinausgeschoben. In Spanien, den Niederlanden, Schweden und Norwegen liegen die Dinge ungefähr gleich, das heißt: es gibt dort keine nationalen Kämpfe, einmal, weil keine direkte Unterdrückung vorhanden ist, und dann, weil noch kein Bedürfnis nach nationalem Eigenleben sich zeigt, wenn schon bei uns in Holland eine friesische Bewegung im Werden begriffen ist. In Dänemark hat man ein Ende gemacht, indem man Island eigene Verwaltung gab.

So sehen wir also überall verschiedene Verhältnisse. Der entscheidende Faktor scheint nicht die Frage zu sein, ob man mit einem kulturell hochstehenden Volke zu tun hat, das die Vorherrschaft hat und in williger Anerkennung der Rechtsgrundsätze sich dazu verstehen will, dem beherrschten Volke Eigenleben zuzuerkennen, sondern vielmehr: das Verhältnis der Machtverteilung. England hat Kanada und Südafrika — abgesehen von den Bestimmungen des Friedensvertrages von Vereeniging — Selbstverwaltung zugestehen m ü s s e n: um nämlich nicht eine Wiederholung des amerikanischen Freiheitskrieges erleben zu müssen. Und dann war in Kanada das französisch Element und in Südafrika das niederländische Element zu stark an Seelenzahl und zu kurze Zeit dem britischen Imperium einverleibt, als daß man sich hätte erlauben

dürfen, in jenen sich selbst verwaltenden Landesteilen aufzutreten wie die Russen in Finnland. Wohl fehlt es nicht an allerlei unehrlichen Mitteln, um die Nicht-Briten von den Ämtern auszuschließen und um weiter eine starke nationale Propaganda zu entfalten, den Unterricht zu beeinflussen usw. und dadurch die Bevölkerung zur Verneinung des ihr angeborenen Stammesgefühles zu verführen oder zu nötigen. Aber zur Erreichung dieses Zieles ist weder in Kanada noch in Südafrika ein hinreichendes kulturelles Übergewicht vorhanden. Außerdem gibt es mit Ausnahme gewisser Industriezentren dort weite Landstriche, die man ganze Tage durchreisen kann, ohne britisches Volk anzutreffen. Demgegenüber vergegenwärtige man sich die Lage Irlands. Die vom staatsmännischen Standpunkt glücklich zu nennenden Ergebnisse, die man in Kanada und Südafrika erreichte, mußten dazu führen, dem englischen Volke Einsichten zu bescheren. Es mußte ein anderer Kurs eingeschlagen werden, nachdem im letzten Jahrhundert, in dem der Kulturgedanke überall Siege feiern konnte, eine barsche Unterdrückung aus Irland ein bettelarmes Land gemacht hatte, das mehr als ein Drittel seiner Einwohnerzahl verlor, so daß Amerika vielmal mehr Iren aufweist, als das alte irische Mutterland. Und noch ist hier das Spiel nicht gewonnen ....

Österreich ist ein typisches Beispiel für die latente Gewalt, mit der staatliche Interessen zur Befriedigung der Wünsche unterdrückter Völker mit der Zeit nötigen. Böhmen ist, ebenso wie Galizien, ein zu bedeutendes Teilstück von Österreich, als daß die Minderheit der Deutschen die darin lebenden Völker alle auf die Dauer beherrschen könnte. Ungarn dahingegen hält fest an der Knebelung der Slowacken und der Rumänen. Wie verwickelt dieser Zustand ist, geht daraus hervor, daß das von Deutsch-Österreichern in seiner vollkommenen Selbständigkeit beschränkte Böhmen seine eigenen deutschen Staatszugehörigen unterdrückt; und daß die Polen, kaum im Besitze einer beschränkten Selbstverwaltung, nun ihrerseits die Ruthenen in der Ukraine unterdrückten usw. Erwähnen wir noch, daß Österreich infolge der von Italien aus geführten Aktion dazu hinneigte, auch den Italienern durch die Errichtung einer italienischen Hochschule mehr Freiheit zu gewähren.

Glaubt man nun immer noch, daß Europa, wo die Wissenschaft und Technik in Blüte steht, wahrer Kultur teilhaftig ist?

Notwendigkeit der Lösung des Nationalitätenproblems.

Nachdem alle sogenannten Kulturvölker im neunzehnten Jahrhundert der Befreiung der Balkanvölker zujubelten und Teil daran hatten, ist der Augenblick, in dem man mit dem unterdrückten Irland und dem geknechteten Finnland sympathisiert, gekommen, das Problem der niedergehaltenen Völker vorzunehmen. Dies Problem muß sine ira et studio gelöst werden — schon deshalb gelöst werden, weil alles, was hier über das Verhältnis der europäischen Völker gesagt worden ist, mutatis mutandis auf koloniale Verhältnisse paßt. Es ist so weit gekommen, daß die Batakländer bei uns auf Sumatra in einem günstigeren Verhältnis zu den Niederlanden stehen, als die französischen Flamen zu Frankreich.

Gerade im neunzehnten Jahrhundert sind Kräfte lebendig geworden in den Völkern Europas, die bis dahin verborgen waren. Ein jedes Volk wünschte, unabhängig von seiner Landeszugehörigkeit, seinen eigenen Idealen nachleben zu können. Es konnte dabei nicht ausbleiben, daß mancher frei für sich lebende Volksstamm die ihm zugehörigen Stammesteile, die andern Völkern unterworfen lebten, zu »befreien« versuchte. Dieses Streben nun wurde die Veranlassung zu diesem Weltkriege und beherrscht ihn in mehr als einer Hinsicht: man denke nur an Serbien, Polen, Italia irredenta, Elsaß-Lothringen, Groß-Griechenland, Groß-Rumänien! Auch die flämische Bewegung und die finnische Frage können zu neuen Verwickelungen führen.

Entnationalisierung des europäischen Staatswesens.

Die erste Forderung nun, die aufgestellt werden kann, ginge dahin, daß aus Europa die Unterdrückung der Nationalitäten innerhalb der Landesgebiete der einzelnen Staaten, wie sie durch die herrschenden Völker ausgeübt wird, verschwinden soll. Als Vorbild einer wünschenswerten Lösung dieser Frage kann die Schweiz hingestellt werden: hier leben drei Nationalitäten in einem einzigen Staats-

verband, ohne daß die eine durch die andere unterdrückt würde. Der einfachste Weg zu diesem Ziele ist die Verleihung von Selbstverwaltung, die allen Landesteilen zu schenken wäre, welche von unterdrückten Völkern bewohnt sind.

Und was würde nun die Folge eines solchen Abbaues des gegenwärtigen europäischen Staates sein, der auf der Oberherrschaft des einen Volkes über das andere beruht? Der europäische Staat wird entnationalisiert. Wenn die deutsche Regierung sich ebensosehr um ihre polnischen wie um ihre deutsche Untertanen bekümmern muß, wenn auch die Dänen tun und lassen dürfen, was sie wollen — bei aller Gebundenheit an die Erfüllung gewisser Pflichten und bei aller Gehaltenheit, gewisse Mißbräuche zu unterlassen (Wehrpflicht, Quertreibereien) —, so gibt es für einen Dänen aus Dänemark keinen Grund mehr, um nicht nach Deutschland überzusiedeln; und es gibt weiter keinen Grund mehr, um einem zuwandernden Dänen weniger Rechte zuzugestehen als einem der 40000 in Schleswig-Holstein geborenen Dänen. Und weiter gibt es dann Grunds genug, um auch in Schulangelegenheiten außerhalb der von Dänen bewohnten Gebiete die Möglichkeit zur Erhaltung der Nationalität zu geben.

Die Änderung würde also darauf hinauslaufen, daß, wo auch immer man geboren sei und welche Sprache man auch immer spreche, man in jedem Staate dieselben Rechte besitzt und denselben Schutz genießt, wie in jenem Lande, wo das Volk lebt, dem man durch Abstammung angehört. Immer natürlich, soweit die praktische Möglichkeit dies zuläßt: für einen einzigen Schüler kann man keine Schule errichten. Was aber ist sonst gegen den Grundsatz zu sagen? Wenn ich gut unterrichtet bin, so genießt die Deutsche Schule zu Rotterdam wie jede andere besondere Schule von seiten der holländischen Regierung Subsidien, was übrigens nicht mehr als recht und billig ist, da die Eltern der Schüler dieser Schule ihre Steuern bezahlen müssen wie jeder andere Staatsbürger.

Beseitigung des Gebietserweiterungsstrebens durch Umwandlung des Wirtschaftssystems.

Die Folge einer solchen Ordnung der Dinge würde sein, daß die nationale Animosität der Staaten untereinander

hinwegfiele, und daß es nun möglich wäre, den Landhunger der Staatswesen zu beseitigen. Denn das ist ja der zweite Hauptfehler des modernen Staates: daß, da er eine Nation darstellt, und da diese Nation in ganz besonderem Maße selbstsüchtig ist, das wirtschaftliche Streben der Einzelnen von den Staaten, denen sie angehören, gefördert wird: wohingegen es gehemmt wird von den Staaten, denen sie nicht angehören. Man sucht infolgedessen nach Möglichkeit sein Landgebiet zu vergrößern.

Dieses Gebietserweiterungsstreben stellt sich nun in gewissem Sinne als eine Notwendigkeit dar, weil es nämlich dreierlei Tatsachen wirtschaftlicher Art in der Organisation unseres heutigen Staatslebens gibt, die überall in gleichem Sinne geregelt werden:

a) Die wirtschaftlichen Güter innerhalb der Hoheitsgebiete der Staaten werden als ausschließliches Eigentum der regierenden Nationen behandelt. Außerhalb dieses Hoheitsgebietes sind die Belange aller Zugehörigen der verschiedenen Staaten von der denkbar größten Willkür abhängig, es sei denn, daß das Mutterland stark genug ist, seinen schützenden Willen geltend zu machen.

Man erachtet es als selbstverständlich, daß für wirtschaftliche Konzessionen aller Art nur Landeszugehörige in Betracht kommen; während es als unerhört gilt, wenn andere Völker nun ebenso denken und verfahren. China, Persien und die Türkei zwingt man aus dieser Anschauung heraus zur Verleihung von allerhand Konzessionen, und in den Kolonien vollends gilt es als eine natürliche Ordnung der Verhältnisse, daß das Herrschervolk in seine eigene Tasche wirtschaftet.

Kurz vor dem Ausbruch dieses Krieges wurde Frankreich in Aufregung versetzt durch Enthüllungen über das wirtschaftliche Eindringen der Deutschen. Über die bezüglichen Verhältnisse in den Wirtschaftszweigen von Land- und Bergwerksbau, von Viehzucht und Handel usw. wurden Schriften veröffentlicht und Maßregeln zur Abwehr gefordert. Für die Befürworter dieser Maßregeln kam der Ausbruch des Krieges wie eine Erlösung, weil nun mit einem Schlage der deutschen Eindringung ein Ende gemacht war. Und im weitestgehenden Maße hat England die hier geschilderten Grundsätze in seinen Kolonien angewandt. Müssen wir deshalb nicht in Zukunft die Rückkehr jener

mittelalterlichen Zustände erwarten, unter deren Herrschaft den Fremden ein dauernder Aufenthalt nur in einzelnen Hafenstädten erlaubt wurde?

Hier stehen wir vor einer unlösbar scheinenden Schwierigkeit. Die Gleichstellung der Rassen auf staatsrechtlichem wie auf sprachlichem Gebiet ist ein Ding der Möglichkeit. Aber unmöglich ist es, jeweilen herauszufinden, welche Einflüsse bei der Verleihung von Konzessionen am Werke sind, wo wie bei der Vergebung von Ämtern usw. Nepotismus und Bevorzugung im Schwange sind und wo Einflüsse vorhanden sind, die sich einer genauen Kontrolle entziehen — Einflüsse, infolge deren es denn auch oft nur nach jahrelangen Untersuchungen möglich ist zu beweisen, daß Teile eines Volkes unterdrückt werden, wie es zum Beispiel mit den Flamen in Belgien der Fall ist, die auch bei der Vergebung der Ämter zurückgestellt werden. Muß man es nun auf sich beruhen lassen, daß Gott den Deutschen Kohlengruben gab und Kalifornien Goldfelder? Alsdann müßten wir es auch dabei sein Bewenden haben lassen, daß ein Negerstamm Eigentümer der Mineralstoffe bleibt, die sich innerhalb seines Wohngebietes befinden, während dieser Negerstamm doch nur durch Zufall just in dem Augenblick der Entdeckung das Gebiet besetzte, woselbst die kostbaren Minerale sich finden. Der einzige Ausweg bleibt, daß die Untertanen des einen Staates durch Vertragsschließung das Recht erhalten, um in den Gebieten des anderen Minerale zu gewinnen. Die Verleihung von Konzessionen muß alsdann, — in der Weise ungefähr, wie die Djambi-Konzessionen vergeben wurden, — im Wege öffentlicher Ausschreibung statthaben. In vielen Fällen würde eine Verstaatlichung solcher Werke die Notwendigkeit von Ausschreibungen aufheben können, und das um so mehr, als immer besser eingesehen wird, daß die Reichtümer der Natur der Allgemeinheit gehören.

b) Ein Staat kann dem freien Tauschverkehr Hindernisse in den Weg legen, indem er Einfuhrzölle erhebt, Ausfuhrprämien bewilligt, Zuwendungen macht usw. Hiergegen ist nichts zu tun. Das Verfahren wird aber seine Schärfe verlieren, sobald der Staat einmal entnationalisiert ist. Es wird dann sofort klar, daß diese Maßregeln rein wirtschaftlicher und nicht etwa politischer Natur sind. Wenn man nicht mehr daran denkt, den Süden gegen den Norden

zu schützen, so braucht Frankreich auch nicht mehr gegen Belgien »geschützt« zu werden. Auch jetzt sind ja schon innerhalb eines und desselben Staatsgebietes die Gemeinden gegeneinander bestrebt, ganze Industrien an sich zu ziehen, wenn nicht durch subsidiäre Zuwendungen, so doch durch Gewährung von allerlei Erleichterungen. Gewissermaßen als unschuldig können also Maßregeln angesehen werden, wie sie Subsidien an Schiffahrtsgesellschaften usw. sind, die aufgewendet werden, damit sich der Staat des großen Verkehrs bemächtige. Nun aber werden auch Maßregeln getroffen, die dem Zweck dienen, andere Länder in ihrer Ausfuhr zu behindern. Man denke z. B. an die Vieheinfuhrverbote, die von Ungarn gegen Serbien erlassen wurden. Ein solches Verfahren kann Verhältnisse annehmen, die andere Länder gewissermaßen zwingen, sich der ihnen zugeschlossenen Gebiete gewaltsam zu bemächtigen. In früheren Zeiten waren solche Verhältnisse Hauptursache der Kolonialkriege. Es wäre nicht unmöglich, daß diese Kriege sich in der Zukunft wiederholten, insbesondere wegen der auf Raub gegründeten französischen und englischen Kolonien: wenn nämlich die Völker in der bisher geübten Praxis fortfahren würden, ihre Länder dem fremden Wettbewerb durch Festsetzung hoher Einfuhrzölle zuzuschließen. Gerade dieser koloniale Protektionismus wurde ja — zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahingestellt — für einen der Gründe angesehen, die Deutschland den Ausbruch des Krieges als wünschenswert hätten erscheinen lassen. Und kann man Deutschland da Unrecht geben, wenn man die protektionistische Politik der englischen Kolonialländer in ihrer einseitig bevorteilenden Wirkung auf das Mutterland betrachtet — auf jenes »Mutter«land, das nur ein euphemistischer Name für den Herrn und Gebieter von Land und Volk in den Kolonien ist?

c) Der Territorialstaat regelt den Verkehr innerhalb seiner eigenen Grenzen. Er übt dadurch eine sehr absolute Herrschaft aus. Länder, die in ihrem Verkehr mit dem Ausland Wege benutzen müssen, die über das Gebiet eines andern Staates hingehen, hängen also innerhalb gewisser Grenzen von den Maßregeln dieses Staates ab. Was für Belange hier auf dem Spiele stehen, geht schon daraus hervor, daß jeder Staat nach Beherrschung seiner Eisenbahnlinien strebt. Sehr unangenehm wird die Lage für einen

Staat, der vom Seeverkehr abgeschlossen ist und dem auf seinem kürzesten Wege nach einem Seehafen Schwierigkeiten bereitet werden. Schwierigkeiten, die zum Beispiel darin bestehen können, daß notwendige Verbindungswege nicht hergestellt werden. Diese Schwierigkeit mußte vor allem Serbien empfinden in Bezug auf das zwischen seinen Grenzen und dem Meere gelegene österreichische Gebiet. Zuweilen sind diese Schwierigkeiten auch vertraglich geregelt: wie z. B. für den Verkehr auf dem Rhein und auf der Schelde. Größer aber noch wird das Problem bei Fragen wie derjenigen nach einem Zugang zum offenen Meere für Rußland, das im Schwarzen Meer und in der Ostsee eingeschlossen ist. Noch größere Interessen sind mit der Beherrschung von Gibraltar, vom Suez- und vom Panama-Kanal verquickt. Für diesen letzteren wollte man ja Vorzugstarife für amerikanische Schiffe aufstellen. Schon jetzt aber sind einige Hauptverkehrsstraßen vertraglich gegen völlige Willkür geschützt, wie Suez- und Panamakanal. Dennoch sind Streitigkeiten nicht ausgeschlossen, wie schon hinsichtlich des Suezkanals sich zeigen mußte. Es muß also eine internationale Körperschaft geschaffen werden, die als höchste Instanz festsetzen kann, wo Verkehrswege angelegt werden müssen. Diese Verkehrswege müssen dann weiter der Oberaufsicht der gedachten Körperschaft unterstellt werden. Eine Verwirklichung dieses Gedankens erscheint sehr wohl möglich. Aber mancherlei Schwierigkeiten werden noch zu überwinden sein. Das beweist vor allem die Art der Benutzung des internationalsten aller Verkehrswege, des freien Meeres, dessen Befahrung doch schon durch Verträge geregelt schien. Und doch sind diese Verträge noch niemals so sehr verletzt worden, wie in diesem Kriege. Der Fehler liegt am Nichtvorhandensein einer internationalen Macht, die Konflikte schlichtet und Rechtsverletzungen bestraft. Wir sollten einen internationalen Gerichtshof haben, der sich zum Exempel hätte über die Fragen äußern können, ob England berechtigt war, 1. einseitig festzustellen, was Bannware sei; 2. einseitig gegenüber Rohstoffen den Begriff der fortgesetzten Reise zu dem Begriff des Reiseziels des Endproduktes auszuweiten; 3. Minen in das offene Meer auszustreuen; oder der sich erklärt hätte, ob der Tauchbootkrieg, wie Deutschland ihn führt, geführt werden darf (wobei gerechterweise angemerkt

werden muß, daß dieser Tauchbootkrieg als Vergeltungsmaßregel gegen die unter 1. und 2. genannten englischen Maßregeln gemeint ist). Hätten wir einen solchen Gerichtshof, so würde sicherlich jede Rechtsverletzung auf diesem Gebiete, die zu weiteren Rechtsverletzungen führt, sofort als solche ausgegeben und bekämpft worden sein. So aber erleben wir endlose gegenseitige Beschuldigungen und Entschuldigungen, ohne daß eine andere richterliche Instanz bestünde als die der neutralen Staaten, die aber nicht genugsam Autorität haben, weil ihre Regierungen der Parteilichkeit geziehen werden: denn sie vertreten, heißt es, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Untertanen und keine internationalen Rechtsgrundsätze. — So ist denn auch das Kaperrecht brutaler Raub, besonders wenn es sich gegen neutrale Güter kehrt; wie es bei einer so dehnbaren Bestimmung über das, was als Bannware zu gelten hat, gar nicht anders sein kann.

II.

Keine Weiterbildung nationaler Staaten.

Wir haben bisher in großen Linien in Betrachtung gezogen, auf welchem Wege die Entwickelung der europäischen Menschheit sich würde vollziehen können. Was wir ausgeführt haben, soll die Entwickelung von ausschließlich nationalen Staaten, wie sie durch Wort und Tat erstrebt werden, ausschließen. Es ist weder notwendig noch auch wahrscheinlich, daß Polen in seinem alten Glanze wiederersteht, daß Italien sich des Trentino, Triests und Illyriens bemächtigt. Denn wenn auch jedes Volk seine eigene Sprache hat und sich in seiner Sprache muß frei entwickeln dürfen, so kann ihm Landgebiet nur innerhalb bestimmter Schranken zu eigen sein. Diese Beschränkung aber ermöglicht die Beherrschung des einen Volkes durch den Staat des anderen, es sei denn, daß sie nicht zu gegenseitiger Willkür leite, und daß also die Macht des Staates auf ihr eigenstes Gebiet beschränkt werde. Die Lehre vom absolut souveränen Staat muß demnach revidiert werden. Der Staat darf einem bestimmten Volke nicht länger Mittel sein, um über die Seelen unterworfener Völker zu herrschen, um die Reichtümer eines besetzten Landgebietes auszuschöpfen und um ein solches Gebiet durch staatliche Gewalt zu einem Hemmblock für die Entwickelung eines andern Staates oder Volkes zu machen. Nicht nur wird die Weiterbildung nationaler Staaten unwahrscheinlich und unnötig sein, sie wird, in vielen Fällen wenigstens, auch unmöglich sein. Niemals werden die Bretagne, Wallis und Irland, wiewohl sie von einem rassisch zusammengehörigen Keltenstamm bewohnt werden, zu einer Einheit wachsen können, weil die wirtschaftlich-sozialen Belange dieser Länder regelrecht ausein-

anderlaufen und die Bretagne zum Beispiel außerordentlich an dem Fortbestehen Frankreichs interessiert ist; auch im Religiösen sind die genannten Gebiete sehr voneinander verschieden, da Wallis eine protestantische Bevölkerung hat. Ebenso ist Triest vollständig abhängig von seinem serbisch-kroatischen Hinterland. Und wie würde Griechenland sich durchsetzen können, wenn ihm beschert würde, was es sich wünscht: alle Niederlassungen längs der kleinasiatischen Küste? Es würde, im Besitze dieser Gebiete, in höchstem Maße verwundbar sein! Es würde sich militärisch abrunden müssen, dann aber wieder keinen nationalen Einheitsstaat bilden können. Noch schwieriger wird ein Ausgleich, wenn zwei Rassen durcheinander wohnen, unter Bildung von Enklaven, wie es in Südafrika der Fall ist. Eine Verschmelzung grundverschiedener Rassen wird, wie das Beispiel Kanadas lehrt, nicht möglich sein. Geschichtlich hat sich das denn auch nur erwiesen, indem ein Herrschaftsvolk, wie z. B. die Germanen in Frankreich, Italien und Spanien nach der Völkerwanderung, sich lediglich als ein sozial abgesonderter Stand behauptete, oder indem fremde Volkssplitter in Minderheiten verstreut zwischen einem größeren Volke lebten.

Zusammenschluß der europäischen Staaten.

Die Lösung liegt also in der Verleihung von Rechtsgleichheit für alle Nationalitäten innerhalb jedes Staates. Diese Verleihung wird den Zusammenschluß der europäischen Staaten vorbereiten, die gegenwärtig durch den Antagonismus und Chauvinismus der herrschenden Völker immer nur darauf aus sind, einander Abbruch zu tun. Auf diese Weise also würde ein (europäischer) Staatenbund entstehen können, der nach und nach aus dem Aufbau autonomer nationaler Komplexe in die Höhe wachsen könnte. Ein anderer Staatenbund ist unmöglich. Dagegen würde die Erschaffung eines Mitteleuropäischen Staatenbundes einen ersten Schritt auf dem Wege zur oben angedeuteten Entwickelung darstellen können, da ein Zusammengehen, sagen wir von Skandinavien, Deutschland und Österreich-Ungarn bereits einen Komplex von nicht weniger als zwanzig Nationalitäten umfassen würde: Hoch- und Niederdeutsche, Ungarn, Polen, Rumänen, Serben, Kroaten, Tschechen,

Italiener, Schweden, Dänen, Norweger, Isländer, Lappländer, Franzosen, Friesen, Wenden, Niederländer, Walen. Genugsam Nationalitäten also, um die Richtigkeit des oben befürworteten staatsrechtlichen Grundsatzes deutlich zu machen: daß nämlich die Wohlfahrt, die Ruhe und Sicherheit des großen Ganzen nur hervorgehen kann aus vollkommener Achtung selbst vor dem kleinsten unter allen andern Völkern.

Die außereuropäische Welt.

Zunächst wird die Verwirklichung dieses Gedankens nur für bestimmte Gebiete durchzuführen sein. Ich denke dabei vor allem an ein erneuertes Europa. Außerhalb Europas wird der neue Grundsatz vorerst noch nicht durchzuführen sein, weil Kenntnis und Wertschätzung der orientalischen und anderer bislang als »minderwertig« angesehener Völker bei uns noch nicht genugsam verbreitet ist. Ein Beispiel bietet der Antagonismus zwischen Japan und Amerika. So bedauerlich vom allgemein-menschlichen Standpunkt dieser Antagonismus auch ist, so gibt es doch tiefliegende Gründe, warum einem Japaner in Amerika volles Bürgerrecht nicht gegeben werden kann. Die orientalische Kultur, die ihre Blüte ins Religiöse hinein entwickelt hat, predigt die Verneinung des Lebensgenusses und die Emporläuterung des Innerlichsten im Menschen. Mäßigkeit ist die Tugend des Orientalen. Ob dies eine Folge der Notwendigkeit ist, eine große Bevölkerung mit Wenigem zu nähren, anders ausgedrückt: ob Religion und Sittenlehre im Osten eine Folgeerscheinung geringerer wirtschaftlicher Entwickelung ist, oder ob die anerzogene Mäßigkeit eine Übervölkerung hat entstehen lassen, liegt außerhalb unserer Betrachtung. Tatsache ist, daß die östliche Menschheit in der Mäßigkeitslehre auferzogen und aufgewachsen ist. Der Westen dahingegen hat trotz der Lehre des großen Meisters einen andern Weg eingeschlagen. Er hat das Wesen Mensch bis zu einem gewissen Grade zum Herrscher über die Dinge machen wollen. Er hat der Menschheit die Reichtümer und die Geheimnisse der Natur aufgeschlossen. Und heute gilt dem westlichen Staate als höchstes Ziel: Höherschraubung der Bedürfnisse seiner Untertanen und Ausfindigmachung von Mitteln, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. So ist denn

ein westliches Kulturvolk ein verwöhntes Volk. Am meisten in Amerika, woselbst die verhältnismäßig dünne Bevölkerung, — die noch nicht ganz hundert Millionen Seelen zählt —, über die Reichtümer eines großen Festlandes verfügen und darin schwelgen kann. Bislang hat es die Einwanderer aus dem Westen mit offenen Armen aufgenommen und sie sogleich amerikanisiert. In seinem eigenen Weltteil aber ist es auf ein bis jetzt noch ungelöstes Problem gestoßen: die Versöhnung im Rassenkampf zwischen Schwarzen und Weißen. Es hat das Problem durch einen Machtspruch aus der Welt zu schaffen gesucht: durch die Minderwertigkeitserklärung der schwarzen Rasse. Die japanische Einwanderung erschuf dann ein neues Problem: der anspruchslosere Japaner drohte dem Weißen mit wirtschaftlichem Untergang. Hier konnte Minderwertigkeitserklärung nichts nützen, da das mächtige japanische Reich seine Ranggleichheit mit den europäischen Mächten sich im Osten erworben hatte. Der einzige Weg zur Beschwörung der dringenden Gefahr war: Abschließung der Grenzen. Und diese wurde durchgesetzt. Das hindert aber nicht, daß hier die Schwierigkeit nur der Zukunft zugeschoben worden ist, weil der Japaner in Kanada, Mexiko, Südamerika festen Fuß fassen kann. Indessen ist Zeitgewinn in dieser Frage schon ein großer Gewinn, weil der Osten und der Westen sich einander immer mehr nähern müssen. Der Osten wandelt auf den Wegen des Westens. Er wirft sich auf Weiterentwickelung im Materiellen. Der Westen aber wird, nachdem einmal eine gewisse materielle Wohlfahrtsgrenze erreicht worden ist, unbefriedigt zur Einkehr gelangen und seine Kultur durch innere Entwickelung bereichern, die nur durch Selbstzucht und Mäßigkeit zu erreichen ist.

Die Rassefrage.

Das alles aber kann nicht hindern, daß auf eine vorderhand nicht absehbare Zeit hinaus die Frage der »Minderwertigkeit« der Rassen ihren Einfluß ausüben wird auch in entnationalisierten Staaten. Es muß anscheinend bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft festgestellt werden, daß es minderwertige Rassen nicht gibt, sondern nur Völker auf verschiedenen Kulturstufen, es sei denn, daß der neuesten Theorie irgendwelche Bedeutung beizumessen ist, nach

welcher die weiße Rasse gewisse Ähnlichkeiten aufweist mit dem Chimpansen, die schwarze mit dem Gorilla und die gelbe mit dem Orang-Utang. Es müßte dann aber noch festgestellt werden, daß Chimpanse, Gorilla und Orang-Utang unterschiedliche Werte darstellen.

Sonderbar mag es demgegenüber erscheinen, daß Finnen, Ungarn und sogar Türken (ursprünglich alle Mongolen) vom Weststaatler als Gleiche angesehen werden. Bei Finnen und Ungarn ist dies über allem Zweifel erhaben. Sie stehen den Westeuropäern näher als Griechen oder sogar Russen. Das ist lediglich die Folge davon, daß Finnen und Ungarn dieselben Kulturideale angenommen haben wie die Romanen und Germanen. Gewisse Theorien nehmen an, daß Finnen und Ungarn keine Mongolen sind, sondern nur eine mongolische Sprache haben: so wie Neger noch keineswegs Weiße sind, nur weil sie Englisch sprechen.

Die endliche Versöhnung aller Rassen und Völker ist also nicht nur Hirngespinst, sondern erreichbare Möglichkeit. Die Verwirklichung liegt aber in einer fernen Zukunft, der wir uns auf dem oben in großen Linien angegebenen Wege nähern können.

Ein Blick auf die gegenwärtige Welt.

Kehren wir zurück zu unserer dunkel aussehenden Gegenwart. Wir sehen die Leidenschaften und Begehrnisse von Völkern, die festsitzen in den Ketten eines unbezähmbaren Hasses und gegenseitigen Mißtrauens. Wir sehen, wie unser eigenes Volk mitten in diesem Chaos bedroht dasteht, bedroht in seinem Eigenbestande und in seinen höchsten Interessen: der Freiheit seiner nächsten Stammesverwandten, so naher Verwandten, daß nur geschichtliches Zufallsspiel uns hindert, ihnen den Namen zu geben, der allein ihnen zukommt — den Namen Niederländer: Blut von unserm Blut, Geist von unserm Geist. Unsere niederländische Nation ist in dem Streit beteiligte Partei. Daß Flandern geknebelt am Boden liegt, ist genau so, als wie wenn Limburg und Brabant vergewaltigt und wir selber angerührt wären, denn jede Flandern angetane Kränkung ist eine Kränkung unser selbst. Ein Todesurteil, das der flämischen Volksseele gesprochen wird, ist ein Todesurteil für uns selber. Die Größe und die Fortent-

wickelung unseres Volkes fordert es, daß Flandern frei sei. Frei, sein eigenes Leben zu leben, als mache es Teil aus von dem Staat der Niederlande.

Wir sehen heute Völker einander feindlich gegenüberstehen, deren Freundschaft eine bessere Welt vorbereiten könnte; und wir sehen Völker zusammenstehen, deren zukünftiges Schicksal es sein wird, einander zu vernichten, wie denn durch alle Jahrhunderte hindurch die Völkerfreundschaften wechselten.

So wie in unserer Zeit die Staaten gegeneinander standen, mußte der Krieg über kurz oder lang zum Ausbruch kommen. Mit den Fingern konnte man auf die Staaten weisen, die eine ständige Gefahr für den Weltfrieden waren: England, Rußland, Japan, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, die Balkanstaaten und die Türkei.

Im Vorstehenden haben wir die allgemeinen Ursachen herausgestellt, die zu diesem Kriege führen mußten: die schlechten Grundlagen, auf welchen der gegenwärtige Staat beruht, und die Konflikte, die sich daraus ergaben. Im Folgenden wollen wir kurz die wichtigsten der oben genannten Staaten auf diejenigen ihrer Eigenschaften und Eigentümlichkeiten hin betrachten, die ihre Mitverantwortlichkeit für das Ausbrechen dieses Krieges bestimmen.

England.

Vor allen andern ist hier das britische Weltreich zu nennen. Es ist das typischeste Land der Eroberungssucht. Stets hat dieses Reich, unangreifbar sich auf seine Insellage stützend, systematisch den Krieg betrieben. Mit unfehlbarem politischen Instinkt hat es stets den ihm jeweilig am nächsten befindlichen Feind seines Übergewichtes herausgefühlt. Mit uns im Bunde hat es Spanien niedergeschlagen, mit Frankreich uns. Dann hat es mit Hilfe Europas Frankreich erledigt, und nun will es mit der halben Welt im Bunde das mächtige Deutschland niederzwingen. Immer hat es dabei für Gelegenheit gesorgt, den Löwenanteil der Beute einzustecken, stets hat es diese Beute in gute Hut genommen. Die besten spanischen und portugiesischen Kolonien wurden sein eigen, uns selbst nahm es Neu-Holland, das Kap, Ceylon und Australien. Frankreich raubte es Kanada und was nicht noch mehr. Mag Japan

in diesem Kriege das wenig wertvolle Kiautschau genommen haben — Neu-Guinea und Deutsch-Südwest hat England schon in seiner gierigen Klaue, um es nie wieder loszulassen; Ägypten ist für immer bezwungen; und während die andern Länder alle Hände voll zu tun haben, setzt sich England am Euphrat fest; die besten Teile der Welt, soweit sie für europäische Kolonisation in Betrachtung kommen, hat es in seiner Gewalt: Kanada, Australien, Südafrika, und schafft damit seiner überschüssigen Bevölkerung einen Ausweg; und dazu kommen dann die Besitzungen zur Anlage seiner Kapitalien und zur Erwerbung aller Reichtümer der Welt, die bei der Erschaffung der Dinge doch gewiß nicht nur für Engländer in der Erde Schoß gelegt worden waren. Bei allen diesen Eroberungen und Aneignungen aber ist England niemals zaghaft in der Anwendung der unehrlichsten Mittel gewesen. Mitten im tiefsten Frieden überfiel es unter andern auch unsere Kolonien, der Überfall auf die Burenstaaten ist dafür das schlagendste Zeugnis, und der England allgemein verliehene Titel »perfides Albion« ist dafür der rechtmäßige Ausdruck.

Wenn wir England gelten lassen wollen als das, was es in Wirklichkeit ist, so müssen wir die bestrickende Formel, als sei dieser Raubstaat als Beschützer der kleinen Nationen in den Krieg gegangen, weit von uns abweisen. Diese Formel mag gut dazu erfunden sein, um dem eigenen englischen Volksbewußtsein zu schmeicheln — das britische Reich ist nur seiner geschichtlichen Tradition gefolgt, die dazu führen mußte, Deutschland zu vernichten. Für England ist hier ein Kampf auf Leben und Tod über die entscheidende Frage, ob es der Weltherrscher sein soll, der es in jahrhundertelangem Streben hat werden wollen.

Rußland.

Bei Rußland haben wir derselben geschichtlichen Linie zu folgen. Dieses Reich hat nicht so sehr aus wirtschaftlichen, als vielmehr aus strategischen Gründen ein Interesse daran, seine Machtsphäre bis an die Dardanellen auszudehnen. Für Friedensarbeit war seine geographische Lage ausreichend. Rußland hätte, wenn es sich nur auf Werke des Friedens hätte werfen wollen, niemals etwas zu

fürchten gehabt, weil weder Deutschland noch Österreich für absehbare Zeiten eine Ausdehnung nach dem Osten hin erstrebten. Auch hätte Rußland, besser organisiert und regiert als es heute ist, sehr bald einen Vorsprung bekommen, der jedes der genannten Länder davor hätte zurückschrecken lassen, einen Streit vom Zaune zu brechen. Es war reine Machtgier, die dieses Land dazu trieb, in Persien einzudringen und den Balkan unter seine Herrschaft zu bringen, genau so wie es Finnland zerreibt. Trotz einzelner Anzeichen kommenden Fortschritts war Rußland eine europäische Gefahr, war ein Land, das vor keinerlei Mittel zurückwich und sich auf keine Weise um westeuropäische Auffassungen scherte: wie sich aus den russischen Judenverfolgungen und aus der Art der Behandlung Finnlands deutlich genug ergeben hat.

Frankreich.

Frankreich hatte nach jahrhundertelanger Ausbreitung seines Gebietes und nach Angliederung fremder Bestandteile, wie Flanderns und des Elsaß, in der Napoleonischen Ära seinen Gipfel erreicht und drohte an Selbstüberhebung zugrunde zu gehen. Es vermeinte mit seiner Revolutionierung Europa Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gebracht zu haben. Nicht zum wenigstens deshalb, weil die andern Völker dieses Märchen lange Zeit geglaubt haben. Die Zeiten sind aber vorbei, da wir die französische Revolution als den Wendepunkt einer neuen Weltrichtung betrachten zu müssen vermeinten. Daß der Freiheitsgedanke von Frankreich ausgegangen wäre, diese Anschauung ist nichts anderes als die Folge eines Augentruges. In allen Ländern gärte es und war eine schwüle Luft. In Frankreich schlug die Flamme empor, weil es von den damaligen Kulturstaaten einer der rückständigsten war und weil hier also die Krise gewaltiger sein mußte, als beispielsweise in Österreich, in Polen oder in Niederland. Bei uns waren mehr politische Zwistigkeiten am Werke, in Frankreich aber vor allem solche sozialer Art.

Die Zentralisierung hatte dem Königtum ein vollständiges Übergewicht gegeben, daneben bestand eine mittelalterliche Abhängigkeit der Landbevölkerung. Erst

heute hat man eingesehen, daß das parlamentarische Regierungssystem Frankreich nicht hat geben können, was es anderwärts mit sich geführt hat, weil man wohl den König als einen Symbolträger enthauptet, aber dabei vergessen hatte, daß die Willkür der Königsmacht die Folge einer bis zum äußersten durchgeführten Zentralisierung war. Diese ist geblieben, und die Zentralisation ist Frankreichs großes Krebsgeschwür geworden. Die Folge war, daß das Haupt dieser zentralen Macht, der Präsident, durch eine Mehrheit gewählt, nur Vollzieher eines Parteiwillens war. Und weiter, daß die am Ruder befindliche Partei bis in die kleinsten Dörfchen Frankreichs den Herrn spielte und, um in der Herrschaft bleiben zu können, alle Mittel anwandte: sich immer wieder Waffen schuf, indem sie Ämter vergab und wo nötig neue Ämter einsetzte. Die Tabaksregie und der Verschleiß von geistigen Getränken gaben dazu nur allzusehr Gelegenheit mit der Vergebung von »debits de boisson« und »debits de tabac«. Und wer hatte die Herrschaft in Frankreich? Eine sehr chauvinistische Gruppe, und da alles politische Leben von Paris ausgeht, war eine Handvoll Männer in Paris in der Lage, Frankreichs Politik (maßgebend) zu beeinflussen. Eine Folge davon war die Verwahrlosung der inneren Wirtschaftspolitik. Die Provinz mußte darunter leiden. Welthäfen blieben in ihrer Entwickelung zurück, weil über jede Kaiverlängerung in Paris entschieden werden mußte. Die Auslandpolitik nahm alle Aufmerksamkeit in Anspruch, gewohnt wie man war, — von der Königszeit und dem großen Napoleon an bis zu Napoleon III. —, daß Frankreich über die Geschicke des Auslandes sein Urteil sprach. Belgien, die Krim, Italien waren die Ergebnisse davon. Dann folgte Sedan und eine Machtverschiebung, wie Frankreich sie noch nicht gekannt hatte, denn der Verlust der Übermacht zur See hatte die Festlandsstellung unangetastet gelassen. Elsaß-Lothringen bedeutete nicht nur den Verlust von zwei Provinzen, sondern auch ein Denkmal erlittenen Prestige-Verlustes. Frankreich hat sich nicht wie Österreich in eine Machtstellung zweiten Ranges fügen wollen, wiewohl es fortwährend an Macht und Ansehen Deutschland gegenüber verlor. Die Bedeutung Frankreichs und seiner Sprache nahm Stück für Stück ab. Es wurden politische Hebel angesetzt, um diese Entwickelung rückgängig zu machen. Einer der verderblichsten

dieser Versuche ist die Rolle, die Frankreich in den inneren Angelegenheiten Belgiens spielte; aus diesem Belgien hatte man seit 1830 eine politisch abhängige Provinz, und, als das keinen Erfolg hatte, durch »Alliance Française«, »Amitiés Françaises« usw. eine sprachliche Provinz machen zu können gehofft, die mancher (verräterischen) Äußerung nach eine politische Vereinigung herstellen sollte, und dies vor allem, als die Flamen merken ließen, daß sie gewillt seien, aus der Rolle ergebener Unterdrückter herauszutreten, um zur Verwirklichung ihrer Lebensinteressen überzugehen .... Frankreich aber wurde so schwach, daß ihm Hilfe durch fremde Arbeitskräfte nötig wurde. Hunderttausende von Flamen und Italienern füllten die dünner werdenden Reihen der Feld- und Minenarbeiter. Man ging sogar dazu über, chinesische Kulis in den Bergwerken zu beschäftigen. Kolonialtruppen waren bereits in Friedenszeit für die Landesverteidigung bereit gestellt, heute sind Kolonialarbeiter in den Munitionsfabriken an die Arbeit gestellt. Und dieses (zurückgehende) Frankreich fühlte sich berufen, die zweite Kolonialmacht der Welt zu sein und dabei mit Englands Unterstützung Deutschland den Weg zu versperren, das zu spät eingesehen hatte, daß Kolonien keineswegs teures Spielzeug sind, sondern höchst kostbare Besitztümer. Die finanzielle Kraft, über die Frankreich verfügt, weil seine ersparten Reichtümer nicht wie anderwärts durch große Familien zerbröckeln, wurde in den Dienst der auswärtigen Politik gestellt. Das Volkskapital wurde das goldene Leitseil Rußlands. Ist nicht (zu Recht! — Der Übers.) behauptet worden, daß eine der letzten großen (russischen) Anleihen dem Ausbau des polnischen Eisenbahnnetzes dienstbar gemacht werden mußte, um strategischer Zwecke willen? Mit Kunst und Fliegerei hat Frankreich seine Geltung bis zuletzt zu wahren gesucht und es hat — wie denn in Frankreich leider zuviel eine »politique de façade« gemacht wird — seinem Volk, das von Freiheit und Gleichheit träumte, beizubringen gewußt, Rußland als ein Besitzstück, als eine Milchkuh anzusehen; und so hat dieses Frankreich die Antipathie überbrücken können, die notwendig zwischen dem Volk, das sich einbildisch für den Bringer der Freiheit in Europa hält, und zwischen jenem Staat, der die ärgste Bedrohung dieser Freiheit darstellt, hätte bestehen müssen.

Motiv des Zusammenschlusses der Entente.

Wir haben hier die Entente Volk für Volk betrachtet. Wie sind diese Völker schließlich zueinandergekommen? Gemeinsamer Haß! — aber noch etwas mehr. Rußland hat nach dem Stoß durch Japan gefühlt, daß es England politisch nötig brauche, mehr als Frankreich, dessen es nur um des Geldes willen bedurfte. Der russisch-japanische Krieg ging verloren, weil Japan die Unterstützung Englands hatte, so daß Rußland allein dastand im fernen Osten, wobei es nur durch eine einzige Eisenbahnlinie seine Truppen hinschicken konnte. In Persien und auf dem Balkan sah es sich England gegenüber: als einer verkörperten Allmacht. Auch Frankreich hatte eine Lektion bekommen, Fashoda. Es sah ein, daß es über See, in den Kolonien, ganz und gar von der Gnade Englands abhing. Die Sache würde zu wildem Haß geführt haben, wenn nicht England seinerseits hilfsbedürftig geworden wäre. England hatte die wirtschaftliche Macht von Deutschland zu schmecken bekommen. Nicht in Kriegs-, sondern in Friedenswerken, die Macht der Reichtümer schaffenden Arbeit, at home and abroad. Überall setzten sich deutsche Waren durch. Überall wuchsen deutsche Banken empor. Überall fuhren deutsche Schiffe. Und das deutsche Kapital strebte darnach, da es in Kolonien keine Kulturunternehmungen gründen oder Bergwerke betreiben konnte, andere Unternehmungen einzugehen. Es bahnte sich einen neuen Weg, siehe die Bagdadbahn. Es bestrebte sich, noch unentwickeltere Länder nicht zu unterwerfen, sondern sie zur Entwickelung zu bringen. Nicht aus edleren Beweggründen, sondern weil die Staaten die es anging, zu stark waren, um unterworfen werden zu können, und zum Teil auch, dürfen wir annehmen, weil das Ziel: Anlage von Kapitalien, auch ohne Eroberung möglich war, lediglich durch ein Organisieren dieser Staaten zweiten Ranges. Hierdurch unterschied sich die von Deutschland gegenüber Marokko und der Türkei geführte Politik ganz und gar von der englisch-russischen Politik gegenüber Persien. Sie ist uns darum um so viel sympathischer — selbst wenn der Grund darin gelegen wäre, daß Deutschland bei Anwendung von Gewaltmitteln auf den Widerstand der eifersüchtigen großen Mächte zu stoßen fürchten mußte.

Deutschland.

Sehen wir uns jetzt Deutschland und Österreich-Ungarn näher an! Deutschland, das in der Vergangenheit ewig in sich uneinige und vom Auslande zertretene Kaiserreich, war in der napoleonischen Zeit untergegangen. Immer aber lebte im Volke das Bewußtsein fort, daß nur Einswerdung retten könne. Wir wissen, daß von der Revolutionszeit bis 1870 die Idee der Einheit sich entwickelte und sich in Taten umsetzte. Die Kriege gegen Dänemark, Österreich und von 1870 waren Äußerungen dieser Idee, die Kaiserkrönung zu Versailles 1871 ihre Symbolisierung, und die Wiederangliederung von Elsaß-Lothringen ihre Krönung. Ein Fehler war es, Elsaß-Lothringen nicht sofort die Stellung eines Bundesstaates gegeben zu haben. Der Grund war nicht so sehr die Furcht vor der französischen Agitation, als vielmehr eine Formalfrage: Preußen konnte durch Verleihung von Sitz und Stimme im Bundesrat an Elsaß-Lothringen seine Hegemonie verlieren! Es war ein Fehler im Hinblick auf die Haltung der Bewohner Elsaß-Lothringens, aber auch ein Mißgriff deshalb, weil nun den Franzosen die Möglichkeit gegeben wurde, einer ungerechten Sache einen Schein von Recht zu geben. Indessen wird der Verlauf des Krieges auch hier wohl Veränderungen bringen. Ein nicht weniger grober Fehler Deutschlands ist gewesen die Verfolgung der Dänen und Polen. Allem Anscheine nach ist jetzt ein Umschwung vorauszusagen. Nicht zum wenigsten, weil schon vor dem Krieg die Hakatistenpolitik Fiasko gemacht hatte. Auch das Treiben der Alldeutschen brachte für gutes Einvernehmen mit den Nachbarn Gefahren mit sich. Zu verstehen ist, daß der Erfolg vielen Leuten im Volke zu Kopfe stieg, so daß sie beim Wiederaufbau des Reiches die geschichtliche Entwickelungslinie umbiegen und dem Reiche Gebiete einverleiben wollten, wie die deutsche Schweiz, Holland, Flandern, Österreich, die baltischen Provinzen. Wenn das Deutsche Reich ein Rechtsstaat wäre, würde der Gedanke ebenso großzügig wie durchführbar sein. So aber wurde vergessen, daß Länder wie die Schweiz, Holland und Belgien dem Reich in mancher Hinsicht weit voraus waren, und daß die Einverleibung der baltischen Provinzen auf eine neue Unterdrückung der Letten und Esthen hinausgelaufen wäre.

Wenn aber der Plan sich in der Weise verwirklichen ließe, daß den seit langem dem Reiche entfremdeten Völkern die eigene Art gewährleistet würde, so wäre hier der einzig gangbare Weg (für die Völker Mitteleuropas), um der zukünftig (drohenden) russisch-französisch-englischen Welthegemonie zu entgehen.[1]) Ein Licht auf diese Perspektive fiel (schon früher) durch die Tatsache, daß Napoleons erste Tat war, das deutsche Kaiserreich auseinanderfallen zu lassen und daß England, als nach 1848 der Beschluß gefaßt war, eine deutsche Bundesflotte unter der altehrwürdigen Reichsflagge ins Leben zu rufen, ein ausfahrendes Geschwader dieser Flotte bei Helgoland dazu zwang, die Flagge — das neue Symbol! — niederzuholen. Beiden Teilen war (schon damals) bewußt, daß ein geeintes Deutschland stark genug sein werde, ihnen zu widerstehen. Dieser instinktive Haß blieb lebendig. Die dreifache Entente war die Folgeerscheinung davon. Es ist dem unsympathischen Auftreten Deutschlands zuzuschreiben, daß dabei die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern auf Irrwege geleitet werden konnte, so daß übelwollende Zeitungsbetrachtungen aus der französischen und englischen Presse kritiklos abgedruckt wurden, so in der Frage Elsaß-Lothringen, so in den Rüstungsfragen. Vergessen wurde dabei, daß Deutschland ein erbittertes Frankreich vor sich und im Rücken ein Rußland hatte, dem nicht zu trauen war. Der deutsche Militarismus erweckte eine solche Angst, daß Anklagen wie die, Deutschland sei militaristischer als Frankreich oder England, prompt geglaubt wurden, auch dann, wenn sie auf unwahre Behauptungen und gefälschte Statistiken sich stützten. Heute können wir als bekannt voraussetzen,

---

[1]) Während Frankreich und Italien ein Wirtschaftsbündnis vorbereiten, wird Herrn Ssasonow der Plan zugeschrieben, nach dem Kriege eine wirtschaftliche Übereinkunft erzielen zu wollen, durch die die Ententestaaten sich durch Vorzugstarife begünstigen sollen. Mit anderen Worten: man will in größerem Stile als je zuvor eine Politik führen, die mit den Reichtümern innerhalb der Ententeländer, die dann den größeren Teil der Welt ausmachen würden, ganz nach den verderblichen Grundsätzen des Machtstaates schalten und walten will. (Anmerkung des Übersetzers: Bekanntlich ist der vielleicht mehr groteske als großzügige Plan auf der Pariser Wirtschaftskonferenz ernstlich beschlossene Sache geworden.)

daß Deutschland für Militarismus auf den Kopf der Bevölkerung weniger ausgab als beispielsweise Frankreich oder England, und daß auch absolut genommen Deutschland und Österreich-Ungarn weniger ausgaben wie Rußland und Frankreich. (In den zehn Jahren vor dem Kriege gaben Rußland und Frankreich für ihre Heere £ 159198931 mehr aus als Deutschland und Österreich; für ihre Flotten £ 700000,00 mehr.) In diesem Lichte betrachtet sind die deutschen Rüstungen nur eine Anstrengung gewesen, um ein mühsam erworbenes Ansehen zu festigen, wohingegen die von alters militärischen und auf Eroberung gestellten Länder, wie Rußland und vor allem Frankreich und England, sich von einem unbegründeten Mißmut leiten ließen.

Österreich-Ungarn.

Daß Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen fanden, ist natürlich, da Österreich in der Vergangenheit selber einen Teil des Deutschen Reiches ausmachte, und da es nur ein Streitpunkt innerer Art war, — Preußens oder Österreichs Leitung in dem zu gründenden Deutschen Reich —, der zum Kriege von 1866 Veranlassung gab. Und Österreich-Ungarn, das durch allzulockere Bande zusammenhängende Ganze, hatte das dringendste Bedürfnis nach einer Unterstützung gegenüber den von allen Seiten unternommenen Anstrengungen, das geschichtlich Gewordene dieses Staates auseinanderzureißen. Italien und Rußland waren die Nachsteller, Italien, das nur schwer zu einem Einheitsverband zu bringen war: nämlich aus Haß gegen das anmaßende Frankreich. In der letzten Zeit rührte auch Serbien sich, während Rumänien gierige Blicke auf Siebenbürgen warf.

Kurz vor Ausbruch des Krieges wurde Rußlands politische Aktion in der Ukraine bloßgestellt. Nicht zu verwundern ist, daß die serbischen Machenschaften, die durch Rußland unterstützt wurden, zum Kriege führen mußten. Unbegreiflich dagegen, daß man meinen konnte, ein Kongreß hätte den Frieden wahren können. Dieser Kongreß hätte beschließen müssen: 1. daß die Serbokroaten sich selbst zu regieren hätten; 2. daß die Ukrainer in Galizien ebenso sich selbst zu regieren hätten; 3. daß hiernach Serbien

sich ruhig zu verhalten habe; und 4. daß Rußland sich jeder Einmischung in ukrainische Fragen zu enthalten habe. Ohne solche sehr weitgehenden Maßregeln, die bis heute als gegen Ehre und Ansehen Österreich-Ungarns als eines souveränen Staates gerichtet angesehen worden wären, würde der Friede nur für eine Zeitspanne gewahrt worden sein. Und welche Macht hätte den Mut haben dürfen, Österreich eine Pflicht aufzuerlegen, der sie selber nicht nachkam? Weder England noch Frankreich und noch weniger Rußland hätten ein Recht, geschweige denn den Mut gehabt, Grundsätze auszusprechen, an die sie sich selber nicht gebunden erachteten. Serbien hatte (gewiß) das Recht und die Pflicht, sich des Loses der Brüder jenseits seiner Grenzen anzunehmen. Es hatte dazu besondere Veranlassung auf Grund der Tatsache, daß das Problem der Befreiung unterdrückter Völkerteile das A und O des politischen Spieles auf dem Balkan während des ganzen neunzehnten Jahrhunderts war. Dabei beging es nur den Fehler, gegen einen Staat vom Range Österreich-Ungarns die bekannten und oft erprobten Hausmethoden des Balkans anzuwenden: Mord und Bombenattentate. Unter diesen Umständen war Österreich-Ungarn vollkommen berechtigt, zu seiner Selbsterhaltung jene Maßregeln zu ergreifen, die es als geboten erachtete. War doch die Lage der Serbokroaten alles weniger als elend. Und dann war es ja gerade Österreich-Ungarn, das aus Gründen der Selbsterhaltung schon den Weg der Selbständigmachung kleiner Volksminderheiten beschritten hatte, wenn auch diese Dinge in mancher Hinsicht noch sehr brüchig waren.

Die ungelösten Fragen.

Heute sind viele neue neben alten Fragen brennend geworden. Die finnische und polnische Frage verdienen alle Aufmerksamkeit. Italia irredenta erhofft die Verwirklichung ihrer Ideale. Griechen, Bulgaren undRumänen wünschen die »Befreiung« noch unbefreiter Volksteile herbei. Konstantinopel soll fallen müssen, um Rußland freie Bahn zu geben. Es sind viele Forderungen erhoben, die nicht verwirklicht werden können, ohne in kurzer Frist zu neuen Streitigkeiten Anlaß zu geben. Italien kann sich Triest nicht einverleiben, ohne daß das wirtschaftliche Interesse

des serbokroatischen Hinterlandes ins Gedränge kommt. Die griechischen Kolonien längs der kleinasiatischen Küste würden ebenso gestellt sein in bezug auf das kleinasiatische Binnenland.

Der Friedenskongreß.

Der Friedenskongreß wird (deshalb) nicht, wie die Entente es sich vorstellt, die Verteilung der »Beute« zum Gegenstande haben, denn das ginge geradeswegs gegen alle geschichtliche Entwickelung. So sehr die öffentliche Meinung auch mit Lügen behaftet ist, sie wird zuguterletzt wieder erleuchtet werden und den Worten der Männer lauschen, die in allen Ländern nach Versöhnung streben. Der Friedenskongreß wird zu beschließen haben über die Fragen, die hier gestellt worden sind, er wird die europäischen Staaten zwingen müssen, allen gegenwärtig unterdrückten Völkern Freiheit zu geben, er wird Mittel und Wege ausfindig machen müssen, um die Behinderungen zu beseitigen, die heute ein Staat dem andern willkürlich auferlegt.

Holland und Flandern.

Bei alledem ist auch Holland beteiligt. Für die Leser dieser Zeitschrift[1]) braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, daß in Belgien der Zustand tiefer Erniedrigung, in dem das flämische Volk lebt, nicht wiederhergestellt werden darf. Auch dem französischen Flandern muß Rettung kommen[2]). Es sind Anzeichen vorhanden, die darauf hindeuten, daß Deutschland bei einem Siege geneigt ist, die Selbstregierung Flanderns anzuerkennen, es sind, leider, nicht minder Anzeichen dafür vorhanden, daß ein

---

[1]) Die Arbeit von van Es ist zuerst in den »Dietsche Stemmen« (Oktober-November 1915, Heft 1 und 2), einer ganz vortrefflich redigierten »Zeitschrift für niederländische Stammesbelange« (Uitgevery Dietsche Stemmen, Utrecht, Holland) erschienen. — Der Übersetzer.

[2]) Über das Flamentum in Nordfrankreich ist in Deutschland Näheres wenig bekannt. Es unterrichtet darüber die Schrift »Niederdeutschtum in Frankreich«. (Eine ethnologische Feststellung mit großer erklärender Karte in Buntdruck, die vom Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Thür. für 1 Mark zu beziehen ist.)

Sieg der Entente Flandern den Strick noch enger um den Hals legen würde. Die erste Sachlage ist nicht ungeteiltes Glück, da ein selbständiges Flandern innerhalb Deutschlands weniger bedeuten würde als ein selbständiges Flandern innerhalb Belgiens Grenzen. Außerdem wäre es ein Versprechen, dessen Verwirklichung vollkommen in der Luft schweben würde. Und Erniedrigungen sind dabei nicht ausgeschlossen. Das flämische Volk wird deshalb auf alle Geschehensmöglichkeiten gefaßt sein müssen. Was aber soll das holländische Volk tun? Müßte es nicht, ebenso wie früher der Oranje-Freistaat sein Schicksal mit Transvaal verband, in diesem Kriege seine Stimme auf entschiedene Art hören lassen? Wie kommt es, daß, während Länder wie Serbien, Bulgarien, Griechenland, vielleicht Rumänien gar nicht zögern, für dasjenige einzustehen, was sie als ihr Interesse ansehen — Holland nicht nur auf keiner Seite steht, sondern absolut abseitig bleibt? Viel größere Interessen stehen für Holland auf dem Spiel, als auf dem Balkan der Fall ist. Viel mehr Interesse haben wir an der Sache Flanderns oder Französisch Flanderns, als Italien an dem Trentino und an Triest. Unser Ziel ist nicht Eroberung, nicht Einverleibung, nicht Angliederung. Wir stehen groß da, denn wir sind selbstlos. Wir stehen ein für die Sache des Rechts. Unser Volk muß davon durchdrungen werden, daß das Los von 4350000 Flamen in Belgien und 300000 Flamen in Frankreich nicht abhängen darf von der Willkür wessen auch immer, sei er Deutscher oder Franzose. Ich zweifle daran, ob unser Volk, das sich seit 1839 mehr und mehr in sich selbst zurückzog und ohne Anteilnahme an andern Dingen als innerer oder kolonialer Politik blieb, einen Augenblick lang wach werden und begreifen wird, welche Interessen hier auf dem Spiele stehen. Und es steht zu fürchten, daß unsere Regierung, die groß geworden ist in der kleinen inneren Politik, sich den Verhältnissen nicht gewachsen zeigen wird. Wir haben solange unsere eigene Haut zu retten gesucht, daß selbst eine Erwähnung etwaigen Einspruches zugunsten Flanderns dem holländischen Kleinbürger ein Verbrechen gegen die Neutralitätspflicht zu sein scheint. Flandern aber ist Holland! Fällt Flandern, so fallen wir. Mit diesem Gedanken müssen wir immer und unaufhörlich unser Volk durchdringen. Und wer das Volk überredet, überredet die Regierung.

Holland und Deutschland.

Es geht hier bei weitem noch nicht um Einmischung mit bewaffneter Hand. Es genügt, die öffentliche Meinung auch außerhalb unseres Landes zu bearbeiten. Denn nach diesem gewaltigen Erschöpfungskrieg wird alles, was edel und groß denkt, aus dem (europäischen) Chaos einen Ausweg suchen. So sehr die Entente eine Gefahr für den Weltfrieden bedeutet — es sei denn, daß sie mit einer pax Romana abschließen kann —, so ist die deutsche Gefahr, die für die Vergangenheit zu übertrieben geschildert wurde, eminent, besonders für uns, weil nämlich Deutschland in mancherlei Hinsicht unser Landgebiet zu brauchen schien, man denke nur an die Frage der Rheinmündung. Sie haben darin ein gewisses Maß von Recht, aber wir hatten nicht weniger Recht, unsere Rechte genau zu umzirkeln (wörtlich: zu handhaben), da ja Deutschland nun einmal kein Rechtsstaat, sondern ein Machtstaat war.

Auch andere Territorialfragen hängen vom Ausgang dieses Krieges ab. Nehmen wir an, Deutschland würde Belgien besetzt halten, dann hätten wir sogleich eine Neuauflage der Frage der Maaskanalisation, ebenso wie den Köln—Maastricht—Antwerpen-Kanal. Die drohenden Töne, die wir bei der Frage der Rheinmündung und der Rheinzollabgabe vernahmen, verheißen nichts Gutes in Sachen der künftigen Haltung eines vielleicht siegreichen Deutschland. Schon jetzt schien zuweilen das kleine Holland nicht viel zu bedeuten. Was würde erst kommen, wenn das deutsche Volk, stolz auf seinen Sieg über die halbe Welt, einen Augenblick lang unsern Widerstand fühlte bei der Durchführung seiner Verkehrspolitik? Wenn der Grundsatz seine Geltung behält, der eine Erfindung von Macchiavelli scheint und von von Treitschke übernommen und weiter ausgeführt wurde: daß ein Staat eine Verkörperung von Macht und nicht von Recht ist — wehe dann unserm Ländchen an der See. Aber alsdann dürfen wir schon jetzt nicht mehr untätig sein, dann müssen wir uns den Augenblick schon jetzt zunutze machen, um für unsere Neutralität Kompensationen zu erlangen.

Indessen, dies wäre die Politik von gestern, die glücklicherweise in unserm Volke niemals Begeisterung wachgerufen hat. Unser Volk hat seine besten Kräfte den Dingen

von allgemein menschlichem Belang gewidmet. Wir können alle unsere Kraft, all unser Denken einer schönen Zukunftsaufgabe widmen: der Versöhnung der Völker Europas durch Vernichtung des nationalen Machtgrundsatzes im gegenwärtigen Staat und der Festigung von Staaten, die zusammengesetzt sind aus föderativen autonomen Völkern. Was mühselig und instinktmäßig vor dem Kriege wuchs, muß vertieft werden aus bewußter Überzeugung. Denn dieser Krieg hatte als tiefste Ursache die Mißkennung der allerhöchsten Rechtsgrundsätze, er war eine Folge chauvinistischer Machtgier, die ihre Wurzeln in eine dunkle Vergangenheit streckt, der wir heute entwachsen sind. Aber das hindert nicht, daß wir uns davor hüten müssen, wie ein Hans-Guck-in-die-Luft über den erstbesten Stein zu straucheln. Wir müssen unbedingt schon jetzt der Frage nachgehen, welches unsere Haltung hinsichtlich der flämischen Frage in dem gegenwärtigen Kriege sein soll.

Deutschland und die flämische Frage.

Vorab mag gesagt werden, daß die Besetzung Belgiens vollkommen grundlos war, es sei denn, daß sie aus Gründen erfolgte, die außerhalb Belgiens lagen, so daß also die gegen den Staat Belgien geübte Gewalt, die als ein Ausfluß unseres defekten internationalen Staatenlebens gelten mag, noch immer nicht ein derartig hartes — ich sage noch nicht »barbarisches« — Auftreten gegenüber seinen Bewohnern rechtfertigt — selbst wenn diese Bewohner Franktireurs gewesen sind — und ferner nicht die Auflegung von so lächerlich hohen Kriegskontributionen. Übrigens müssen wir einen Unterschied machen zwischen dem besseren Ich des deutschen Volkes und seinem Bösen Geist: dem zeitweise wahnsinnig scheinenden Alldeutschtum. Es ist nur die Frage, welches dieser beiden Ichs das Schicksal Flanderns in die Hände zu nehmen berufen ist. Wenn das erste, das bessere Ich, dann können wir ruhig sein, aber wehe Flandern, wenn jetzt oder nach dem Kriege keine andern Absichten vorhanden sind, als die in dem alten Worte ausgedrückt liegen: divide et impera . . . . und dafür scheinen die meisten Aussichten vorhanden. Solange die Staaten bleiben, was sie vor dem Kriege waren: Verkörperungen der Macht eines Herrschervolkes, so ist Flandern in einem größeren

Deutschland wohl in schlimmerem Sinne verloren, als es in Belgien wäre. Für Mißtrauen ist aber noch kein Grund vorhanden, weil weder Deutschland noch Österreich im alten Stile werden fortleben können. Gleichwohl ist es selbst mit Autonomie für Flandern nicht angängig, daß Deutschland als Sieger sein Reichsgebiet mit belgischen Landen bereichert, weil ein einzelner Staat nicht einseitig bestimmen darf, ob es gut sei, einen kleineren Staat verschwinden zu lassen: denn noch ist der heutige Staat nicht ein erhaben schöner Organismus, der die Belange aller wahrnähme, sondern ein Machtmittel, das die Belange Einzelner betreibt.

Die Flamen und Deutschland.

Wir müssen deshalb vorab feststellen, daß die Annahme der deutschobrigkeitlichen Hilfe für keine der beiden Parteien ein Hinarbeiten auf die staatsrechtlichen Verhältnisse in sich schließen darf, über die die Friedensverhandlungen zu beschließen haben werden. Aber dann ist weiter auch kein Grund vorhanden, um die Anwesenheit einer verhältnismäßig unparteiischen — oder zur Not wohlwollend parteiischen — Macht dazu zu benutzen, um Dinge, die früher lediglich auf dem Papiere standen, in die Wirklichkeit überzuführen, nämlich die endliche Ausführung der Sprachgesetze.

Ist es nicht an und für sich eine Anklage gegen die früheren Machthaber des belgischen Staates, daß ein Teil seiner Untertanen den Feind zu ehren lernen muß, weil dieser Feind, der den Tatsachen nach in vieler Hinsicht ein Überwältiger ist, dem Volke in *einem* Punkte, im Höchsten, was es besitzt: in seiner Seele, Recht widerfahren ließ?

Belgien und Flandern.

Eben darum kann hier keinerlei Halbheit Bestand haben. Die Einrichtung des belgischen Staates bot vor dem Kriege nicht die mindeste Aussicht auf Befriedigung der Wünsche des flämischen Volkes in absehbarer Zeit. Da man nun höheren Orts in Schweigen zu verharren beliebt und die Absicht zu haben scheint, Belgien inniger mit Frankreich zu verbinden, so ist, wenn nicht die Absicht erwiesen,

so doch die Aussicht näher gerückt, daß das Belgien nach dem Kriege noch weniger als das Belgien vor dem Kriege die Klage Flanderns beachten wird. Das flämische Volk hat das Recht, schon jetzt sein Mißvergnügen darüber zum Ausdruck zu bringen und wenn nötig den belgischen Staat, der eine Karrikatur von dem ist, was er hätte sein können, in das Nichts verschwinden zu lassen, aus dem er im Jahre 1830 geboren ist. Der alsdann entstehende luftleere Raum wird angefüllt werden müssen.

Die Lösung der flämischen Frage.

Es ist selbstverständlich, daß Flandern sich einer Einverleibung in Frankreich widersetzen wird; eine Angliederung an Holland wird, selbst wenn die beiden betroffenen Parteien damit einverstanden wären, was nicht sicher ist, von den Großmächten nicht geduldet werden; Aufnahme in den Deutschen Bund bliebe ein problematisches Vergnügen und würde davon abhängig zu machen sein, was mit Wallonien geschieht und welche Garantien gegen Unterdrückung gegeben werden können; ein Reichsland aber, wie Elsaß-Lothringen im Jahre 1871, darf Flandern nicht werden .... Noch eine Lösung bliebe übrig: daß die alte belgische Regierung zurückkehrte, aber in ein neues und besseres Belgien, sowie im Jahre 1814 in Nord-Niederland nicht zurückkehrte das Statthalterregiment der Sieben Regierungen, sondern das erneuerte bessere Königreich der Niederlande. Wir haben während unserer Knechtung viel von den Franzosen gelernt und angenommen, wiewohl Frankreich gegen uns sicher nicht weniger herzlos gewesen ist, als Deutschland gegen den Staat Belgien. Flamen und Wallonen können gegenwärtig viel lernen. Hoffen wir, daß es nicht fünfzehn Jahre zu dauern braucht, bis, wie damals, das Lehrpensum endlich gelernt war und ehe wir uns wieder selbst regieren konnten. Stellen wir demnach alles ins Werk. um den Zustand Flanderns schon jetzt zu verbessern, aber bedenken wir dabei, daß Selbstherrschaft für Flandern das Ziel bleibe, und daß alle von Frankreich oder Deutschland ausgehenden Bestrebungen im Sinne eines engeren Zusammenschlusses unsere volle Willensfreiheit voraussetzen und unter Wahrung der Grundsätze erfolgen müssen, die im Vorstehenden hinsichtlich des kommenden Recht-

staates von Grund auf dargelegt worden sind. Alles andere wäre Knechtschaft, die natürlich, denn mit Gewaltanwendung ist alles möglich, Flanderns Schicksal sein könnte —, die aber kein freier Mann, sei er Flame oder Holländer, fördern oder begehren darf.

Wir erstreben ein »freies« Belgien, ein *neues* Belgien, das frei ist von franskiljonischer Vorherrschaft — mag es nun durch Selbstregierung (Autonomie) oder durch Selbstverwaltung (selfgovernment) für Flandern verwirklicht werden.

Unser Ideal ist erreichbar. Warum sollten wir es denn *nicht* erreichen? Die flämische Frage ist nicht eine ausschließlich *flämische* Frage, sie ist eine *niederländische* Frage. Und als Teilerscheinung der Unterdrückung von Völkern in allen Staaten eine *europäische* Frage.

Wir müssen also Holland sowohl wie Europa wachrütteln. Müssen Holland aus seiner alten Angst heraushelfen, die nichts anderes zu betreiben wagt als haushälterische Politik. Müssen Europa einen Spiegel vorhalten, aus dem es sich in all seiner Ungerechtigkeit erkennen möge.

Nur ein vertieftes Nachdenken über das, was war, kann bewirken, daß in dem Europa der Zukunft einem Frieden von Dauer Platz gemacht werden kann, dazu einem wenig mehr Bruderschaftsgefühl und Gerechtigkeit. In einem solchen Europa aber wird auch Platz sein für ein freies flämisches Volk von der Schelde bis zur Aa, von der Maas bis an die Nordsee.

Aus meinem Kriegstagebuch.

Von J. D. Domela Nieuwenhuis-Nyegaard,

Pfarrer an der Evangelischen Gemeinde zu Gent (Belgien).

Preis Mk. 2.—

Stimmen der Presse:

Propyläen (Wochenbeilage der Münchener Zeitung) (Juni 1916):

„Nachdem Steyn Streuvels, der flämische Dichter, in seinem Kriegstagebuch, zum höchsten Mißvergnügen der Entente-Verschworenen, zum Ausdruck gebracht hat, daß die deutschen Soldaten, genau betrachtet, auch sozusagen Menschen seien, ist noch ein anderer Flame mit einem Kriegstagebuch hervorgetreten, in dem von den Kriegsvorgängen in Belgien Zeugnis abgelegt wird: J. D. Domela-Nieuwenhuis-Nyegaard, Pfarrer an der Evangelischen Gemeinde zu Gent. Dieser Mann, der für England, wo er lebte und wirkte, gewisse Sympathien hat und von holländisch-dänischer Abstammung ist, darf in noch höherem Sinne als Wahrheitszeuge gelten wie Streuvels: nicht nur, weil er als Geistlicher und guter Europäer zwischen oder über den Nationen steht, sondern vor allem, weil er, in jenen kritischen Tagen auf einem Fahrrad durch weite Strecken des Kampfgebietes gelangend, viel mehr vom Kriege gesehen hat als Steyn Streuvels, der ihn nur von einem Punkte aus erlebte . . . .“

Neue Züricher Zeitung (Nr. 1727 vom 29. Oktbr. 1916):

„Von den Umständen, die die flämische Universitätsstadt Gent im September 1914 dem Kriegsschicksal der Vernichtung nahebrachten, ist wenig bekannt geworden. Man findet sie indessen in einem belgischen Kriegstagebuch, das vom Genter Pfarrer Nieuwenhuis-Nyegaard unter dem unmittelbaren Eindruck der Geschehnisse niedergeschrieben ist, recht anschaulich und spannend nacherzählt . . . .“

Berliner Lokal-Anzeiger in einem längeren Leitaufsatz „Ein Flame über den Krieg in Belgien“ (Abend-Ausg. v. 9. Juni 1916):

„Das Zeugnis eines Belgiers, der wirklich dabei gewesen, muß von jedem ernsthaften Wahrheitsucher mit Inbrunst vernommen werden. Wer von den tumultuarischen Zuständen, die unterm Einmarsch der deutschen Heere in Belgien herrschten, einen Begriff bekommen will, wer von dem Verhalten der Deutschen und Belgier in jenen bewegtesten ersten Kriegsmonaten eine sozusagen photographische Aufnahme sehen möchte, der lese jene Erlebnisschilderungen in dem Kriegstagebuch des Genter Pfarrers . . . . . Indem Nieuwenhuis durch bloßes Aussprechen dessen, was sich begibt, die Ereignisse absichtslos aufzeichnet, wird sein Griffel unversehens zu einem furchtbaren Ankläger — Belgiens“ . . . .

München-Augsburger Abendzeitung, v. 28. April 1916:

. . . . „In der Fülle der Einzelzüge, die das Tagebuch zu einem wertvollen Beitrag zur Geschichte der Kriegsvorgänge in Belgien machen, ist nun besonders lehrreich, etwas von dem kennen zu lernen, was man die Psychologie der (angeblichen) deutschen Greuel in Belgien nennen könnte“ . . . .

Christliche Welt (Herausg. Prof. D. M. Rade), Marburg i. H. (Nr. 41 vom 12. Oktober 1916):

„Man darf dieses Kriegstagebuch, da sein Verfasser als Germanophile seine Sympathien zwischen Deutschen und Engländern gleichmäßig verteilt und als holländisch-dänischer Abkömmling sowie als Geistlicher sozusagen zwischen den Nationen steht, vielleicht als den reinsten Spiegel der belgischen Begebenheiten betrachten“ . . . .

